DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

296 26. JAHRGANG Mai 2009 4,50 €

NACHLESE ZUM WIENER KONGRESS

Solidarische Ökonomie

Wien war vom 20.–22. Februar Schauplatz eines internationalen Solidarische Ökonomie Kongresses. Als bunte Gruppe von Engagierten, die vom Berliner Kongress 2006 inspiriert wurden, konnten wir uns nach eineinhalbjähriger Vorbereitungszeit über regen Zuspruch freuen: Sowohl die inhaltliche Vielfalt (120 Programmpunkte) als auch ca. 1.000 TeilnehmerInnen zeugen vom verbreiteten Wunsch, neue Formen des – nicht nur wirtschaftlichen – Miteinanders kennenzulernen, zu diskutieren und sich diesbezüglich zu vernetzen.

Eine Ökonomie aus vielen Handschriften – Wandmalerei bei Anarchafeministischem Workshop auf dem Kongress Foto: Nathalie Deewan

Vom Kongress-Vorbereitungsteam ● Die Kongressvorbereitung und -organisation selber lässt sich als über weite Strecken gelungener offener, partizipativer Prozess beschreiben. Von Beginn an wurden egalitäre Formen sowohl in der Struktur als auch in der Organisation des Kongresses ausprobiert. Alle Beiträge sollten gleich behandelt werden. Der Aufruf, einzelne Programmpunkte einzureichen, ging wiederholt über verschiedene Kanäle, um möglichst viele Interessierte einzubinden. So entstanden schließlich die 120 Programmpunkte.

Darüber hinaus war von Anfang an vorgesehen, am Kongress auch »Prozessräume« für spontane Treffen und zusätzliche Angebote bereitzustellen. Die Plena bzw. die Vernetzungs- & Reflexion-Open-Spaces dienten der Unterstützung dieser offenen und egalitären Arbeitsweise. Sie wurden moderiert und sollten zum Kennenlernen, zur Reflexion und zur Vernetzung beitragen. Elemente der Methode »open space« fanden sich in die gesamte Kongressstruktur integriert.

Für Solidarische Ökonomie ist die Selbstorganisation zentral. So wurde die Vorbereitung wie auch die Durchführung des Kongresses ehrenamtlich von zahlreichen engagierten Personen bewältigt. Alle TeilnehmerInnen wurden herzlich eingeladen, zum Gelingen des Kongresses beizutragen und nicht wie üblich eine »Serviceleistung« zu erwarten. Dabei galt das Prinzip, je mehr jede/r am Kongress übernimmt, desto weniger haben die Einzelnen zu tun.

Um die Teilnahme möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, gab es keine fixen Teilnahmegebühren, sondern freiwillige Beiträge nach Selbsteinschätzung. Diese dienten dazu, anfallende Kosten abzudecken wie auch Fahrtkostenzuschüsse für VeranstalterInnen der Programmpunkte zu gewähren. Neben den Subventionen waren diese Beiträge für das finanzielle Gelingen des Kongresses sehr wichtig.

Bereits der Entstehungsprozess des Kongresses hat viel Positives bewirkt: so erfuhren zahlreiche Initiativen und Personen von einander oder haben sich vernetzt; und so konnte bereits im Vorfeld vielfach Interesse für den Begriff und die vielfältigen Ansätze solidarischen Wirtschaftens geweckt werden.

Vor dem Hintergrund einer lebendigen und globalisierungskritischen Bewegung und nicht zuletzt angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gilt unsere Hoffnung der Stärkung und Vernetzung aller Initiativen, die kritische Theorien und praktische Projekte verbinden. Neben dem Aufzeigen von Projekten auf lokaler, regionaler und globaler Ebene wollten wir mit dem Kongress den Begriff »Solidarische Ökonomie« im deutschen Sprachraum bekannter machen, den Austausch, die Auseinandersetzung und Vernetzung in Theorie und Praxis stärken und nicht zuletzt motivieren, in diesem Sinn aktiv zu werden. Unser Verständnis von »Solidarischer Ökonomie« ist dabei breit angelegt, also bezogen auf Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt.

Auf den vier Seiten dieses CONTRASTE-Schwerpunktes könnt ihr Organisatorisches und Atmosphärisches zum Kongress nachlesen, Berichte von einzelnen Workshops und ein Pro- und Contra zu Regiogeld in der Solidarischen Wirtschaft.

Weitere Dokumentationen, Fotos und Filme findet Ihr auf der Startseite von www.solidarische-oekonomie.at●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

Konsens und Open Space
Von der Vorbereitung zum Kongress Seite 7

Persönliches zum »Abenteuer Kongress«
Wie ich von den Menschen überrascht wurde Seite 7

Und es gibt sie doch noch: Die WeltverbesserInnen Seite 7

Kapazitäten und Grenzen
Regionale Gutscheinsysteme Seite 8

Fehlerhafte Analyse –falsche Strategie
Sackgasse Regionalwährung Seite 8

Pay as you wish: Der Wiener Deewan Seite 9

TÜWI, Dumpster und vegan Seite 9

Subventionsstrategien und Vereinsgründung Seite 9

Lateinamerikanische Erfahrungen
Fernreisen ins Naheliegende Seite 10

Solidarität mit den ArbeiterInnen von Sinvoz Seite 10

Workshop Generationsübergreifende Wohnprojekte
Ausgeprägte nachbarschaftliche Hilfe Seite 10

AUS DEM INHALT:

30 JAHRE UFA-FABRIK BERLIN

Das »Gesamtkunstwerk« ufaFabrik, das sich seit 1979 in Berlin etablieren konnte, genießt weltweite Anerkennung als gelungenes Experiment, Arbeit und Lebensqualität im städtischen Raum zu fördern und zu gestalten und dabei kulturelle, soziale und wirtschaftliche Aspekte zu verbinden. Anfang Juni wird das Jubiläum mit einer Festwoche gefeiert. Seite 3

GEMEINSCHAFTEN

Schafe im Sommer auf der Alp zu weiden und ansonsten im Hügelland der Provence zu hüten, hat in Südfrankreich Tradition. Drei Stunden benötigt der Lastkraftwagen normalerweise für den Transport der Schafherde der Longo maï-Kooperative Grange Neuve. 20 Tage hingegen, wenn der Transport zu Fuß stattfindet. Die Kooperative unternahm den Versuch, ihrer Herde die Möglichkeit zu geben, sich langsam an die verschiedenen Vegetationen anzupassen und ist nach dieser Erfahrung fest entschlossen, den LKW zukünftig in der Garage stehen zu lassen. Ergänzt wird dieser Beitrag mit einem Bericht über die Gründung des regionalen Vereins »Laines d'ici«, der sich für eine sinnvolle Nutzung der Ressource Schafwolle einsetzt. Seite 4

MIKROBLOGGING

»Selbstorganisation im Social Web« war Schwerpunktthema in unserer Märzausgabe, Timo Luthmann ergänzt mit seinem Beitrag das Thema mit der Frage, ob Mikroblogging sinnvoll von Sozialen Bewegungen und für Selbstorganisationsprozesse eingesetzt werden kann. Seite 5

AMBULANTE DIENSTE BERLIN

Arbeitskämpfe in selbstverwalteten Einrichtungen kann mensch sich nicht vorstellen. Wenn es zu so etwas kommt, dann haben sich die Menschen in der Einrichtung schon vor längerer Zeit von der Selbstverwaltung verabschiedet. So geschehen bei den 1981 gegründeten »ambulanten diensten e.V.« mit derzeit 600 Beschäftigten in Berlin, bei dem 10 Jahre nach der Gründung eine zunehmende Institutionalisierung und Bürokratisierung mit einer damit verbundenen Hierarchisierung einsetzte – das Ende jeglicher Selbstverwaltung. Elisabeth Voß sprach mit den BetriebsrätInnen über die Arbeitskämpfe in »Selbstbestimmt Leben«-Projekten. Seite 11/12

GEMEINWESENÖKONOMIE

Die Wohnungsgenossenschaft »Am Beutelweg eG« gilt als bundesweites Modell für gelungene Quartiersentwicklung verbunden mit neuen Formen der Gemeinwesenökonomie. Erweitert wird dieser jahrelang unter schwierigen Bedingungen arbeitende Ansatz seit Neuem mit einer beispielhaften Ergänzung: einer Private-Public-Partnership-Strategie zwischen Wohnungsgenossenschaft und der Stadt Trier. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

Hier ist Platz für Anzeigen

von Projekten, Betrieben, Verlagen etc.

Format:
36 x 90 mm
Preis:
108 EUR Netto
Kontakt:
contraste@online.de

ERFURT: KAMPF UM BESETZTES HAUS GEHT WEITER

»Das Zentrum soll Freiraum sein...«

In den Morgenstunden des 16. April, vier Tage nach dem 8. Geburtstag des besetzten Hauses auf dem ehemaligen »Topf&Söhne-Gelände« in Erfurt, wurde das selbstverwaltete Zentrum »Topf-Squat« von der Polizei geräumt.

diego ● Die Räumung begann gegen sechs Uhr relativ überraschend mit dem Abseilen von Einsatzkräften auf Dächer des besetzten Geländes. Gleichzeitig wurde sich mit einem Räumpanzer und Abrissbaggern Zugang zum hinteren Teil des besetzten Geländes verschafft. Die Räumung wurde vom SEK unter Einsatz von Tränengas durchgeführt. In der obersten Etage des besetzten Hauses konnten jedoch einige Personen, die an einen Betonklotz angekettet waren, die Räumung für einige Zeit behindern. Gegen 9.30 Uhr waren dann endgültig alle Personen auf dem besetzten Gelände geräumt.

Das besetzte Haus Erfurt war ein seit acht Jahren bestehendes sozial-politisch-kulturelles Zentrum. Auf dem Areal der ehemaligen Krematorienbauer von Auschwitz wurde sich aktiv mit der Geschichte der Firma »Topf & Söhne« auseinandergesetzt. Es fanden regelmäßig Vorträge, Kundgebungen und Infoveranstaltungen zu geschichtspolitischen Themen statt. Darüber hinaus mischte sich das Projekt aktiv mit gesellschaftskritischer Intention in öffentliche Auseinandersetzungen ein und engagierte sich gegen strukturelle Missstände, wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Kapitalismus. Auch zeigte das besetzte Haus immer wieder sein Engagement und beteiligte sich an Aktionen gegen Neonazis und deren faschistische Umtriebe.

Nicht zuletzt befand sich auf dem Projekt Wohnraum, ein Wagenplatz, eine Lesecafe und ein Umsonstladen. Regelmäßig fanden Parties und Konzerte statt, die von vielen Menschen besucht wurden. Da es trotz längerer Suche kein Alternativobjekt gibt, wird eine Lücke entstehen. Dennoch wird die Forderung nach einem selbstverwalteten Projekt durch diese Räumung nicht verschwinden.

GESCHICHTE

Bereits 1989 kam es in Erfurt zur ersten offenen Hausbesetzung. Damals – mit dem Zusammenbruch der DDR und dem Entstehen der neuen Bundesländer – gab es einen Freiraum, der in vielen Städten ähnlich genutzt wurde. Häuser wurden besetzt, bewohnt und bezogen. Wie üblich, gingen manche Projekte wieder ein, andere gründeten sich usw. usf..

1998 waren davon in Erfurt noch zwei Projekte übrig. Das autonome Jugendzentrum, in dem momentan politisch nichts mehr möglich ist und das eher einen (linken) Jugendclub darstellt und das »Korax" – ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung, das aber 1998 geschlossen wurde. Auf der Fläche des abgerissenen Hauses entstand ein Parkplatz.

Seitdem kam es immer wieder zu Hausbesetzungen, um ein autonomes Zentrum durchzusetzen. Erklärtes Ziel der BesetzerInnen war ein Zentrum ohne SozialarbeiterInnen, städtische Einmischung und mit einem emanzipativen Anspruch – ein Zentrum, das Freiraum sein soll ohne rassistische und sexistische Anmachen, das unkommerziell arbeitet und Ausgangspunkt linksradikaler Politik ist.

Durch den erzeugten Druck kam es zu Verhandlungen zwischen dem Verein »Allerlei e.V.« und der Stadt. 1999 beschloss die Stadt, ein Haus zur Verfügung zu stellen. Danach geschah nichts und die Verhandlungen wurden schließlich als gescheitert angesehen. Die BesetzerInnen entschlossen sich, das Problem selbst in die Hand zu nehmen und besetzten am 12. April 2001 ein Haus auf dem ehemaligen Gelände der Firma »Topf & Söhne«.

Die Räumung in Erfurt reiht sich in eine völlig ausufernde, repressive Stadtumstrukturierungspolitik ein, wie sie kürzlich auch in Münster, Köln und Berlin bei den Angriffen und Räumungen in der Grevenerstraße, in der Neuerburgstraße und in der Liebigstraße zum Ausdruck kam. Nach wie vor gibt es kaum Akzeptanz für linke Freiräume. Solidaritätsaktionen mit der Forderung: »Für mehr linke Häuser und Plätze in Erfurt und anderswo!«, gab es in der Folge in vielen Städten der Republik.●

Info:
www.topf.squat.net

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Platzverweise angreifen

Überraschend erfolgreich waren AktivistInnen mit einer Idee, Platzverweise loszuwerden bzw. den nervigen, nämlich wirksamen Teil davon. Dazu stellten sie einen Verwaltungsantrag gemäß § 80 IV VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) bei der Polizeistelle, die den Platzverweis ausgestellt hatte: »Hiermit beantrage ich den sofortigen Vollzug, den Platzverweis und das Aufenthaltsverbot vom Datum gegen mich auszusetzen. Ich setzte Ihnen eine Frist von 3 Stunden um über diesen Antrag zu entscheiden.« Die Polizei kam dem anstandslos nach.

Vorteil gegenüber einem Eilantrag ist bei dieser Methode, das es keinerlei Gerichtskosten produziert, weitere Schritte aber nicht ausschließt. Noch besser dürfte sein, die Anträge nach § 80 IV VwGO und § 80 V VwGO zu kombinieren. Aber überbewerten darf mensch die Vorgänge nicht: Der Antrag nach § 80 IV VwGO ist oft ein stumpfes Schwert. Keinesfalls darf auf diesen vertraut werden, was nicht bedeutet, dass die Justiz in solchen Dingen vertrauenswürdiger ist. Anlässlich des NATO-Gipfels reagierten die Polizeibehörden auf den Antrag nach § 80 IV VwGO gegen die Ausreiseverbote nicht. Erfreulicherweise hatten die Anträge nach § 80 V VwGO beim VG Stuttgart Erfolg. Wären die gerichtlichen Anträge nicht gestellt worden, hätte die Polizeibehörde vollendete Tatsachen geschaffen.

Hohe Verurteilungen nach NATO-Protesten

Im Zuge der Proteste gegen den Natogipfel wurden mehrere hundert Menschen in Gewahrsam genommen und Hunderte zum Teil schwer verletzt. Von den in Gewahrsam genommenen Menschen wurden acht DemonstrantInnen, die zwischen Donnerstag und Freitag, also vor den großen Ausschreitungen am Samstag festgenommen wurden, dem Haftrichter vorgeführt und zum Teil durch sogenannte Schnellverfahren verurteilt. Zwei Deutsche wurden, am Montag den 06.04., zu jeweils sechs Monaten ohne Bewährung und fünf Jahren Einreiseverbot, sowie einer zu drei Monaten auf Bewährung und fünf Jahren Einreiseverbot verurteilt. Nach Verkündung der Urteile gab es kurz Tumulte im Gerichtssaal, die Polizei warf die Leute umgehend raus und drängte die UnterstützerInnen anschließend aus dem Gebäude. Bürgerliche Medien hatten ihre Kameras schon eingepackt. Mehr auf http://de.indymedia.org/2009/04/246596.shtml.

Was ist eigentlich mit Mannichl?

Es war ein riesiges Medienspektakel: Der Polizeichef im schwarzbraunen Passau – sicherlich nicht gerade einen farbigen Kontrast dazu darstellend – wird mit einem Messer schwer verwundet und berichtet, Nazis hätten ihn überfallen. Empörung, Medienhetze gegen Rechte (nicht dass mensch Mitleid haben müsste), Linke demonstrieren für einen Polizeiführer – eine erstaunliche nationale Einheit gegen Nationale bildete sich. Dann erste Zweifel: War die ganze Story wieder mal das, was von der Polizei ständig kommt – Lügen, Fälschungen, gerichtete Ermittlungen? Ausgerechnet linke Medien hielten Mannichl am längsten die Stange. Bis klar war: Mannichl und die Polizei selbst sind der Skandal. Was aber ist nun eigentlich herausgekommen? Wahrscheinlich wird das nie jemand herausfinden. Weil schon lange niemand mehr nach der Antwort sucht. Googeln Sie mal nach »Mannichl« – da tut sich gar nichts mehr. Nachdem die Show missglückte, soll Gras drüber wachsen ...

Wer die Politik anzeigt oder kritisiert, kassiert schnell ein Verfahren

Ein dramatisches Ende nahm ein typisches Gerichtsverfahren, bei dem angeklagt wurde, wer eigentlich eine Anklage erreichen wollte. Aber es ist üblich: Strafverfahren werden ganz schematisch eingeleitet gegen alle, die sich über Polizeihandeln beschweren. Nun hat sich ein so Angegriffener umgebracht: »Der Schritt des Suizid ist in meinem Fall eine Erlösung gewesen«, begründete er seinen Schritt. Der ganze Fall ist beschrieben auf http://bloegi.wordpress.com/2009/04/06/christian-schaffer-hat-sich-umgebracht/.

Strafbefehle und Verfahren nach Jugendumweltkongress

Nach Aktionen gegen den Flughafenausbau, an der Börse, vor dem Knast oder gegen Pelzhandel kam es rund um Silvester 2008/2009 in Frankfurt immer wieder zu Polizeieinsätzen und Gewahrsamnahmen. Bei Aktionen vor dem Polizeipräsidium, in dem zu dem Zeitpunkt mehrere Personen gefangen gehalten wurden, wurde die Polizei mehrfach gewalttätig. Wie üblich, entwickelten sich daraus Strafverfahren gegen die Opfer der Polizeigewalt. Die hielten still, um erst einmal in den Besitz der Überwachungsfilme zu kommen. Die zeigen deutlich, wie z.B. ein Uniformierter einen bereits verhafteten, am Boden liegenden Aktivisten mehrfach schlägt.●

Jörg Bergstedt

AlternativUni 2009 in Jena

Der LZaS (Loser Zusammenschluss aktiver Studenten) veranstaltet vom 17. bis 23. Mai 2009 im Glashaus (Paradies Park) Jena zum vierten Mal eine AlternativUni. Die VeranstalterInnen schreiben hierzu: »Wir wollen einen freien Bildungsraum schaffen, da wir der Meinung sind, dass solche Orte, an denen alle Menschen zusammenkommen und sich frei »bilden« können, ein wichtiger Bestandteil in unser aller Leben sein sollte. Dabei wird es nicht darauf angelegt, den Leuten vorzuschreiben, wie und worüber sie sich bilden sollen, sondern das soll so frei wie möglich geschehen. Lernen kann überall stattfinden, beim Film gukken, diskutieren, handwerkeln, spielen, lesen u.v.m. Und so ist das Spektrum der AlterUni ausgelegt – all das passt hier rein. Und dazu noch die Einsicht, dass es die Menschen selber sind, die ihre Welt gestalten und also auch verstehen sollten.«

Die VeranstalterInnen befinden sich noch in der Planungsphase und sind noch für Programmbeiträge offen. Ideen, Aktionen und Mitorganisation sind gewünscht, denn die AlterUni ist eine Plattform: Werkstätten, Seminare, Diskussionen, Lesen, Musik, Kunst, Poesie ... vieles ist möglich.

Planung und Diskussionen sind zu finden im Wiki (www.lzas.de/wiki) und auf der homepage (www.lzas.de).●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Spendenaufruf für Film: »Water makes money«

Die wichtigen Dinge im Leben wissen die meisten Menschen erst zu schätzen, wenn sie fehlen. Gutes Wasser ist so ein Ding. Derzeit klopfen überall auf der Welt, wo klamme Kommunen Geld suchen, die Weltwassergiganten Veolia & Suez an die Tür. Allein der Globalplayer Veolia – 2003 als Nachgeburt des größten finanzpolitischen Crashs in der Geschichte Frankreichs entstanden – ist heute in mindestens 69 Ländern auf allen fünf Kontinenten präsent.

In Deutschland hat es der Weltkonzern in kürzester Zeit geschafft, mit Beteiligungen in 450 deutschen Kommunen zum größten Versorger im Trink- und Abwasserbereich aufzusteigen. Zum Beispiel in Braunschweig: Den Kaufpreis und die Investitionen zahlen Braunschweigs Wasserkunden. Veolia wendet für die Neuerwerbung keinen Cent auf. Tag für Tag melden die französischen Globalplayer neue Eroberungen. Sie versprechen Effektivität, günstigere Finanzierungsmöglichkeiten und auch Nachhaltigkeit. Nur in der Heimat der Konzerne, in Frankreich, glaubt ihnen kaum noch jemand.....

Ausgerechnet hier, wo Veolia und Suez 80 Prozent der Bevölkerung mit Wasser versorgen, wollen viele Kommunen Veolia & Suez so schnell wie möglich loswerden. Intransparenz, schlechte Wasserqualität, kontinuierliche Preissteigerungen und Monopolmissbrauch lauten die Vorwürfe. Die Gemeinden haben große Schwierigkeiten zu kontrollieren, ob beispielsweise die Milliarden gezahlter Gebühren für die Sanierung der Rohre auch wirklich dafür genutzt wurden. Oder hat das Wassergeld nur die weltweite Konzernexpansion finanziert? Die Hauptstadt Paris und mehr als hundert andere französische Gemeinden haben daher beschlossen, die Kontrolle über diese lebenswichtigen Dienste zurückzunehmen. Ende des Jahres müssen Veolia und Suez in Paris die Koffer packen. Dann wird die Wasserversorgung von der Pariser Kommune verwaltet.

Der Film »Water makes money « wird zeigen, was Paris und andere französische Gemeinden aus der Herrschaft von Veolia & Co gelernt haben und wie sie es schaffen, das Wasser in eigene Regie zurückzuholen. Beispiele aus Europa und Amerika ergänzen den Film zu einem Lehrstück für die ganze Welt! »Water makes money « wird Mut machen: Wasser in Bürgerhand ist möglich! Was ein derartiger Film an Aufklärung und Mobilisierung leisten kann, zeigen die letzten Filme von Leslie Franke und Herdolor Lorenz »Wasser unterm Hammer« und »Bahn unterm Hammer«.

Deshalb rufen wir auf: Helfen Sie mit, dass dieser so dringend benötigte Film zustande kommt. 90.000 EUR ist das minimale Budget, mit dem der Film hergestellt werden kann. Wird das Minimalbudget nicht erreicht, entsteht in jedem Fall ein Film, der dem verminderten Budget entsprechend ist. Deadline für das Erreichen des Budgets: 31.05.2009.●

Water makes money. Ein Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz
In Zusammenarbeit mit Jean Luc Touly, Marc Laimé, Christiane Hansen und AQUATTAC, 82 Min.
Ein Film von unten – finanziert von denen, die ihn sehen wollen, die damit aufklären wollen.

Weitere Infos: www.watermakesmoney.org
Konto: Water makes Money, HASPA, Konto-Nr: 1230 131 474, BLZ: 200 505 50

AKTION 2009

Redaktion Heidelberg ● Aus Platzgründen nur eine Kurzübersicht: Im Monat April gab es drei Neuabos und eine neue Fördermitgliedschaft über 65 EUR, leider aber auch zwei Kündigungen. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 143+. 143 Abos fehlen dem Zeitungsprojekt, um auch ohne Spenden überleben zu können.

Auf unserem Spendenkonto gingen 9,50 EUR ein. Wir benötigen nun noch 1.614 EUR in diesem Jahr.

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften (siehe Coupon auf dieser Seite, links unten) helfen, unser Projekt zu stabilisieren.

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung! Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Konto-Nr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung).

Kostenlose Überdrucke für die Werbung auf Treffen & Tagungen können bestellt werden unter contraste@online.de●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2009

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2009: 1.614 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 143+ Neuabos

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Sendepause

Ihr habt es sicher bemerkt, in der letzten Ausgabe fehlte diese Rubrik. Leider ist DJ Chaoz, der diese Rubrik betreut, wegen mehrerer stressiger Jobs, die zum Überleben notwendig sind, derzeit nicht in der Lage, Besprechungen zu schicken. Deshalb an dieser Stelle einige kurze Besprechungen, die wir der terz, der autonomen Stattzeitung für Politik und Kultur in Düsseldorf und Umgebung entnommen haben.

MATT BAUER: THE ISLAND MOVED IN THE STORM (modulor) Ein solches Song-Album von grandioser Intensität und komplett frei von kitschloser Poesie erscheint selten genug, also haltet es fest, bevor es vorbeigeht – es lohnt sich definitiv! Bauers Song-Zyklus ist lose von einer wahren Begebenheit inspiriert: 1968 wurde an einer Straße in der Nähe vom Eagle Creek bei Georgetown/Kentucky die in eine Zeltplane eingewickelte Leiche einer jungen Frau gefunden. Bauer nimmt die Geschichte vom »Zelt-Mädchen« – das Cover zeigt ihn mit ihr in nachgesteller Szene – als Anlass, über die Vergänglichkeit zu raisonnieren. Das musikalische Personal ist gewaltig, der Klang dieses überall und im Nirgendwo aufgenommenen Kleinods hingegen ist warm, intim und voller fragiler Kraft. Beeindruckend großartig, um zu sagen: ein Meisterwerk.

EVIL MADNESS: DEMONI PARADISO (12 tónar) Diese vier frostgewöhnten Isländer lässt die Wirtschaftskrise erstmal kalt: wozu sich über banale Großspur-BankerInnen von gestern aufregen, wenn die bösen Kräfte des Universums eh universal-undercover wirksam sind? Mit herrlich nachgefühlter Kraut-Elektronik und einem gehörigen Schuss Italo-Horror transformiert man die sinistren Psycho-Siebziger als Ruine der verpufften 60erTräume ins derbe Hier und Jetzt und kreiert eine wilde Sequenzer-Symphonie, die sich vortrefflich als Soundtrack zum Wahnsinn der Wirklichkeit eignet. Mit super Artwork.

IVANA SANTILLI: TONY (do right!) Wenn es schon etwas smarter und doch auch authentischer sein soll, ist das dritte Soloalbum der Italo-Kanadierin die absolute Wahl. Die Geschichten und die Energie von New York mischen sich mit der Referenz an ihre Toronto-Wurzeln und einen Begriff von Pop, der noch populär bedeutete und nicht nur Verkauf, sagt Santilli, die bereits mit The Roots, De La Soul, Tito Puente, James Brown und Jamiroquai tourte. Das definitive Pop-Album des Monats ist eine herrliche Hommage an Old-School-Soul-Funk à la Hall&Oates, Sade oder auch Jody Watley. Einfach nur gelungen.

ORCHESTRE POLY-RHYTHMO DE COTONOU: THE VODOUN EFFECT (analog africa) Kommen wir zu einem weiteren musikalischen Herz dieses Monats: dieses Album ist eine sagenhafte Entdeckung, nicht nur für Samy Redjeb von Analog Africa, dem es auf seinen zahlreichen Reisen nach Benin gelungen ist, an die 500 Titel aufzustöbern, die diese großartige Band Westafrikas zwischen 1970 und 1983 aufgenommen hat. Diese 14 Tracks begeistern durch eine mitreißende und eboroginelle rhythmische Fusion aus Funk, Soul, Psych und den eigenartigen hochkomplexen Polyrhythmen Sato und Sakpata, die untrennbar mit der Voodoo-Religion, für die Benin als die Geburtsstadt gilt, verbunden sind. Die primitive Aufnahmetechnik ist erstaunlich druckvoll und satt gemastert worden, so dass es vollen Hörgenuss gibt. 1A.●

honker

INTERNATIONALES KULTUR CENTRUM ufaFabrik BERLIN

Ein multikultureller Ort der Begegnung

Das »Gesamtkunstwerk« ufaFabrik, das sich seit 1979 in Berlin etablieren konnte, genießt weltweite Anerkennung als gelungenes Experiment, Arbeit und Lebensqualität im städtischen Raum zu fördern und zu gestalten und dabei kulturelle, soziale und wirtschaftlich Aspekte zu verbinden.

Sigrid Niemer, Berlin ● Was einmal mit einer gemeinsamen Kasse und einem einzigen Telefon begann, hat sich in den letzten 30 Jahren zu einer differenzierten Struktur entwickelt. Unter dem ideellen Dach des gemeinnützigen ufaFabrik Berlin e.V. arbeiten heute über 200 MitarbeiterInnen in 12 verschiedenen Organisationen, die je nach Betätigungsfeld als gemeinnütziger Verein oder GmbH aufgestellt sind.

Die Anfänge

Die ufaFabrik ist nicht am Planungstisch entstanden sondern durch das konkrete Interesse einzelner Personen und Gruppen. Die Entwicklung geht bis Anfang der 70er Jahre zurück, als einige der späteren Gründer als Lebensgemeinschaft zusammenzogen und fortan in eine gemeinsame Kasse wirtschafteten.

1978 organisiert hieraus ein Netzwerk von Gruppen, unter anderem der Verein »Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk«, das erste Umweltfestival in West-Berlin »Umdenken – Umschwenken«, und präsentierte sich mit viel kreativem Witz der Öffentlichkeit. Das große Besucherinteresse ermutigte die InitiatorInnen, einen Ort zu schaffen, an dem diese neuen Ansätze täglich erprobt und gelebt werden konnten.

Die »friedliche Wieder-in-Betriebnahme« des Geländes der ehemaligen UFA-Film Kopierwerke im Juni 1979 gelang auch deshalb, weil alle Beteiligten begeistert und voller Energie und Optimismus an eine gemeinsame Zukunft glaubten und bereit waren, sich in hohem Maße dem gemeinsamen Ziel zu verpflichten.

Die ufaFabrik heute

Fast alles aus den Anfangstagen hat sich gewandelt, doch in den Grundzügen ist die ufaFabrik ihrem Konzept treu geblieben, Kultur, soziales Engagement und nachhaltige Entwicklung im Alltag zu leben, erlebbar zu machen und miteinander zu verbinden.

Kulturarbeit

Das aktivierende Kulturkonzept richtet sich an alle Altersgruppen, an Kinder und Jugendliche ebenso wie an Studenten, junge Familien und ältere Menschen.

ufaFabrik 1979 – Cultural Performance

Die Angebote bieten Möglichkeiten, selbst kulturell aktiv zu werden und stellen Übergänge her zwischen Freizeitaktivitäten, Semi-Professionalität und professioneller, künstlerischer Bühnenarbeit.

Das IKC ufaFabrik betreut zwei Veranstaltungssäle und eine überdachte Sommerbühne als Spielort für Theater, Kabarett, Weltmusik, Comedy, Varieté, internationale Festivals, Circus und Kinderprogramme. Künstler, die hier gastieren, können während dieser Zeit im hauseigenen Gästehaus direkt neben ihrem Produktionsort wohnen.

Der Kulturbetrieb stellt Studios zur Verfügung, die nach einem flexiblen Zeitplan von Berliner Künstlern genutzt werden und ebenso von internationalen Gästen, die für einzelne Projekte eingeladen werden.

Das Selbstverständnis der MitarbeiterInnen des Kulturcentrums beinhaltet die engagierte Betreuung der Künstler, egal ob sie Profis oder Laien sind, in allen organisatorischen Fragen und die Unterstützung bei Projektentwicklung, Bühnentechnik, Pressearbeit und Publikumsbildung.

Kulturelle Bildung

In der Schule des ufaFabrikCircus trainieren Berliner Kinder aller Nationalitäten mit professionellen Artisten, – wöchentlich oder intensiv in den Ferien. Sie entwickeln körperliches Selbstbewusstsein, Teamgeist und Kreativität. Höhepunkte sind die wiederkehrenden Auftritte beim Circusfestival oder zu anderen Gelegenheiten in der Stadt. Die jungen Künstler zeigen, was sie gelernt haben und erleben dabei das Gefühl, etwas ganz Besonderes zu leisten.

Zahlreiche Kooperationsprojekte mit Partnern, wie zum Beispiel dem Netdays e.V. und den Berliner Grund- und Hauptschulen folgen dem Konzept, dass Zugang zu kultureller Praxis Kindern und Jugendlichen neue Sichtweisen und Perspektiven für das eigene Leben eröffnen kann.

ufaFabrik-Gelände 1980

Ökologie und nachhaltige Entwicklung

Umfangreiche ökologische Maßnahmen von der Dachbegrünung bis zur dezentralen Energieversorgung haben das Gelände zur grünen Oase in der Großstadt gemacht. Durch Führungen, Seminare und Ausstellungen können sich Interessierte ein Bild über die einzelnen Projekte machen. MitarbeiterInnen der ufaFabrik und des hier gegründeten Instituts für kreative Nachhaltigkeit waren die Initiatoren der »Woche der Zukunftsfähigkeit« und der regelmäßigen Veranstaltungsreihe »Experiment City«, die mittlerweile ausgegründet, zukunftsweisende Modelle für Wohnraum und Lebensqualität in Berlin zum Thema macht.

Gesunde Ernährung als wesentlicher Teil der Lebens-Kultur wird durch die Vollkornbäckerei, den Naturkostladen und auch das Café Olé für die Bewohner, MitarbeiterInnen und Gäste garantiert.

Nachbarschaft und Gemeinwohl

Anlaufstelle für Nachbarn und Bürger bietet das Nachbarschaftszentrum NUSZ. Es bündelt und entwickelt gesundheitliche und sozialkulturelle Aktivitäten von, mit und für Menschen im Kiez und den angrenzenden Bezirken. Es entstand aus dem Gedanken der Selbsthilfe, Verantwortung für die Erfüllung der eigenen Bedürfnisse zu übernehmen. Neben Freizeitaktivitäten in Bewegung, Musik und Sport gibt es soziale und rechtliche Beratung und Weiterbildung für junge Familien, Kurse zu Geburt und Kindheit, Sprachtrainings, Feste, Trödelmärkte und einen Pflegedienst. Eine besondere Attraktion ist der pädagogisch betreute »Kinderbauernhof« mit einem Mädchentreff und dem ehrenamtlich organisierten Bauernhofclub für ältere Mitbürger.In den letzten Jahren hat das Nachbarschaftszentrum mehrere Kindertagesstätten, Schul- und Freizeiteinrichtungen des Bezirkes in seine Trägerschaft übernommen.

Internationale Zusammenarbeit

Die MitarbeiterInnen der ufaFabrik sind in verschiedenen sozialen, kulturellen und nachhaltig-ökologischen Netzwerken aktiv, unter anderem im Trans Europe Halles Kultur-Netzwerk, res artis – einer weltweiten Organisation von Häusern, die Künstlern zeitlich befristete Arbeitsmöglichkeiten bieten, und dem IFS – der Internationalen Föderation der Nachbarschaftshäuser.

Was bringt die Zukunft?

Als Anerkennung des jahrelangen, erfolgreichen Engagements hat die ufaFabrik 2004 den Titel der UN-Habitat als »Best Practice Project to Improve the Living Environment« erhalten.

Viele Ideen, für die sich die Mitglieder der ufaFabrik engagierten und die vor 30 Jahren gesellschaftliches Neuland waren, haben sich durchgesetzt und beherrschen Teile der öffentlichen Debatte. Die MitarbeiterInnen der ufaFabrik müssen in diesen Bereichen keine Überzeugungsarbeit mehr leisten, sondern können sich auf die tägliche Umsetzung ihrer Projekte konzentrieren. Und es tun sich neue Themen auf, im Bereich der Bildung, Ausbildung, Kommunikation, – auf dem Weg zu umfassender Lebensqualität und freundschaftlichem Miteinander im städtischen Raum.●

Mehr Infos: www.ufafabrik.de

Programm der Festwoche

30 Jahre ufaFabrik

Sonntag, 7.6. 14 bis 19 Uhr
Familientag
Spiel und Spaß auf dem ganzen Gelände, mit dem ufaFabrik KinderCircus, Playpus-Theater, u.v.m.

Dienstag, 9.6. 19 Uhr
Geburtstagsgala
Bühnenprogramm mit Weggefährten, Künstlern und Gästen

Mittwoch 10.6. und Donnerstag, 11.6. 20.30 Uhr
Comedy-Mix
Chin Meyer lädt Kollegen ein

Freitag, 12.6., 21 Uhr
Konzert
The Incredible Herrengedeck und eine zweite junge Berliner Band

Samstag 13.6., 20.30 Uhr
Konzert
Terra Brasilis und Gäste

Herzliche Glückwünsche zu 30 Jahren UFA-Fabrik!

Liebe KommunardInnen,
wir gratulieren Euch herzlich zu Eurem 30. Geburtstag und freuen uns, unseren LeserInnen heute mit einem Artikel der Kommunardin Sigi einen Überblick über Eure vielfältigen Tätigkeiten und Projekte zu geben, sowie einen Auszug aus dem umfangreichen Programm Eurer Geburtstagswoche im Juni.

Wir schenken Euch zum Geburtstag 2 Seiten unserer Zeitung im Juni, für die wir uns O-Töne von Euch wünschen, darüber wie Ihr die vergangenen 30 Jahre erlebt habt und wie Ihr Euch die nächsten 3 Jahrzehnte wünscht.

Liebe LeserInnen,
wer der UFA-Fabrik zum 30. Geburtstag gratulieren möchte, kann das ganz direkt im Geburtstagsblog machen:
http://blog.snafu.de/30_jahre_ufafabrik/2009/01/30/wenn-wir-uns-was-wunschen-durften/

Die CONTRASTE-Redaktion

PRÄMIE FÜR NEUE ABOS !

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine CD-ROM als Prämie:

CONTRASTE-Archiv-CD 2008 mit dem »Reader der AlternativMedien«. Inhalt: Die CONTRASTE-Jahrgänge 2005-2007 im Originallayout als pdf, der Jahrgang 1984 mit text-pdf. Zusätzlich: Alle uns bekannten linken und alternativen Zeitschriften der BRD und Schweiz mit Beschreibungen in zwei Datenbanken.

Ich bin bereits JahresabonnentIn oder Fördermitglied und habe untenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Bitte schickt mir die nebenstehend angekreuzte Prämie zu.

Meine Anschrift:

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Abonnement

Ich abonniere CONTRASTE für 1 Jahr zu untenstehenden Bedingungen gegen Rechnung. Jahresabo Inland 45 EUR / Ausland 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, 1. Unterschrift _____

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen** widerrufen werden
Zu Kenntnis genommen:

Datum, 2. Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

VON DEN ALPEN IN DIE PROVENCE

Tausendfüßler unterwegs

Im vergangenen Herbst wanderten wir mit den Schafen vom Sommerungsgebiet in den französischen Alpen in die Kooperative Grange Neuve in der Provence. Die Transhumance (Wanderweidewirtschaft) ist ein Abenteuer, das auch heute noch seine volle Berechtigung hat. Drei Stunden benötigt der Lastwagen normalerweise für den Transport unserer Schafherde. Wir dagegen brauchten in diesem Jahr 20 Tage, um die 200 Kilometer zwischen dem Weidegebiet neben unserer Spinnerei in Chantemerle bei Briançon und dem Schafstall der Kooperative Grange Neuve bei Limans zurückzulegen.

Remo, Longo maï ● Es war ein bewusst getroffener Entscheid, die Strecke zu Fuß und nicht motorisiert hinter uns zu bringen: Zeit zu investieren und nicht zu hoffen, durch Zeiteinsparung etwas zu gewinnen. Die Schafswanderung war eine Investition in das Wohl der Tiere, in Unabhängigkeit und in ein gemeinsames, insbesondere von jungen Longo maï-Mitgliedern getragenes Projekt.

Schafe im Sommer auf der Alp zu weiden und ansonsten im Hügelland der Provence zu hüten, hat in Südfrankreich Tradition. Eine Anpassungszeit, eine Akklimatisierung an höhere Lagen durch einen Lastwagentransport zu verhindern, ist heutzutage leider auch üblich. Dieses Jahr wollten wir unserer Herde wieder die Möglichkeit geben, sich langsam an die zwei verschiedenen Vegetationen anzupassen. Täglich näherten wir uns rund 15 Kilometer unserer Kooperative – Alpen, Voralpen und schließlich die Provence, immer der Durance entlang, allerdings nicht auf direktem Wege, denn wir wollten die vergifteten Obstmonokulturen im Durancetal meiden. Deshalb bevorzugten wir es, auf den Anhöhen neben dem Tal zu wandern und zusätzliche Kilometer in Kauf zu nehmen.

Viel brachliegendes Kulturland sahen wir an solchen »unrentablen« Orten, eigentlich in unseren Augen eine Verschwendung, während der Schafswanderung aber sehr nützlich, da wir so zusätzliche Weideplätze für unsere Herde hatten. Wir, das heißt sechs Begleiter, 350 Schafe, 10 Widder, zwei Esel und ein Pferd. Unterwegs trotzten wir schlechtem Wetter; denn während zwei Wochen kämpften wir gegen Regen und Schnee. Aber auch ungeduldige Autofahrer machten uns das Leben schwer. Eine unerwartete Verspätung, beispielsweise, weil eine Schafherde kurzzeitig die Straße blockiert, findet in der heutigen Zeit kaum Verständnis. Doch weder das Wetter noch ungeduldige Autofahrer, Müdigkeit oder andere Unannehmlichkeiten konnten uns und unsere Schafen vom Weg abbringen oder die Freude am Wandern nehmen. Dies auch deshalb, weil wir nicht alleine waren. Es war überwältigend, auf welche Solidarität wir zählen konnten. Viele Leute gaben uns oft sehr kurzfristig einen warmen und auch trockenen Platz für die Nacht. Außerdem versorgten sie uns mit Essen. Landwirte stellten uns ihre Wiesen zur Verfügung, ohne etwas dafür zu verlangen. Kontakte wurden geknüpft, auf denen sich aufbauen lässt und die uns auch in Zukunft bei der Transhumance hilfreich sein werden.

All das ist mit einem Lastwagentransport nicht möglich. Einsam wird die Strecke abgefahren. Ein Kontakt mit Leuten und der Natur kann nicht entstehen. Nur die Geschwindigkeit zählt. Nicht das Wohl der Tiere und der Menschen. Das ganze Unterfangen war zudem eine Investition in unsere Autonomie. Das Lastwagenunternehmen kann den Tiertransporter in der Garage lassen. Wir sind nicht auf seine Dienstleistung angewiesen und können es selbst erledigen. Auch wenn wir länger unterwegs sind, kommt es uns schon heute finanziell nicht teurer zu stehen. Mit der zukünftigen Entwicklung des Ölpreises kann es sogar die günstigere Variante werden. Doch nicht nur finanziell ist die Schafwanderung interessant, sondern auch in Hinblick auf Wissen über Wege und Organisation eines solchen Unterfangens. So war die diesjährige Transhumance ein riesiger Lernprozess für uns, da es fast ausschließlich eine neue Equipe war, die sich in dieses Vorhaben stürzte. Die in früheren Jahren gesammelte Erfahrung nützte in der Vorbereitung, nicht aber im Alltag. Die junge Gruppe, vier der sechs Begleiter waren unter 30 Jahre, konnte aber immer auf die Erfahrung eines »alten« Hirten zählen. Der Austausch funktionierte gut. Junger Elan gemischt mit alter Gelassenheit: ein Mix, der sich bewährt hat.

Ein Fortführen der Transhumance werden wir ins Auge fassen, denn nur durch die jährliche Durchführung dieses Unterfangens bleibt die Tradition der Schafwanderung bestehen, bleiben Kontakte und Wissen über Wege erhalten. So können wir zeigen, dass es ebenso anders geht. Deshalb wird auch in Zukunft der Lastwagen in der Garage stehen bleiben.●

aus: »Nachrichten aus Longo maï, Nr. 100«

JAHR DER NATURFASER

Spinnen und Weben

Durch verschiedene Aktionen und Ereignisse hat Longo maï in den vergangenen Jahren die Öffentlichkeit auf die Probleme um die Nutzung der Schafwolle aufmerksam gemacht. In den Jurakantonen gründeten wir zusammen mit Handwerkern, Schafzüchtern und der Bauerngewerkschaft »Uniterre« den regionalen Verein »Laines d'ici«. Er setzt sich für eine sinnvolle Nutzung dieser erneuerbaren Ressource ein.

Raymond, Longo maï ● Die hiesige Schafwolle ist vielen Menschen nicht mehr vertraut. Deshalb legt der Verein einen besonderen Wert auf die Ausbildung von Kindern und Erwachsenen. Zahlreiche Handarbeitskurse fanden zuerst im Wollzentrum in Undervelier statt, wo unser Hof Le Montois liegt. Im Juni 2008 wurde dann das Wollzentrum nach Cernier auf das Gelände von Evologia – einer ehemaligen Landwirtschaftsschule (www.evologia.ch) – verlegt. Der Verein »Laines d'ici« hat auch einen Ausbildungskoffer für Schulen entwickelt, der jetzt in den Kantonen Neuenburg, Jura und Bern den Lehrern zur Verfügung steht.

Das Jahr 2009 wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen zum »Internationalen Jahr der Naturfasern« erklärt: »Es soll die Konsumenten auf die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen der Naturfasern aufmerksam machen und gleichzeitig die Nachfrage auf Produkte, die aus Naturfasern hergestellt werden, verstärken...«

Die Schafwolle ist nur eine von vielen Naturfasern, die in Textilien verwendet werden. Dazu gehören ebenfalls Baumwolle, Jute, Sisal, Seide, Kokosfasern usw. Durch die Konkurrenz der synthetischen Fasern, die vor allem aus Erdöl produziert werden, ist seit dem Zweiten Weltkrieg die Verwendung von Schafwolle stark zurückgegangen. Zudem wurde ein Großteil der Wollindustrie in außereuropäische Länder verlegt. Damit sind die Verarbeitungsmöglichkeiten der einheimischen Schafwolle vor Ort enorm gesunken. Billige Importe, vor allem aus China, tragen zum weiteren Verfall der europäischen Wollindustrie bei. Dabei geht auch das über viele Generationen hinweg erworbene Fachwissen verloren. Die Schafwolle ist schon seit langem ein »globalisiertes« Weltmarktprodukt und die Wollpreise entsprechen denjenigen des Weltmarktes. So erhalten die Schafzüchter nur noch den Weltmarktpreis, der sehr tief ist, wenn keine lokalen Verarbeitungsmöglichkeiten bestehen oder neu geschaffen werden.

Der Verein »Laines d'ici« möchte dem »Internationalen Jahr der Naturfasern« möglichst viel Raum geben. Unter dem Titel »Laines d'ici et d'ailleurs« organisiert der Verein zusammen mit dem Verein ATELIER- Laines d'Europe2, der seinen Sitz in unserer Spinnerei in Chantemerle in Frankreich hat, vom 15.-17. Mai in Cernier ein europäisches Treffen, an dem Personen, Vereine und Kooperativen eingeladen werden, die ihre regionale Wolle verarbeiten. Infos unter www.lainesdici.ch.●

aus: »Nachrichten aus Longo mai«, Nr 100

44. SOLOTHURNER FILMTAGE

»Pausenlos«

Unter den zahlreichen Dokumentarfilmen, die auf dem Programm der 44. Solothurner Filmtage (vom 19. bis zum 25. Januar 2009) standen, sorgte neben »No more smoke signals« von Fanny Bräuning (1), »Pausenlos« für große Aufmerksamkeit.

René Hamm aus Bischoffsheim (Elsass) ● Mit »Transit Uri« induzierte Dieter Gränicher 1993, auf der Grundlage der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale unter dem Gotthard und dem Lötschberg, eine treffende Überlegung über Mobilität und die verheerenden Konsequenzen des Straßenverkehrs. Sein neuestes Werk greift eine spannende Thematik auf, welche a priori nicht leicht auf die Leinwand zu bringen scheint: die absolute Notwendigkeit echte Pausen einzulegen, um den erschöpfenden Rhythmus der beruflichen Verpflichtungen zu brechen.

Der Züricher hat elf Personen dazu animiert, ihre spezifische Wahrnehmung des Zeitlaufs zu schildern. Er hat sie entweder »in Aktion« oder während einer längeren (manchmal unfreiwilligen) Ruhepause interviewt, so zum Beispiel die technische Sachbearbeiterin Marta Lema aus Sennhof (bei Winterthur), die nach einem »Burn-out« an chronischen Schlafstörungen leidet.

Anzeige

Arg gebeutelte Seele

Die fröhliche Gabriela Bohler fühlt sich häufig so »ausgepowert«, dass sie sogar das Autofahren nach Hause als eine gewisse Entspannung empfindet. Erst in ihrer gemütlichen Wohnung in Meggen (acht Kilometer von Luzern entfernt) oder während der Ferien (wir sehen sie in den Armen ihres Gatten Werner auf Rügen) verwandelt sich die Informatikerin in eine »andere Frau«. Weil sie irgendwann neben sich stand, begab sich die Maulburger (2) Krankenschwester und Geigerin Gabriele Meyer zum Retraitenhaus Sonnenhof in Gelterkinden (Kanton Baselland) um Energie zu tanken und aus allen ihren üblichen Funktionen herauszuschlüpfen. In diesem protestantischen Kloster genoss sie »die Qualität der Stille«. Balsam für ihre durch den täglichen Strudel arg gebeutelte Seele.

Die klugen Statements von Alban Gmür aus Sihlwald (in der Nähe von Zürich) relativieren manches, was uns mit der Zeit verbindet. Ein Regentropfen der irgendwo in den Bergen fällt, braucht sieben Jahre (das Alter seines Kindes) bis er den Brunnen, den der Förster sauber hält, erreicht. Er findet es faszinierend, dass den Bäumen im Wald die herumhetzenden Jogger und Biker total gleichgültig sind. Die edlen Riesen stehen einfach da... Der Regisseur hat ein paar schöne Überleitungen eingebaut, um sein Subjekt greifbar nahezubringen: eine in der Sonne bummelnde Katze, das Symbol überhaupt für Unabhängigkeit, ein Salamander, der durch sein Kriechen Rillen in Sägespäne zeichnet, ein unbeweglicher Reiher auf einem Balken am Ufer des Vierwaldstättersees.

Das Dösen unter Artenschutz?

Die zentrale Figur des Filmes, der für seine Weltpremiere im Januar in der »schönsten Barockstadt der Schweiz« viel Lob erntete, ist Karlheinz Geissler. Mit einer pointierten Gelassenheit und einer Prise Ironie formuliert der emeritierte Professor für Wirtschaftspädagogik (an der Universität der Bundeswehr *(ja !)* in München) Wahrheiten, die nicht gerade dem herr-

Fortsetzung nächste Seite

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Geflüchtete Täter, vertriebene Opfer?

Für einen kritischen erinnerungspolitischen Diskurs

Nach einer kontrovers geführten öffentlichen Debatte in den Jahren 2002 und 2003 um die Art und Weise der öffentlichen Erinnerung an Flucht und Zwangsaussiedlung von Deutschen gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, einigten sich Union und SPD im Koalitionsvertrag 2005 auf die Errichtung eines »sichtbaren Zeichens gegen Vertreibungen«. Ende 2008 beschloss der Deutsche Bundestag als Umsetzung die Gründung der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums.

Kernprojekt der Stiftung soll eine Dauerausstellung sein, deren Hauptakzent »Flucht und Vertreibung der Deutschen« sein soll. Zwar ist im Konzept die Rede von einer »Einbettung in den historischen Kontext«, aber wie diese aussehen soll, wird völlig offen gelassen. Konzeptionell und inhaltlich soll die Dauerausstellung an die im Sommer 2006 in Berlin gezeigte Ausstellung »Flucht, Vertreibung, Integration« anknüpfen. In dieser Ausstellung kam der historische Kontext der Zwangsaussiedlungen – die Minderheiten- und Volkstumspolitik des Deutschen Reichs, der Vernichtungsfeldzug und die Besatzungspolitik der Deutschen – hingegen nur am Rande, sozusagen als »Vorspiel« des eigentlichen Geschehens vor.

Die Konzeption suggeriert, die Stiftungsgründung sei das Resultat eines gelungenen Ausgleichs unterschiedlicher Interessen. Dies ist nicht der Fall: Wesentliche Positionen der Debatten seit 2002 fallen hier einfach unter den Tisch. Stattdessen hat sich der »Bund der Vertriebenen« (BdV) mit seinen Vorstellungen weitgehend durchgesetzt.

Der »Arbeitskreis Geschichtspolitische Interventionen« (AGI), eine kleine, parteipolitisch nicht gebundene unabhängige Initiative aus Berlin, setzt sich für eine kritische Diskussion um ein Vertreibungszentrum, mit der Rolle des BdV und der Geschichtspolitik der Bundesregierung auseinander.

Im Frühjahr plant die Bundesregierung ein wissenschaftliches Symposium zur Errichtung der Stiftung, indem allerdings nur wohlgesonnene ReferentInnen eingeladen werden. Zeitnah zu dieser Veranstaltung organisiert AGI eine alternative, öffentlichkeitswirksame Podiumsdiskussion mit kritischen HistorikerInnen, die durch vertiefende Workshops ergänzt werden soll. Darin soll zum einen die politische Durchsetzung der neugegründeten Stiftung kritisch reflektiert werden, wobei es AGI wichtig ist, insbesondere VertreterInnen aus Polen und ihrer Perspektive auf die Erinnerung an Flucht und Zwangsaussiedlungen in Deutschland ein Forum zu bieten. Im Gegensatz zu dem unilateralen Vorgehen der Bundesregierung will die Gruppe mit VertreterInnen kritischer Positionen aus Polen in einen Dialog treten und gemeinsam Möglichkeiten einer politischen Intervention ausloten. Aktuelle Informationen zu den Veranstaltungen finden sich unter: http://agi.blogsport.de.●

Katja Grabert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72
Spenden bitte an:
Förderverein Netzwerk Selbsthilfe e.V.,
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 100 205 00,
Kontonummer: 302 33 00

EINE NEUE KOMMUNIKATIONSFORM

Mikroblogging

Twitter – der populärste Mikrobloggingdienst – geistert in der letzten Zeit unerhört oft durch die Presse. Doch was hat es damit eigentlich auf sich? Kann das Ganze sinnvoll von Sozialen Bewegungen und für Selbstorganisationsprozesse eingesetzt werden? Wie funktioniert es eigentlich konkret?

Timo Luthmann, Osnabrück ● Mikroblogging ist eine eigenständige neue Kommunikationsform. Sie ist keine Mode, und es ist davon auszugehen, dass sie sich neben anderen Kommunikationsformen wie Chat, SMS oder E-Mail etablieren wird. Dabei können Mikroblogs als eine Art persönliche oder kollektive und meist öffentliche Kurznachrichtenticker umschrieben werden, die aus 140 Zeichen (wie eine SMS) bestehen. Diese Kurznachrichtenticker können von anderen Mikroblogs abonniert werden, wodurch ein Netzwerk von AbonnentInnen entsteht.

Im Kern funktioniert Mikroblogging wie Mund-zu-Mund-Propaganda. Ihre Kommunikation besitzt eine dialogische Qualität. Jedes Mikroblog kann Nachrichten empfangen (von den Mikroblogs und Gruppen, die es abonniert hat) und Nachrichten senden (an die Mikroblogs, die ein Abonnement von ihm besitzen). Eine Stärke von Mikroblogs besteht in ihrer Flexibilität, d.h. sie können über SMS, mobiles Internet oder ein normales Webformular, sowie über Chatprogramme gefüttert und ausgelesen werden. Desweiteren sind sie ein extrem schnelles Medium, welches bei Ereignisberichterstattung schon oft Nachrichtenagenturen mit seiner Aktualität geschlagen hat. Dies liegt zum einen an der Kürze der Nachrichten und andererseits an der hohen Verfügbarkeit durch die mobile Anwendung und den vernetzten Charakter der Mikroblogs. So entstehen durch Mikroblogs vernetzte Mikroöffentlichkeiten, die durch ihre Aktualität, ihre Prominenz durch »Early Adopters« (Menschen, die Technologien als Erste anwenden) und Multplikatoren einen digitalen Raum darstellen, welcher in Bezug auf gesellschaftliche Trends als Seismograf der Öffentlichkeit nicht unterschätzt werden sollte. Mit weiterer Verbreitung wird die Suche in Mikroblogs in Zukunft das schnellste Barometer für gesellschaftliche Konflikte und Trends darstellen.

Das flexible und schnelle Medium der Mikroblogs wurde schon vielfältig von Sozialen Bewegungen eingesetzt.

Bürgerjournalismus

Dabei handelt es sich meist um spontane Berichterstattung vor Ort, wie z.B. bei den Anschlägen von Mumbai oder bei den Aufständen in Griechenland. Dabei taucht natürlich auch das Problem der Glaubwürdigkeit der Quellen auf, wenn z.B. Menschen behaupten vor Ort zu sein und dies doch nicht sind. Insgesamt bereichern Mikroblogs in einem Medienmix jedoch das Bild von gesellschaftlichen Ereignissen und sind in ihrer Schnelligkeit unschlagbar.

Viele Gegenöffentlichkeitsprojekte wie Freie Radios (z.B. *Radio Corax*), Indymedia Centers, unabhängige Medienprojekte wie *Democracy!Now* und Zeitungen wie die *taz* oder der *Freitag* nutzen Mikroblogs um ihre Inhalte weiter zu streuen und als Feedbackkanal.

Ein weiterer Bereich, in dem Mikroblogs im Bürgerjournalismus eingesetzt wurden, ist das Wahlmonitoring. Im Dezember 2008 wurden in Bangladesh Mikroblogs zur Wahlbeobachtung benutzt. In den USA überwachten BürgerInnen die letzte Präsidentenwahl mit Hilfe von Mikroblogs und dem Projekt *Twitter Vote Report*. Der CCC (*Chaos Computer Club*) nutzte ein Mikroblog für die Wahlcomputerbeobachtung in Brandenburg zur Kommunalwahl im Jahr 2008. Von den Protesten gegen den G20-Gipfel und den Nato-Gipfel in Strasbourg berichteten JournalistInnen wie AktivistInnen live mit Hilfe von Mikroblogs.

Mobilisierung

Beim Generalstreik in Ägypten im April 2008 spielten Mikroblogs für die Mobilisierung eine wichtige Rolle. Die Gruppe *Labourstart* benutzt Mikroblogs zur Unterstützung von Solidaritätskampagnen für gefährdete GewerkschaftsaktivistInnen und Streiks. Die Initiative *»geh denken«* nutzte Mikroblogs für die Mobilisierung zu den Gegenaktivitäten von Europas größtem Naziaufmarsch am 13./14.02.2009 in Dresden. Außerdem benutzt die Kampagne *»Atomausstieg selber machen«* der deutschen Umweltverbände ebenfalls ein Mikroblog.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Beim Klima-/Antiracamp in Hamburg wurde der Open-Source-Mikroblogging-Dienst *»identi.ca«* im kleinen Rahmen benutzt, um Presseinformationen zu veröffentlichen. DGB und IGM nutzen Mikroblogs auch seit kurzem für Öffentlichkeitsarbeit.

Koordinierung und Selbstorganisation von Protesten und direkten Aktionen

Bei politischen Großveranstaltungen wie z.B. den Protesten gegen die *»Republican National Convention«* (RNC) im September 2008 in Minneapolis/USA wurden Mikroblogs intensiv genutzt. Es wurden gezielt Mikroblogs zu Themen wie Vorbereitungsaktivitäten, Informationen über die Polizei, DemosanitäterInnen oder Legal Team (AnwältInnen) angelegt. Darüber wurden schnell und gezielt die Leute informiert, die diese Infokanäle abonniert hatten. Beim größten Klimacamp in England wurde *Twitter* als schneller Infoticker benutzt.

In Deutschland wurden Mikroblogs das erste Mal als ergänzender Infoticker von *Radio FSK* bei den Gegenaktivitäten zum 1.Mai-Naziaufmarsch in Hamburg 2008 verwendet. Der erste Einsatz von Mikroblogging im größeren Stil für politische Aktionen in Deutschland war der Castortransport im November 2008. Das besondere war, dass verschiedene Mikroblogs nicht nur als Infoticker fungierten, sondern das mindestens sechs MikrobloggerInnen direkt vor Ort waren und ihre dezentral gewonnen Erkenntnisse gepostet haben. Diese Informationen wurden zusammen mit Informationen aus dem SMS-Ticker der Bürgerinitiative und dem *Radio Freies Wendland* zu einem schnellen Infoticker zusammengeschmolzen, der an Aktualität und Schnelligkeit alle anderen übertraf. Hier zeigte sich das wirkliche Potential von Mikroblogs, das Crowdsourcing von Informationen. Mikroblogs sind mehr als nur Empfänger von Kurznachrichten. Sie sind auch Sender!

Bei den Protesten gegen den G20 Gipfel in London spielte *Twitter* für die Koordinierung von Protestaktionen insbesondere für den Aufbau eines temporären 24-Klimacamps in der Mitte der Stadt eine wichtige Rolle.

Monitoring von AktivistInnen

(Mikro-)Öffentlichkeiten können auch für verschiedenste AktivistInnen ein Schutz sein. Ein gutes Beispiel hierfür ist der bekannt gewordene Fall des ägyptischen Aktivisten Alaa, welcher auf seinem Mikroblog seine AbonnentInnen die ganze Zeit während Demonstrationen, Aktionen usw. informiert, ob er okay ist oder Repressionsmaßnahmen ausgesetzt. Es sind weitere Fälle bekannt geworden, wo JournalistInnen und AktivistInnen erfolgreich die Mikroöffentlichkeiten ihrer Mikroblogs als Schutz genutzt haben, um im Ernstfall öffentliche Unterstützungsaktionen einzuleiten. Diese Art des positiven Monitoring von AktivistInnen könnte auch in Deutschland z.B. von Abschiebung bedrohten FlüchtlingsaktivistInnen sehr nützlich sein.

Schaffung von Aufmerksamkeit

Unter Mithilfe von Mikroblogs schafften Protestierende gegen die kommunistische Regierung in Moldawien weltweite Öffentlichkeit zu erlangen, indem sie von den Aufständen in Chisinau berichteten und unter den Hashtag (s.u.) #pman (Abkürzung für den größten Platz in Chisinau) die Exilcommunity in die Diskussion mit einbezogen.

Wie sieht Mikroblogging konkret aus?

1. Account erstellen

Hierbei kommen im wesentlichen zwei Dienste zur Auswahl. *Twitter.com* ist der populärste kommerzielle Mikroblogging-Dienst mit mindestens 6 Millionen NutzerInnen, welcher derzeit noch umsonst ist und ohne Werbung funktioniert. Der zweite Dienst besteht aus einem dezentralen Netzwerk von Mikroblogging-Servern, die mit der Open-Source-Software *laconi.ca* betrieben werden, bei denen jeweils funktional an *Twitter* angelehnte Mikroblogs eingerichtet werden können. Der größte *Laconica*-Mikroblogging-Server ist http://identi.ca und ein auf Soziale Bewegungen spezialisierter Mikroblogging-Server ist http://mikro.mensch.coop. Für beide Dienste, *Twitter* wie *Laconica*-Mikroblogs, gibt es Vor- und Nachteile und ich halte es für sinnvoll, sich bei beiden einen Account (am besten mit dem selben Namen!) zu machen, da *Twitter* sehr komfortabel in ein Laconica-Mikroblog integriert, und das ganze dann parallel betrieben werden kann.

Bei der Accounterstellung sollte auf jeden Fall ein sogenannter Avatar, ein Platzhalterbildchen, hochgeladen werden. Ob abstrakt oder persönlich obliegt dem Zweck des Mikroblogs und den persönlichen Datenschutzvorstellungen. Wichtig ist es, sich bewusst zu machen, dass es sich um öffentliche Kommunikation handelt. Genauso sollte mit den Zusatzangaben im Mikroblog umgegangen werden. Generell gilt, wenn es für politische Zwecke eingesetzt wird, sich so datensparsam wie möglich zu fassen und wenn es zum Zweck persönlicher Repräsentation genutzt wird, so datensparsam wie nötig.

2. Handy und Zusatzwerkzeuge einrichten

Generell müssen Mikroblogs nicht mobil genutzt werden, sondern die Mobilnutzung stellt einfach nur eine interessante Zusatznutzung dar, die z.B. für JournalistInnen und politische AktivistInnen eine Bereicherung darstellt. Mikroblogs können über SMS gefüttert und ausgelesen werden, jedoch stellt diese Variante in Deutschland nur in Ausnahmefällen wie z.B. zu gezielten Events eine sinnvolle Nutzung dar, weil die SMS bei *Twitter* hierfür 40 Cent und bei *mikro.mensch.coop* ca. 20 Cent kostet und im Falle von *mikro.mensch* derzeit nur mit Vertragshandys funktioniert. Die eleganteste Nutzung ist die über mobiles Internet des Handys. Mikroblogging verursacht, wenn es nicht exzessiv genutzt wird, relativ wenig Datenvolumen und die Preise für mobiles Internet sind derzeit stark am fallen. Dabei sollten die für die mobile Nutzung optimierten Internetadressen http://m.twitter.com oder http://m.mikro.mensch.coop genutzt werden, welche weniger Datenvolumen produzieren und auf Handys übersichtlicher sind.

Wer Mikroblogging auf Dauer leistungsfähiger und komfortabler gestalten möchte installiert sich auf seinem Computer eine sogenannte Desktopapplikation, von welcher bequem ein oder mehrere Accounts verwaltet, Nachrichten gepostet und empfangen werden können, ohne dass die Internetseite konsultiert werden muss. Hier ist z.B. das Programm *Twhirl* empfohlen, welches unter jedem Betriebssystem läuft und sowohl mit *Laconica*-Mikroblogs als auch mit *Twitter* funktioniert. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von weiteren Handy-, Web- und Desktopapplikationen.

3. Interessante Mikroblogs finden und abonnieren

So können die internen Suchmaschinen sowie plattformübergreifende Mikroblogsuchmaschinen wie z.B. *Twingly* genutzt werden, um nach Schlagwörtern und Personen zu suchen und interessante Mikroblogs zu finden. Weiter können die AbonnentInnen-Listen der interessanten Mikroblogs nach weiteren »durchforstet« werden. Eine Besonderheit ist, wenn z.B. ein *Laconica*-Mikroblog auf *mikro.mensch.coop* auf einem anderen *Laconica*-Mikroblogging-Server wie z.B. *identi.ca* ein Mikroblog abonnieren möchte. Dabei muss man in seinem Account eingeloggt sein, dann auf den zu abonnierenden Mikroblog gehen und schließlich seine eigene Profil-URL wie z.B. mikro.mensch.coop/accountname angeben.

4. Kurznachrichten veröffentlichen

Die Nachrichten können nicht mehr als 140 Zeichen haben und es sollte daran gedacht werden, dass die Nachrichten aufgezeichnet werden und öffentlich sind. Wichtig ist bei den Kurznachrichten, dass sie mit sogenannten Hashtags (Hash = Raute # + Tag = Schlagwort) versehen werden, wodurch die Nachrichten besser auffindbar werden wie z.B. als Kurznachrichten mit dem Hashtag #castor zeigen markieren alle Nachrichten zum Castortransport.

Ausblick

Das Wichtigste bei einer neuen Kommunikationsform ist es, sie einfach mal auszuprobieren. Erst hierbei stellt sich ein wirkliches Verständnis und Gefühl für Mikroblogging ein. Dabei sollte mensch nicht nur die Mainstream-Plattform *Twitter* konsultieren, sondern auch dezentralen politischen Alternativen wie z.B. *mikro.mensch.coop* eine Chance geben, die offene Standards verwenden wie das OMB-Format, stabiler laufen und mit Open-Source-Software betrieben werden.●

Links zum Artikel:
Twitter: http://twitter.com
Laconica-Mikroblogging-Dienst für soziale Bewegungen:
http://mikro.mensch.coop
größter Laconica-MB-Server: http://identi.ca
Mikrobloggssuchmasche Twingly:
www.twingly.com/microblogsearch
Applikationen für laconica:
http://laconi.ca/trac/wiki/Apps
Desktop-Applikation Twhirl:
http://twhirl.org/
Web-Applikation Ping.fm: http://ping.fm

FORTSETZUNG VON SEITE 4

schenden Dogma entsprechen. »Es gibt keine Stelle der Abwesenheit mehr in dieser Gesellschaft... Distanz ist kaum noch möglich...«. Das Dösen solle unter Artenschutz stehen. Das Glück sieht der Zeitforscher eher im Verzicht, als in »noch mehr Konsum und Arbeit«. Denn sonst häufen sich Depressionen, schwere Krankheiten, verursacht durch die Überproduktion und das unendliche Streben, unter dem auch von den Medien propagierten Druck, nach Aufstieg, Erfolg, Karriere.

Noch viel radikaler und subversiver drückten es der Franzose Paul Lafargue 1880 mit seinem »Recht auf Faulheit« oder der Brite Bertrand Russell 1932 in »In Praise of Idleness« (Lob des Müßiggangs) aus. Auch heute gibt es Leute, die keine Entfaltung und Verwirklichung durch den Beruf erwarten. In der letzten Folge der vierteiligen Reihe »Hauptsache Arbeit« (3), stellt Konstantin Faigle zwei »glückliche Nichtstuer« vor: der 39jährige Jochen Picht, »bekennender Hartz IV-Empfänger« aus Köln und der Tübinger Axel Braig (fünfundfünfzig), der 2001 seinen Job als Arzt an den Nagel hing.

Der Betreiber einer »philosophischen Praxis« und der Internet-Plattform www.arbeitswahn.de bringt den Zusammenhang mancher Tatsachen relevant auf den Punkt: *»Die Welt geht garantiert nicht an der Faulheit zugrunde, sondern es ist viel bedrohlicher, dass wir mit wachsendem Produktivitätsfortschritt immer mehr Ressourcen vervespern und den Planeten immer schneller ruinieren«.*●

1) CONTRASTE vom April 2009
2) Im Wiesental (Baden-Württemberg)
3) Am 31. Oktober 2007 im Westdeutschen Rundfunk und am 16. und 17. März 2009 in 3Sat

ARTIKELSERIE IN SACHEN HAUSRETTUNG, SECHSTE FOLGE

Wir haben ein Recht auf Geschichte

Die Wohnerfahrungen und -wünsche von CONTRASTE-LeserInnen sind vermutlich etwas anders als die der NormalbürgerInnen: flexibler, gemeinschaftlicher, aber auch beharrlich. Das Interesse an alten Häusern und der Kampf gegen die kapitalistische Abrisswut bleiben für Gruppen, die alternative Wohnformen realisieren möchten, auf der Tagesordnung. CONTRASTE will mit dieser Artikelserie von Konrad Kantstein Überlegungen und Tipps eines »alten Hasen« in Sachen Hausrettung vermitteln. In dieser Folge geht es um Grundsätzliches bei der Denkmalpflege.

Klassizistisches Wohnhaus in Putbus auf Rügen, 1991 Foto: Diethart Kerbs, abz-berlin

Von Konrad Kantstein ● Es gehört zu den unvermeidlichen Gegebenheiten des Lebens, dass die Welt schon da ist, wenn wir in sie hinein geboren werden. Und dass sie vermutlich noch eine Weile weiter bestehen wird, wenn wir sie einmal verlassen müssen. Jeder Mensch ist wie eine Sternschnuppe am unendlichen Firmament der Zeit. Wir wachsen auf in Räumen, die andere vor uns gebaut haben. Wir werden groß in Städten, die schon mehrfach älter sind, als die Eltern oder Lehrer, die uns in sie hineinführen. Wenn wir Glück haben, dürfen wir in einer alten Stadt aufwachsen, vielleicht sogar in einer Stadt wie Lübeck, Erfurt oder Regensburg, die wie ein aufgeschlagenes Geschichtsbuch von ihrer Vergangenheit erzählt. Wenn wir Glück haben.

Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob jemand in einem Neubauviertel lebt oder in einer Stadt mit jahrhundertealten Häusern, Straßen und Plätzen. Ob man in Bochum studieren muss oder in Tübingen studieren darf. Durch die Anwesenheit der Geschichte im Alltag der Stadtbewohner bekommt das Leben eine Tiefendimension, die es sonst nicht hätte. Wir spüren, dass wir Erben sind. Sensiblere Menschen suchen solche Orte, Gebildete genießen sie.

Viele, denen solches Glück an ihrem Wohnort nicht zuteil wurde, fahren extra hin. Auch ohne es sagen zu können, spüren manche eine unbewusste Dankbarkeit, wenn sie alte Städte besuchen und sich von ihrer Ausstrahlung faszinieren lassen. Und so etwas wie Verpflichtung, solche Schönheit zu erhalten und sie auch künftigen Generationen zu gönnen.

»Alte Häuser muss man schützen,« so heißt es. Warum eigentlich? Weil sie das Gesicht unserer Städte und Dörfer prägen und damit die Identität des Ortes gewährleisten. Damit es überhaupt etwas gibt, das bleibt, in dieser sich so rasend schnell verändernden Welt. Damit wir, wenn wir nach Jahren zurückkehren, noch dieselbe Stadt vorfinden. Und schließlich wegen ihrer Schönheit, ihres Alterswertes und ihrer historischen Bedeutung. Weil sie Authentizität bewahren in einer Welt voller Reklameschilder und täuschender Verkleidungen. Weil sie uns das menschliche Maß jener Zeit wach halten, in der sie einmal erbaut worden sind. Eben deshalb gibt es Denkmalschutz und Denkmalpflege.

Eine öffentliche Debatte darüber, dass es wohl notwendig sei, historische Gebäude vor Verfall, Ausschlachtung und Abräumung zu schützen, begann in Deutschland nach den napoleonischen Kriegen. Besonders Karl Friedrich Schinkel, der bedeutendste Architekt seiner Zeit, setzte sich hartnäckig für den Schutz der »Alterthümer,« wie man die Baudenkmale damals nannte, ein. Er beschwerte sich darüber, dass es Leute gäbe, die *»nur durch einen eingebildeten augenblicklichen Vorteil auf den Untergang so manches herrlichen Werkes hinarbeiten«* mit der Folge, dass das Land *»von seinem schönsten Schmuck so unendlich viel verlor,« – »und wenn jetzt nicht ganz allgemeine und durchgreifende Maßregeln angewendet werden, diesen Gang der Dinge zu hemmen, so werden wir in kurzer Zeit unheimlich, nackt und kahl wie eine neue Colonie in einem früher nicht bewohnten Lande dastehen.«* So Schinkel 1815 in seinem »Memorandum zur Denkmalpflege«, das gleichsam das Gründungsmanifest der staatlichen Denkmalpflege in Preußen ist.

An diese Worte fühlt man sich erinnert, wenn man heute in manche städtischen Agglomerationen kommt, wo sich die Einkaufszentren, Parkplätze und Gewerbegebiete in die Landschaft fressen. Neuerdings schlägt der Trend des ökonomisch motivierten Bodenverbrauchs in die Innenstädte zurück. Da werden historische Stadtquartiere oder Parkanlagen vernichtet, um Einkaufszentren zu errichten, so genannte »shopping malls«, in denen vom Supermarkt über das Eiscafé bis zum Zahnarzt oder Frisör alles unter einem Dach versammelt wird, was vorher in verschiedenen Altstadthäusern heimisch war, die nun dafür leer stehen oder abgerissen werden. Das ist der städtebauliche Kannibalismus in seiner aktuellen Ausprägung. Seine Vorläufer reichen in Westdeutschland bis in die »Wirtschaftswunderzeit« zurück.

Wo Karstadt oder Kaufhof, die Deutsche Bank oder die Commerzbank unbedingt an der prominentesten Ecke der Stadt »ein Zeichen setzen« wollten, da musste eben ein altes Patrizierhaus dem protzigen Betonklotz weichen. Das ist das Recht – oder die Rücksichtslosigkeit – des Stärkeren. Eine kritische Dokumentation über die städtebaulichen Schandtaten der Konzerne und Banken ist seit fünfzig Jahren überfällig.

Und weil die Städte auf diese Weise – durch das Überhandnehmen trister »Bauherrenarchitektur« – immer gesichtsloser wurden, verstärkt sich nun der Wunsch zur Wiederaufrichtung längst verschwundener oder im Krieg zerstörter Bauten. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder rechtfertigte den Plan zum Neuaufbau des 1950 abgeräumten Berliner Stadtschlosses mit den Worten »Das Volk braucht etwas für die Seele.«

> »Bewacht ein altes Bauwerk mit ängstlicher Sorgfalt; bewahrt es so gut wie angängig und um jedem Preis vor dem Zerfall. Zählt sein Stein wie die Edelsteine einer Krone; stellt Wachen ringsherum auf, wie an den Toren einer belagerten Stadt; bindet es mit Eisenklammern zusammen, wo es sich löst; stützt es mit Balken, wo es sich neigt; kümmert euch nicht um die Unansehnlichkeit solcher Stützen; besser eine Krücke als ein verlorenes Glied. Tut alles dies zärtlich und ehrfurchtsvoll und unermüdlich, und so manches Geschlecht wird in seinem Schatten erstehen, leben und wieder vergehen.«
>
> John Ruskin (1819-1900)

Damit wenigstens irgendwo wenigstens etwas von der historischen Architektur ländlicher Regionen wenigstens halbwegs echt erhalten bleibt, werden stellenweise die schönsten und ältesten Häuser in den Dörfern fachgerecht abgebrochen, abtransportiert und in Freilichtmuseen wieder aufgebaut. Diese künstlichen Dörfer mit echten Tieren, kleinen Dorfläden und gemütlichen Wirtshäusern erfreuen sich eines regen touristischen Zuspruchs. Da kann sich die Seele von den Zumutungen der Gegenwarts-Architektur erholen. Doch für die authentische historische Substanz gibt es keinen Ersatz, weder durch Translozierung (= Versetzung an einen anderen Ort), noch durch Musealisierung oder durch Neubau nach alten Fotos. Die wirkliche Erfahrung der wirklichen Geschichte, ihrer realen Spuren und Hinterlassenschaften ist durch nichts zu ersetzen. Es gibt ein Bürgerrecht auf Geschichte und den Anspruch auf historische Wahrheit, in der politischen wie in der baulichen Überlieferung, auch wenn es von den Bürgern zu selten eingefordert wird. Wir könnten es viel weniger zaghaft reklamieren und viel selbstbewusster darauf bestehen.

Die Frage ist, wer über das Dorf und die Stadt und ihre einzigartigen Bauten entscheiden darf. Die jeweiligen Eigentümer? Der Stadtrat? Die Denkmalbehörden? Man könnte die Eigentumsfrage relativ gelassen behandeln, wenn alle Beteiligten sich der gemeinsamen Werte bewusst wären und verantwortlich damit umgehen würden. Dann wäre es nur noch eine Frage der Kultur. Davon gibt es aber in Deutschland leider viel weniger als in Italien oder Frankreich. Deshalb brauchen wir eine staatliche Denkmalpflege.

Denkmalpflege ist der sachkundige, schonende, aufmerksame und achtsame Umgang mit dem historischen Bauwerk, der seine weitere Lebensfähigkeit sichert. Denkmalpflege ist ein Teil der Umweltkultur, der städtischen und ländlichen Kulturlandschaft, die ein Ergebnis der gesamten bisherigen Geschichte ist. Es geht ihr um die Erhaltung und Pflege der gewachsenen und gebauten Kultur, um das räumliche Erbe aller früheren Generationen, also auch um Gärten, Parkanlagen und Alleen, Wasserläufe und Uferzonen, gewiss auch um historische Straßen und Brücken, Festungen und Industrieanlagen. Das ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, nicht nur für die Behörden, die damit beauftragt sind. Um diese Aufgabe sinnvoll erfüllen zu können, müssen wenigstens drei Grunderfordernisse gegeben sein:

1. Dass das Baudenkmal überhaupt erhalten wird, mit Haut und Haar, mit Fleisch und Knochen, innen wie außen, mit seiner gesamten historischen Substanz. Und zwar »in situ«, d.h. an seinem ursprünglichen Standort. Ein abgerissenes Gebäude existiert nicht mehr. Auch wenn es im alten Stil und aus alten Teilen hier oder dort wieder aufgebaut werden sollte, ist es nicht mehr dasselbe. Entkernung, Ausschabung oder »Totalsanierung« zerstören die authentische Bausubstanz. Eine historische Hülle als Kleid eines Neubaus ist eine verlogene Maskerade. Es ist auf jeden Fall besser, ein altes Gebäude zu sichern und langsam verfallen zu lassen, als es abzureißen. Mit Notdach und Stützen kann es, wenn auch gebrechlich, so lange weiter leben, bis sich jemand findet, der es heilt und behutsam repariert. Auch eine Ruine (oder was von Gegnern der Erhaltung dazu erklärt wurde) kann unter Umständen wieder hergestellt und instand gesetzt werden. Was weg ist, ist weg.

2. Dass es an seinem Standort nicht bedroht, bedrängt und beeinträchtigt wird. Auch wenn ein Gebäude erhalten und gepflegt wird, kann es durch Eingriffe in seine unmittelbare Umgebung dermaßen beleidigt und entwertet werden, dass es sich selber fremd wird. Wo der Kontext zerstört wird, verwandelt sich das schönste und älteste Haus am Platze in einen Fremdkörper. Es kann seine Aussage nicht mehr machen, weil es von seinen Nachbarn niedergeschrieen wird. Der Respekt vor einem wertvollen alten Gebäude verlangt Abstand, d.h. den mindesten Raum, den es braucht, um seine Wirkung entfalten zu können.

3. Dass es in Würde altern darf. Einem alten Gebäude muss man sein Alter auch ansehen dürfen. Es darf nicht durch eine vollständige Auswechselung seiner Außenhaut in ein neues verwandelt werden. Risse und Runzeln, Ausbleichungen und Patina sind keine Schande, sondern Merkmale des Alters. An den Spuren der Geschichte wird Zeit sichtbar. Der Ehrgeiz, ein altes Gebäude in »neuem Glanz« erstrahlen zu lassen, mit dem manch ein Bürgermeister sein historisches Rathaus vergewaltigt, ist kein Zeichen von Stolz und Reichtum, sondern eins von Kulturlosigkeit. Anstatt die Spuren der Geschichte – bis hin zu den Einschusslöchern des letzten Krieges – rücksichtslos zuzugipsen, sollte man sie als Erinnerung und Mahnung erhalten. Ebenso wenig darf man die innere körperliche Substanz eines Hauses zerstören und durch einen neuen Baukörper ersetzen, der dann in die historische Außenhaut hineingestellt wird. Solche Missgeburten kann man z.B. am Frankfurter »Römer« gegenüber vom Rathaus besichtigen: Betonbauten mit vorgehängten Fachwerkfassaden.

Das sind drei sehr allgemeine Erfordernisse, eigentlich Selbstverständlichkeiten, über die ein grundsätzliches Einverständnis herrschen sollte. In der Bundesrepublik Deutschland wird aber sehr häufig gegen sie verstoßen. Es kommt jetzt darauf an, das Recht auf die geschichtliche Wahrheit – und das heißt nicht zuletzt: auf die Erhaltung der authentischen historischen Bauwerke – als ein allgemeines Bürgerrecht zu verteidigen.●

Konrad Kantstein ist Kulturhistoriker und ehrenamtlicher Hausretter und Denkmalschützer.

Literaturhinweis

Georg Mörsch: Aufgeklärter Widerstand. Das Denkmal als Frage und Aufgabe. Basel: Birkhäuser 1989.
Schinkel und Ruskin in: Norbert Huse: Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten. München: C. H. Beck 1996, S.70, 91.

KONSENS UND OPEN SPACE

Solidarische Ökonomie

Von der Vorbereitung zum Kongress

Wie ich zur Vorbereitungsgruppe des Solidarökonomie-Kongresses kam: Sehr interessiert folgte ich der Einladung der AG Solidarische Ökonomie Österreichs zu einer Veranstaltung und Kongressvorbereitung im Herbst 2007 in Wien, da ich realisierte, dass meine Ideen der Selbstorganisation eben dieser Vernetzung von Initiativen und Ideen nahe stehen.

Anna Vobruba, Wien ● Bei diesem Treffen am 19. Oktober gefiel mir die als zentral bewertete Orientierung der Solidarischen Ökonomie an den menschlichen Bedürfnissen, und dass diese in den ganzen Prozess der Entwicklung und des Austauschs der Ideen sowie der Planung von größeren Treffen miteinbezogen werden sollten. Also dass es gilt Wege zu finden, von unseren Bedürfnissen auszugehen und diese und unsere Erfahrungen, Ziele, Wege dazu, Visionen, Antriebe, Wünsche, Hoffnungen und Verzweiflungen miteinander zu artikulieren und auszutauschen.

Beim Vernetzungstreffen am folgenden Tag mit dem Ziel einer Kongressvorbereitung, wo etwa 20 Personen kamen, waren dann auch organisatorische Methoden Themen eines Arbeitskreises, an dem ich teilnahm. Unser Konsens galt egalitären, partizipativen und unhierarchischen Formen, also keinen Frontalveranstaltungen, sondern Diskussionen im Kreis, »Open Space« und ähnlichen freien Prozessräumen. So beschlossen wir schon von Beginn an das von uns als grundlegend für die Solidarische Ökonomie Aufgefasste möglichst auch in Vorbereitung und Ablauf des Kongresses zu leben: egalitär und unhierarchisch, vielfältig und pluralistisch, partizipativ und selbstorganisiert, kommunikativ und in Begegnung, und ganzheitlich: Platz für Gedanken, Gefühle, Spiritualität, Körper, für Theorie und Praxis.

Schon beim nächsten Vorbereitungstreffen am 10.11.2007 legten wir den Entscheidungsmodus fest: Entscheidungen werden im Konsens beschlossen. Entscheidungen können beim nächsten Treffen bei besonderem Bedarf neu diskutiert und im Konsens wieder aufgehoben werden. Niemand spricht für die Gruppe. Wir sind offen für alle, die mitorganisieren wollen – ausgeschlossen ist Rassismus und Sexismus. Weiter trafen wir uns ca. alle drei Wochen etwa fünf Stunden lang immer in verschiedenen Räumen (von Projekten, alternativen Organisationen etc).

Am 16.2.2008 legten wir für die Struktur des Kongresses fixe Bestandteile fest:

● gleichberechtigte parallele Räume, wo Leute was anbieten können (möglichst »partizipative Formate«), keine »Stars« mit »Hauptvorträgen«);
● keine Bezahlung von Vortragenden, WorkshopleiterInnen etc.;
● möglichst alle, die kommen wollen, sollen auch kommen können – deshalb Planung eines Solidaritätsfonds für Reisekosten (unabhängig von Vortragenden, nur abhängig von finanzieller Notwendigkeit);
● Plenarveranstaltungen nur für Organisatorisches und für Austausch und Vernetzung zwischen verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen, egalitär strukturiert.

Ab 1.3.2008 gab es dann unsere Website www.solidarische-oekonomie.at

Der dort veröffentlichte Aufruftext war dann der einzige Text, auf den wir uns über einige Plena und etwa sechs Monate Zeitraum einigten. Die Dauer kam auch daher, dass wir zwar meist etwa eine Gruppe von 15 Personen waren, wovon aber die meisten nicht kontinuierlich kamen. Trotzdem zog sich eine anhaltende Energie durch und der Kongress gelang! Inklusive Essen für alle TeilnehmerInnen, von denen mehr als doppelt so viele erschienen als erwartet!

Der offene Aufruf, dass alle Interessierten einen Beitrag zu dem Kongress anmelden können, hat zu einer beeindruckenden Vielfalt und Anzahl (über 120 Beiträge) geführt. Das überwältigende Workshop-Angebot hat uns zu einer Gruppierung unter den folgenden Überschriften bewogen:

● Einführung, Überblick und Vernetzung
● Zahlen/Tauschen/Schenken
● Kein Oben & Kein Unten
● Gemeinsam, Miteinander und Allein
● Kritik der Krise
● Fernreisen ins Naheliegende
● Ohne Geschlecht und Alter
● Räume zum Träumen
● Grundlegende Bedürfnisse: Essen, Trinken
● Grundlegende Bedürfnisse: Gesundheit, Energie, Verkehr
● Wissen und Bildung
● Die Phantasie an die Macht
● Rat für Sofortmaßnahmen
● Filmdokumentation

Das Echo der Teilnehmenden ist, soweit dem Organisationsteam bekannt, überwiegend positiv ausgefallen. Schade war, dass am Samstag Abend das »Kabarett«, das im Grunde eine Werbeveranstaltung für ein Buch war, mangels ebenso attraktiv scheinender Parallelveranstaltungen (nur eine Lesung sonst) zum Hauptabendprogramm wurde. Da hätten wir vielleicht doch steuernd etwas planen sollen. Vereinzelt dürfte es auch bedenklich erscheinende Beiträge am Kongress gegeben haben. So haben einzelne Personen den offenen Kongress dazu benutzt, Ideen zu verbreiten, die nichts mit solidarischem Wirtschaften zu tun haben. Wir distanzieren uns ausdrücklich von jeder Angstmache und jeder Verschwörungstheorie.

Demokratiepolitisch ist es eine Herausforderung, keine Beiträge und Vortragende auszuwählen, eben offen einzuladen, und sich doch zu positionieren. Unabdingbar für Konzepte, Themen und Projekte im Bereich Solidarische Ökonomie ist die Diskutierbarkeit derselben. Alles muss hinterfragbar bleiben können. Das gesamte Feld ist so komplex, dass die eine Erklärung mit absolutem Wahrheitsanspruch nie angemessen sein kann. Solidarische Ökonomie steht für die Bereitschaft zu Austausch und Vernetzung. Alle Einzel- und Gruppeninitiativen sind dabei **eine** unter **vielen**. Ein WIR ist nicht im Gegensatz zu den ANDEREN konzipiert.●

Der Kongress tanzt — Foto: Boris Vedemjak

PERSÖNLICHES ZUM »ABENTEUER KONGRESS«

Wie ich von den Menschen überrascht wurde

Frisch aus Brasilien – dem »Land der Solidarökonomie« – zurückgekehrt, war ich nicht wenig erstaunt, Bewegung zu diesem Thema auch zu Hause vorzufinden. Den Kongress 2006 in Berlin hatte ich nur über das Internet mitbekommen, umso interessanter also die Möglichkeit in Wien mitzutun.

Simone Grosser, Wien ● Die gemeinsamen Vorbereitungstreffen zum Kongress waren wahrlich nicht immer einfach: mühsame Diskussionen folgten beinharten Meinungsverschiedenheiten. Für mich persönlich waren manche Stunden mitunter anstrengende und nervenaufreibende Erfahrungen. Sollten jedoch solidarökonomische Prinzipien auch im Vorbereitungsprozess verwirklicht werden, so galt es allen Stimmen die gleiche Bedeutung zuzumessen, einen offenen und partizipativen Diskussionsraum zu schaffen und Beschlüsse auf egalitäre Weise festzusetzen. Hier hieß es geduldig sein, zuhören und gegensätzliche Einstellungen tolerieren. Chaotisch ging es bisweilen zu und je näher der 20. Februar rückte, umso mehr kam in mir die Frage auf: Wie soll das alles funktionieren?

Bei all der mir sonst geläufigen streng durchorganisierten Planung, unterschätzte ich einen klitzekleinen, nicht unbedeutenden Aspekt: das Engagement der Menschen. So wie auch im Vorhinein zahlreiche Personen ehrenamtlich Zeit und Energie in das Projekt »Solidarökonomie Kongress« investierten, genauso erweiterte sich dieser Einsatz spontan, als es darauf ankam.

Unzählige helfende Hände waren vor Ort bereit, sich hinter den Infotisch zu stellen, Materialien zu organisieren oder Essen von A nach B zu tragen. Da standen Flipcharts wie von Geisterhand gebracht ganz plötzlich vor dem Seminarraum noch ehe nach ihnen gesucht wurde, da marschierten viele Füße tischeschleppenderweise zwischen Tüwi und BOKU im Schneetreiben hin und her und da mutierten KongressteilnehmerInnen ganz spontan zu Schlüsselbeauftragten oder EDV-CheckerInnen. Bei allen war das Bemühen zu erkennen, gemeinsam etwas Großes auf die Beine stellen zu wollen.

Natürlich ging auch einiges schief. Manches wurde schlecht kommuniziert, anderes zu wenig beachtet, vieles schlichtweg vergessen. Internetverbindungen fehlten, Veranstaltungen mussten abgesagt werden, Glühbirnen gaben ihren Geist auf und die Verpflegung ließ auf sich warten. Solche Nebensächlichkeiten konnten die Gesamtstimmung an diesem Wochenende allerdings kaum trüben. Wer gekommen war, der wollte sich nichts am Tablett servieren lassen; der wollte selbst aktiv werden und mithelfen einen Rahmen zu schaffen, in dem Neues entstehen kann: Der Versuch theoretische und praktische solidarökonomische Ansätze verschiedenster Art zu vernetzen, gemeinsam Utopien einer anderen Welt zu reflektieren und ihre Umsetzungsmöglichkeiten zu diskutieren.●

UND ES GIBT SIE DOCH NOCH

Die WeltverbesserInnen

Den Anfang hat das Ganze genommen, als sich einige Menschen im Dezember 2006 am Kongress »Wie wir wirtschaften wollen?« in Berlin kennenlernten. Die OrganisatorInnen des Kongresses in Wien stammten aus den verschiedensten sozialen Bewegungen, was sich auch in dem breitgefächerten Programm mit über 120 Programmpunkten niedergeschlagen hat. Gekommen sind ca. 1.000 TeilnehmerInnen. Die Altersspanne bewegte sich zwischen 20-70 Jahren, während der Durchschnitt ca. 30 Jahre alt war.

Christian Diebold, Zürich ● Die Themen und Projekte reichten von pragmatisch-»opportunistischen« Angeboten bis hin zu ideologisch-indoktrinären Ideen, von »ethischem Banking« über seit Jahrzehnten existierende Kommunen in denen mehrere Dutzend Menschen im Konsensprinzip und mit gemeinsamer Kasse leben, hin zur Frage wie Wirtschaft demokratisiert werden kann, über Kämpfe und Organisationsformen Arbeitsloser in Südamerika bis hin zum Workshop in dem unter anderem die Frage behandelt wurde, ob Macht generell als schlecht anzusehen ist.

Dass der Kongress trotz der Breite der Themen funktioniert hat, hat wohl damit zu tun, dass die allermeisten TeilnehmerInnen zu den totgesagten ernsthaften AktivistInnen gehörten. Mensch wusste worum es ging, was auf dem Spiel steht, wie anspruchsvoll das Ganze ist, mit welchen Kräften und Stolpersteinen man konfrontiert ist. Zudem ist wohl auch das Organisationskomitee in seiner heterogenen Zusammensetzung für das gute Gelingen verantwortlich. Sie haben bewusst auf Leader(-organisationen) verzichtet.

Besonders beeindruckt hat mich, dass verschiedenste Entwürfe nebeneinander Platz hatten und einander trotz zum Teil großer Unterschiedlichkeiten mit Interesse und Respekt begegnet worden ist. Es forderte von den TeilnehmerInnen sehr viel Präsenz und Toleranz, in den Workshops und Vorträgen immer wieder den Spagat zu schaffen zwischen bereden, zerreden, Standpunkte verteidigen, Gemeinsamkeiten herausschälen und eine weitere Perspektive zu entwickeln.

Es waren drei überaus anregende Tage, nun stellt sich aber weiterhin die Frage, wie trägt man die Visionen raus in die Welt, und vor allem, wie hält man die Lust und Kraft aufrecht, immer weiter zu kämpfen?! All diesen engagierten Menschen spreche ich meinen größten Respekt und ein herzliches Dankeschön aus! Sich zu beteiligen lohnt auf jeden Fall, sei es als OrganisatorIn oder als TeilnehmerIn. Schon um sich und seine Standpunkte besser kennen zu lernen und sich klarer zu werden, wo es lang geht.●

Das Plenum tagt — Foto: Kongress Solidarische Ökonomie

KAPAZITÄTEN UND GRENZEN

Solidarische Ökonomie

Regionale Gutscheinsysteme

Regionale, sekundäre, alternative oder komplementäre Währungssysteme zeigen mit ihrer Geschichte zwischen Rebellion und Anpassung, dass neben dem exklusiven Banken- und Geldemissionsmonopol in juristisch lose definiertem Rahmen eine kleine Nische existiert, die man – wie die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zeigen – mittels vereinsintern gültigen Gutscheinen nutzen und gestalten kann. So gesehen ist der Begriff Währung nicht ganz angemessen, weil die Teilnehmerzahl weit unter der Zahl der Nutzer der herkömmlichen Währungen liegt.

Andreas Kislinger, Wien ● Wikipedia 2005 (zitiert nach Schäfer 2007, S 57) definiert *Regionalgeld als ein »zwischen Verbrauchern, Anbietern, Vereinen und Kommunen demokratisch vereinbartes Medium, das innerhalb einer Region als Zahlungsmittel verwendet wird und auf Grundlage eines global entwickelten Wertestandards mit andern sozialen Institutionen auf horizontaler und vertikaler Ebene (andere Regionalwährungen und andere wertschöpfende Systeme in der Region) so assoziiert wird, dass sich der Lebensstandard in der Region auf Dauer positiv entwickeln soll. Die Beobachtung monetärer Strukturdefizite und zyklischer Krisen hat wiederholt Menschen bewegt, diese Währungen zu schaffen.«*

Gemäß Kennedy und Litaer (2004) ist Japan eines der wenigen Länder, die erkannt haben, dass Regionalwährungen bzw. regionale Gutscheinsysteme ein hervorragendes Instrument beim bewältigen wirtschaftlicher, sich in Regionen manifestierender Krisen sind. Dieses politisch zu fördernde Mittel der wirtschaftlichen Selbsthilfe ist an ein proaktiv-soziales Segment der Bevölkerung gebunden.

Das zentrale Element des auf bestimmte Regionen beschränkt gültigen Gutscheinsystems zeigt sich hauptsächlich an den sozialen Merkmalen, nur sehr nachgeordnet an deren wirtschaftlich-organisatorisch notwendigen Handlungen. Das zeigt sich an Personen, die sich entschlossen haben, die ihnen zustehende juristische Nische zu nützen. Letztere ergibt sich daraus, dass staatliche Institutionen nicht miteinander übereinstimmen bezüglich der zu bewertenden Tatsache, um welche Art der Transaktionen es sich bei diesen tauschartigen Prozessen handelt, die vor bzw. nach den mit Gutscheinen getätigten Geschäften liegen. So lange diese aber in einem überschaubaren Rahmen bleiben, sind sie politisch keine wirklich ernst zu nehmende Größe.

Dieser initiative Personenkreis nutzt nicht nur gemeinsam die Möglichkeit zur analogen, den Banken vorbehaltenen Geldemission in Form einer Gutscheinemission. Vielmehr nutzen sie in kleiner Größenordnung auch die Möglichkeit, die *ausgegebene Geldmenge auf Basis überschaubarer Abläufe demokratisch festzulegen*. Das ist wahrscheinlich das entscheidende Merkmal, das sie vom herkömmlichen Geldsystem unterscheidet. Damit schaffen sie auf der einen Seite durch deren schnelleren Geldumlauf (als bei den Nationalwährungen) Inflation, diesem Mechanismus wird aber andrerseits durch die enger an den Bedarf angepasste Emissionsmenge an Geld gegengesteuert.

Was die Regionalwährungen im bisherigen Lauf der Geschichte nicht zur Verfügung stellen konnten, sind Kredite (mit größeren Kreditsummen). Kredite vergeben überhaupt nur das System BICS in Spanien (bis 300 Euro) und die an den WIR Tauschkreis gekoppelte WIR Bank (1-2%, hauptsächlich für Bauvorhaben).

Das System LETS (local exchange trading system) ursprünglich auf Vancouver Island, später in den USA, Australien, England, Wales, Deutschland ist den Regionalwährungen sehr ähnlich. Es verfügt über ein zeitwährungsbasiertes Kontenverrechnungssystem, bei welchem die Guthaben nicht in herkömmlicher Währung auszahlbar sind. Dabei wird der bargeldlose Tausch von Dienstleistungen und Produkten administriert und mittels monetärnahem Verrechnungssystems organisiert.

Ein weiteres zentrales Merkmal der Gutscheinsysteme ist die *enge Kopplung von Unternehmer- und VerbraucherInnen-Interessen* in einer starken Bindung an »außertourliche« Initiative, die dem regional-sozialen Autismus eines global agierenden Finanzkapitalismus mit regelgebundener, regionaler Kommunikation und monetärer Aktion etwas entgegen zu halten hat.

Das, was die regionalen Gutscheinsysteme genauso wenig wie die traditionellen bankgebundenen Zahlungssysteme vermögen, ist, die sozialen Unterschiede, die das Geldsystem hervorruft, auszugleichen und diesen entgegen zu wirken – bis auf die Ausnahme der Unterschiede zwischen (zahlungsfähigen) VerbraucherInnen und UnternehmerInnen.

Die regionalen Gutscheinsysteme finanzieren über die *Umlaufsicherung* gemeinnützige Arbeitsplätze und können zudem steuern, von welchen Bezugsgruppen sie welche Beiträge erheben. Dieses Steuerelement funktioniert jedoch nur in Grenzen und kann das System der regionalen Gutscheine in seiner Existenz gefährden, wenn und weil sich einzelne Mitglieder oder Mitgliedergruppen benachteiligt fühlen.

Die Umlaufsicherung ist die zeitlich anfallende Abwertung der Gutscheine, die sicher stellt, dass die Gutscheine in Zirkulation, d.h. im »schwebenden« Bereich aller Mitglieder bleiben. Der Begriff Umlaufsicherung bezieht sich dabei auf den intendierten Effekt der in Zirkulation gehaltenen Gutscheine in der *Region als Ganzes* zum Unterschied der möglichen (Optimierungs- oder Maximierungs-) Ziele einzelner Mitglieder. Die *Kopplung der Gutscheinsysteme mit Tauschkreisen* könnte auch dazu beitragen, soziale Unterschiede zu minimieren und wäre mittels ein und desselben Administrationssystems zu gewährleisten.

Beim **Kongress Solidarische Ökonomie** wurden im Workshop »Regionalwährungen – eine sozialwirtschaftliche/wissenschaftliche Analyse« zum Schluss auch die durchwegs widersprüchlichen Anwendungen und Kopplungsmöglichkeiten diskutiert:

a) *regionaler Gutscheinsysteme mit dem traditionell größendimensionierten Kreditwesen* (die Gutscheinsysteme und die bankemittierten Währungen schließen einander anhand des Merkmals »verrechnete Zinsen« aus, erstere verrechnen eine Umlaufsicherungsgebühr, die auch als »negative Zinsen« bezeichnet werden können) und

b) die *Gutscheinsysteme im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen*. Grundeinkommen impliziert für sich noch nicht die Wahl der Zahlungsmittelsysteme. Das ist ein methodischer Aspekt, der dem Diskurs über das Grundeinkommen abgeht und der aber bei der derzeitigen Ausgestaltung des Geldwesens ebenfalls theoretisch auszugestalten wäre.

Welche Form von Geld ist die angemessene und erwünschte (weil es was bewirkt oder bewirken soll) und wie unterscheiden sich *Tausch-, Schenk- und Geldsysteme* voneinander? Diese theoretischen Fragen wurden bei diesem Workshop nur kurz angerissen, weil das organisationspragmatische Phänomen von den sekundären, alternativen Zahlungssystemen im Zusammenhang mit dem jeweils gegebenen Geldsystem im Vordergrund stand.●

Waldviertler®

FEHLERHAFTE ANALYSE, FALSCHE STRATEGIE

Sackgasse Regionalwährung

In den Debatten um eine Alternative zum Kapitalismus tauchen ein ums andere Mal zwei Konzepte auf: der Tauschkreis und die Regionalwährung. Beide Konzepte sind miteinander eng verbunden. Und beide wurzeln theoretisch in der Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell, der Anfang des 20. Jahrhunderts eine »natürliche Wirtschaftsordnung« begründen wollte.

Andreas Exner, Klagenfurt ● Gesell meinte, im Zins die Wurzel aller Übel erkannt zu haben. Der Zins sei leistungsloses Einkommen. Als solches sei er zu bekämpfen. Gesell führte auch die Krisen auf den Zins zurück. Als Lösung propagierte er Freigeld und Freiland. Während die Freilandidee heute keine Rolle mehr spielt, erfreut sich das »Freigeld« nach wie vor großer Beliebtheit.

Das sollte Anlass zur Sorge sein. Denn Gesells Analyse ist falsch und seine Ziele können nicht die unseren sein. Seine Kritik am »leistungslosen Einkommen« sparte den Unternehmergewinn wohlweislich aus. Den Markt hielt er für eine gute Einrichtung. Er meinte allerdings, dass sich dort nicht die »Fittesten« durchsetzen, da der Zins den Geldbesitzern eine Macht verleiht, die nicht auf eigener Anstrengung beruhe. Erst wenn der Zins beseitigt ist, würden nur mehr die »Fitten« überleben. Auch Krisen gehörten dann der Vergangenheit an.

All dies ist falsch. Wir wollen die Konkurrenz ja nicht verstärken, sondern müssen sie überwinden. Es kann auch nicht darum gehen, die Marktwirtschaft vom »Kapitalismus« zu »befreien«. Der Markt ist nur eine Sphäre des Kapitals – der Bewegung von Geld-Ware-Mehrgeld. Das Mehrgeld, das der Vernutzung von lebendiger Arbeit entspringt, spaltet sich dort in Unternehmergewinn und Zins. Den Zins zu kritisieren und den Unternehmergewinn zu verteidigen ist deshalb unlogisch. Auch eine Perspektive ergibt sich daraus nicht.

Kapitalismus ist ein System, in dem alles gekauft und verkauft werden muss. Der Kapitalismus ist deshalb Geldwirtschaft. Er macht alles zur Ware und anstelle direkter Herrschaft oder gemeinschaftlicher Entscheidungen tritt der anonyme Markt. In einem solchen System wird selbst die Lebenszeit zur Ware, Lohnarbeit zur beherrschenden Form von Tätigkeit und die Abhängigkeit von der Kapitalverwertung damit umfassend.

Der Geldwirtschaft ist die Konkurrenz eingebaut. Am Markt wird ja nicht bewusst und gemeinschaftlich darüber entschieden, was für wen von wem und auf welche Art produziert und verteilt wird. Ganz im Gegenteil trennt das Geld die Einzelnen in vereinzelte Einzelne, die nur mehr über ihre Waren und das Geld »kommunizieren«. Die Konkurrenz führt dazu, dass Menschen gegeneinander arbeiten müssen. Und sie führt zu einem Wachstumszwang. Denn ein Unternehmen, das weniger Gewinn einfährt als der Konkurrent, droht über kurz oder lang vom Markt zu verschwinden.

Die Geldwirtschaft bedingt allerdings auch einen Wachstumsdrang: den abstrakten Selbstzweck, aus Geld mehr Geld machen zu müssen. In einer Wirtschaftsweise, in der die Produktionsmittel und Rohstoffe inklusive der Arbeit gekauft werden müssen, und in der alle Waren verkauft werden müssen – wo also Geld den Anfangs- und den Endpunkt der Produktion darstellt – ist das nicht anders möglich. Mit 100 Euro Waren im Wert von 100 Euro zu produzieren macht keinen Sinn. Den macht geldwirtschaftliche Produktion erst, wenn aus 100 Euro zumindest 101 Euro werden.

Diesem Ziel hecheln deshalb alle Unternehmen hinterher. So verselbstständigt sich die Produktion gegenüber den konkreten Bedürfnissen, die sie eigentlich befriedigen sollte. Aus 100 Euro können 101 Euro werden, daraus 1.000, 10.000 und so immer fort. Für das Wachstum der Geldwirtschaft ist kein Ende denkbar, weil sich in ihr immer nur Geld auf Geld bezieht. Konkrete Bedürfnisbefriedigung, die an sich selbst eine Grenze findet, weil niemand endlos durstig ist, unaufhörlich isst, ständig Sex hat, oder gleichzeitig in zwei Häusern wohnt, spielt dann keine Rolle mehr.

Wachstumsdrang und Wachstumszwang bedingen Krisen. Weil alle Unternehmen auf Teufelkomm-raus und ohne sich abzusprechen produzieren, wird Kapital immer wieder an der zahlungsfähigen Nachfrage vorbei investiert. Und es kommt regelmäßig dazu, dass Kapital keine ausreichenden profitablen Investitionsmöglichkeiten mehr findet und die Produktion in Folge einbricht. Das im Übermaß angehäufte Kapital wird entwertet, die Perspektiven sehr vieler Lohn- und damit Kapitalabhängigen werden zerstört.

Regionalwährungen ändern an all diesen strukturellen Problemen nichts. Es ist auch nicht zu erkennen, welcher entscheidende Unterschied – um ein Beispiel zu nehmen – zwischen dem früheren österreichischen Schilling und dem heutigen »Chiemgauer« bestehen sollte. Dass kein Zins existiert, kann ja wohl kein Kriterium sein. Japan hatte jahrelang Nullzinsen, und auch die USA sind auf dem besten Weg dorthin.

Was dagegen ansteht, ist, die Geldwirtschaft durch eine direkte Kommunikation der Produzierenden zu ersetzen. Das ist in der Tat schwierig. Aber eine andere Möglichkeit, aus dem Kapitalismus auszusteigen, gibt es nicht.●

Anzeige

Anzeige

PAY AS YOU WISH

Solidarische Ökonomie

Der Wiener Deewan : q.e.d.

Am 30. April 2005, dem Tag der Arbeitslosen, eröffnete sich der Wiener Deewan, ein Curry-Lokal in Uni-Nähe mit pakistanischem Buffet und dem Grundsatz all you can eat / pay as you wish. Die Gäste bedienen sich am mehrmals täglich wechselnden Buffet mit vegetarisch-veganem Schwerpunkt und bezahlen danach an der Kassa je nach Menge, Zufriedenheit, Liquidität einen Preis, der ihnen richtig erscheint: »kostet ... was ihr wollt!« Getränke haben moderate Fixpreise, Wasser wird automatisch und kostenlos serviert.

Natalie Deewan, Wien ● Was anfangs als Experiment für einen Monat gedacht war, kann aufgrund der überwiegenden Fairness der von Konzept wie Qualität überzeugten Gäste seit nun fast vier Jahren beibehalten werden. Der Wiener Deewan bewegt sich als Idealversuch unter Realbedingungen im grünen Bereich und kann mittlerweile ca. zwei Monate im Jahr Ferien machen.

In der übrigen Zeit arbeiten zwei Betreiber und derzeit 14 fest angestellte MitarbeiterInnen (teils ehemalige Gäste bzw. deren FreundInnen) Vollzeit, Teilzeit oder geringfügig im Lokal gemäß ihren eigenen Wünschen.

In rauen Mengen verkocht werden Produkte vom Bauern bis zum indischen Großhändler, allerdings meist nicht aus biologischer Herstellung. Das Brot liefert eine iranische Bäckerei, das Fleisch ist halal, wodurch auch Gäste, für die geschächtetes Fleisch ein Kriterium ist, den Wiener Deewan besuchen. Durch die offene Preispolitik ist der Ort potentiell andockbar für ein breites Spektrum von Personen. In drei sehr unterschiedlichen Räumen inkl. »Liegewiese« sitzt demnach der Rosenverkäufer neben dem Finanzdienstleister, Curryfans treffen auf die Stammgäste aus der Nachbarschaft, Kinder turnen um StudentInnen und deren Eltern herum, insgesamt also ein buntes Bild mit zumindest zu Uni-Zeiten starkem studentischen Einschlag.

Am Beginn dieses Projekts stand: keine Alternative. Im Sommer 2004 ging es darum, dem gerade unfreiwillig in Österreich zwischengestoppten pakistanischen Asylwerber, Koch und Cricketspieler Afzaal Deewan eine Art Imbissstand zu organisieren. Meine Rolle bestand daraufhin im Telefonhopping zwischen Wirtschaftskammer, Asyl-NGOs und Gastromaklern – Resultat: Firmengründung mit österreichischem Partner ist der de facto einzige gemeinsame Treffer für die Stichworte »Asylwerber« und »Arbeit, legal«. Ich wurde also Unternehmensgründerin wider Willen und erwarb mit geborgtem Geld einer Freundin und meinen Ersparnissen ein dunkles altes Wirtshaus im 9. Bezirk, den zukünftigen »Wiener Deewan«.

Die Entscheidung für *pay as you wish*, wenige Tage vor der Eröffnung, hatte mehrere Motive. Afzaal Deewan schwebte eine Eröffnungsaktion à la »free food« vor, da wir aber ohnehin schon die finanzielle Talsohle unterschritten hatten, optierten wir für »pay as you wish«. Darüber hinaus meinten wir, die Leute wüssten selber sicher am besten, wieviel ihnen ihr Essen wert ist. Niederschwellig sollte es auf jeden Fall sein, so dass keine/r abgeschreckt wäre, das Lokal überhaupt zu betreten. Während ich weiters Konzepte wie das unbedingte Grundeinkommen und dessen simplen und radikalen Ansatz im Kopf hatte, waren es bei Afzaal Deewan seine Geschäftserfahrungen in Pakistan, die ihn an die Überlebensfähigkeit einer solchen »doppelt offenen Struktur« glauben ließen.

Wir haben beschlossen, keinen Mindestpreis festzulegen, erlauben uns aber, wenn wir uns ausgenutzt vorkommen, die Leute darauf anzusprechen (*»feed the needy, but don't get fed up!«*), was allerdings vergleichsweise selten vorkommt. Tatsächlich scheinen sich also unsere Gäste »ihren Deewan« erhalten zu wollen und füttern das kommunizierende Gefäßesystem des Wiener Deewan dementsprechend. Q.e.d.●

DER WIENER DEEWAN
pakistani food – essen für alle
Liechtensteinstraße 10, 1090 Wien,
01/9251185, www.deewan.at

Der Wiener Deewan — Foto: Natalie Deewan

SOLIDARISCH UND GUT

Der Kongress isst

Von Arno Uhl, Wien ● Es ist klar, dass für große Kongresse eine Grundversorgung mit Lebensmitteln organisiert werden muss; speziell im abgelegenen 19. Bezirk, wo es am Wochenende kaum Möglichkeiten zum Essen gibt. Die Frage war, wie das organisiert werden kann. Teure und rein kommerzielle AnbieterInnen zu beauftragen, war für unsere Kongressvorbereitungsgruppe nicht in Betracht gekommen. Glücklicherweise gibt es in Wien verschiedene Gastronomie-Projekte, die ganz unterschiedliche solidarökonomische Herangehensweisen und Schwerpunkte haben. Für den Kongress wurde schließlich nicht ein Zugang ausgewählt, sondern die Projekte haben sich die Versorgung für den Kongress aufgeteilt.

Weiter war es wichtig, dass die Bezahlung für das Essen nicht individuell getragen werden musste, sondern dass es als Grundversorgung allen gratis zugänglich war und über die freiwilligen Kongressbeiträge finanziert wurde. Allerdings wurde die Bereitstellung von Getränken vergessen. So gab es neben dem selbstverwalteten Cafe TÜWI an den Kongress-
orten nur Getränkeautomaten.●

Anzeige
Skilanglaufreisen nach Skandinavien
Die VAGABUNDEN
www.die-vagabunden.de
☎ 0 52 01 - 73 47 42

TÜWI, DUMPSTER UND VEGAN

TÜWI

Der Türkenwirt ist seit 1986 ein selbstverwaltetes Kulturbeisl in der Nähe der BOKU. Alle Entscheidungen werden vom offenen Verein basisdemokratisch und nach selbst erarbeiteten Prinzipien getroffen. Die Produkte sind fast ausschließlich aus biologischem Anbau. Was nicht direkt aus dem lokalen Umfeld kommt, stammt aus fairem Handel. Es herrscht kein Konsumzwang und die Preise werden so niedrig wie möglich gehalten. Darüber hinaus versteht sich das TÜWI als gesellschaftspolitisches Projekt, was sich in seinem Programm widerspiegelt.

http://tuewi.action.at

Essenszeit beim Kongress Solidarische Ökonomie — Foto: Natalie Deewan

Dumpster- und Kochkollektiv

»Wir sind kein Konsumprodukt«
Du&Ko ist ein Projekt, das sich durch einen kreativen und aktionistischen Zugang mit den Themen Nahrung, Lebensmittelverschwendung und den damit verbundenen Herrschaftsmechanismen auseinandersetzt. Mittels direkter Aktion wollen wir sowohl Widerstand leisten sowie auch unser Handeln und den Umgang miteinander möglichst solidarisch und kritisch gestalten.

Wir versuchen dabei kapitalistische Strukturen möglichst wenig aktiv zu unterstützen. Dabei retten wir Lebensmittel und andere noch verwendbare Dinge aus den Müllcontainern von Supermärkten und Geschäften, um diese dann sowohl untereinander aufzuteilen, allgemein zur Verfügung zu stellen sowie auch für unsere regelmäßig stattfindenden Volxküchen zu verwenden.

Und trotzdem: Kritische Selbstreflexion darf gerade beim Umgang mit dem immensen »Abfall« der kapitalistischen Leistungsgesellschaft nicht fehlen. Wir wollen uns nicht zufrieden in diese bequeme ökonomische Nische zurückziehen, sondern aktiv und radikal auf herrschende Ungerechtigkeiten aufmerksam machen und versuchen, gemeinsam alternative Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens zu finden und auch zu leben.

Essen für alle – und zwar gratis.
www.ideedirekteaktion.at, Volxküche (klarerweise vegan), jeden Dienstag, i:da, Zwölfergasse 9, 1150 Wien gemeinsam Kochen ab 16 Uhr – Essen ab 20 Uhr

Vegane Gesellschaft Österreich

Warum ein Verein, der sich mit veganer Lebensweise (rein pflanzliche Ernährung und pflanzlicher Konsum) auseinandersetzt? Haben wir nicht wichtigere Probleme? Was hat das mit Solidarität zu tun?

Jedes Jahr sterben 4.800.000 kleine männliche Legekücken, nur weil sie männlich sind und daher keine Eier legen können. Sie werden am ersten Tag ihres Lebens vergast oder zermust, weil es nicht profitabel ist, sie weiterleben zu lassen. Über 18% des anthropogenen, also vom Menschen verursachten, Treibhauseffektes ist auf Viehzucht zurückzuführen. Vom Klimawandel sind diejenigen am meisten betroffen, die es sich nicht leisten können, sich zu schützen. Auch über 80% der Sojaimporte, die für die Abholzung des Regenwalds verantwortlich sind und die Lebensgrundlage von Vielen zerstören, dienen als Futtermittel für Tiere.

Aufgrund dieser und vieler anderer Überschneidungspunkte unterstützt die VGÖ Buffets und Caterings von alternativen Veranstaltungen.

www.govegan.at

SUBVENTIONSSTRATEGIEN UND VEREINSGRÜNDUNG

Kongresskosten

Schon im Frühsommer 2008 wurde uns bei der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung klar, dass wir für diesen Solidarökonomischen Kongress im Februar 2009 in Wien einiges Geld brauchen würden. Und zwar bald schon für die Ankündigungen und ein erstes Plakat. Erste Kostenrechnungen entstanden. Vor allem ging es um Geld für die Werbung, für Kongressmaterialien, für Rückerstattungen von Reisespesen (Honorarzahlungen wurden von vornherein ausgeschlossen!) und um die Bezahlung einer oder mehrerer Person(en) für die Kongressvorbereitung in den letzten, entscheidenden Monaten. Ein Betrag von etwa 18.000 Euro stand, zu unserer nicht geringen Beklemmung, im Raum.

Dieter Schrage, Wien ● Eine Gruppe subventionserfahrene AktivistInnen machte eine Aufstellung von möglichen Subventionsgebern. Im Vorbereitungsplenum wurde im Juni beschlossen, dass wir (zunächst) nur bei Einrichtungen der öffentlichen Hand (Stadt Wien, Bund) und bei Parteien und Verbänden wie Arbeiterkammer, Grüne Bildungswerkstatt, Renner-Institut, nicht aber bei Banken und Versicherungen (Ausnahme Österreichische Beamtenversicherung) um Geld ansuchen. Auch wurde uns klar, dass wir für die Subventionsansuchen einen Rechtsträger benötigen. Mit einer gewissen Skepsis wurde im Vorbereitungsplenum die Gründung eines **Vereines für Solidarische Ökonomie (VSÖK)** beschlossen. Bei der Kongressvorbereitung sollte der VSÖK ausschließlich die Funktion des Subventionsabwicklers haben und keinerlei repräsentative Aufgaben. Dies wurde auch eingehalten.

Kopien der Vereinssatzung mussten bei jeder Subventionseinreichung ebenso wie ein Kostenplan mit Ausgaben und erwarteten Einnahmen beigelegt werden. Zu betonen ist hier auch noch, dass fast jede subventionsvergebende Stelle Formulare hat, die im Internet downzuloaden sind. Ende Juni/Anfang Juli verschickten wir breit unsere Ansuchen. Es ist wichtig, dies rechtzeitig zu tun, da viele Institutionen lange Bearbeitungszeiträume haben. Es kamen immer wieder Rückfragen und bürokratische Auflagen. Auch waren immer wieder Interventionen und Befürwortungen notwendig.

Letztlich waren wir durchaus erfolgreich im Aufstellen öffentlicher Gelder. Finanzmittel erhielten wir von insgesamt elf Einrichtungen. Hier können wir sehen, dass auch alternative, systemkritische Projekte in vielfältiger Weise Subventionen erwirken können. Wichtig ist nur eine rechtzeitige und sehr gezielte Einreichung. Und wichtig ist auch, Kenntnisse und einen Überblick über die Subventionseinrichtungen zu haben.●

Lateinamerikanische Erfahrungen

Solidarische Ökonomie

Fernreisen ins Naheliegende

Der Kongress »Solidarische Ökonomie« in Wien hat deutlich gezeigt, dass es in Europa nicht an Alternativen zum Kapitalismus mangelt. In den einzelnen Workshops, an denen Menschen aus über 16 Nationen teilnahmen, wurden aktuelle Entwicklungen in West-, Zentral- und Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und Asien diskutiert. Lateinamerika nimmt dabei innerhalb der Bewegung der Solidarischen Ökonomie seit längerem eine gewisse Vorreiterrolle ein. Eigens eingerichtete Ministerien und Staatssekretariate etwa in Venezuela und Brasilien zeugen von einer starken politischen Verankerung, die in einzelnen Ländern bereits mehrere Millionen Menschen umfasst.

Arbeiter der Usina Catende. Der agroindustrielle Komplex im Nordosten Brasiliens ging Mitte der 1990er Jahre in Konkurs und wird seitdem selbstverwaltet geführt Foto: Barbara Nothegger

Markus Auinger, Wien ● Die zahlreichen Beispiele für alternative Organisations- und Wirtschaftsformen, die auch am Kongress in Wien diskutiert wurden, lösen angesichts der Krise des globalen Kapitalismus große Hoffnungen aus. Sie zeigen, dass eine andere Welt und eine andere Wirtschaft möglich sind. Die Bewegung der Weltsozialforen (WSF) steht bereits seit langem unter genau diesem Motto. Sie war es auch, die maßgeblichen Anteil an der starken Verankerung der Solidarischen Ökonomie in Lateinamerika hatte.

Im Zuge der ersten Treffen des WSF in Porto Alegre (Brasilien) wurde an die brasilianische Regierung unter Lula da Silva die Forderung gestellt, ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie (SENAES) einzurichten. Gleichzeitig gründeten verschiedene Strömungen der Zivilgesellschaft das Nationale Brasilianische Forum der Solidarischen Ökonomie (FBES). In dieser Konstellation wird nun seit 2003 an der Stärkung und Vernetzung der Bewegung gearbeitet.

Ein sehr großer (teils überwiegender) Teil der Erwerbsarbeit findet in Lateinamerika in informellen Strukturen statt, die sich vor allem aus dem Engagement und der Kreativität der Einzelnen nähren. Da sich in der Gruppe aber mehr erreichen lässt, schossen angesichts der tiefgreifenden wirtschaftlichen Probleme speziell seit den 1980er und -90er Jahren vermehrt kollektive Wirtschaftsformen aus dem Boden, die heute unter dem Begriff Solidarische Ökonomie diskutiert werden. Fabriken, die nach dem Konkurs von den ArbeiterInnen in Selbstverwaltung weitergeführt wurden, regionale Währungssysteme, in denen eine nachhaltige lokale Entwicklung gefördert wird und viele andere Initiativen entstanden als Antwort auf eine Krise, die viele Menschen mit existenziellen Problemen konfrontierte. Dabei wurden verstärkt auch indigene Konzepte von Wirtschaft wieder aufgegriffen, die sich nicht auf rücksichtslose Konkurrenz sondern auf Kooperation und Reziprozität als ihre wesentlichen Grundlagen beriefen. Der Koordinator im brasilianischen Staatssekretariat, Mauricio Sardá de Faria erklärt: »Solidarisches Wirtschaften heißt für uns, nicht nur etwas gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu tun, sondern auch der Arbeit einen neuen Sinn zu geben«.

Im so genannten »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, der von der venezolanischen Regierung Chavez aufgebaut wird, spielt die Solidarische Ökonomie ebenfalls eine maßgebliche Rolle. Die Ökonomie soll dabei wieder in den Dienst der Menschen genommen werden, und ihnen auf diesem Wege ihre politische Gestaltungsmacht zurückgeben. Wie Nora Castañeda, Präsidentin der venezolanischen Mikrokreditbank BANMUJER, erklärt, trägt Armut in Lateinamerika vor allem »das Gesicht der Frauen«. Darum sei es wichtig, Frauen in der Gründung von solidarökonomischen Unternehmen besonders zu unterstützen und ihnen damit wirtschaftliche Perspektiven zu bieten. BANMUJER hat zu dem Zweck bereits über 100.000 Kleinstkredite vorwiegend an Frauen vergeben, die damit kleine Unternehmen und Kooperativen gründeten und sich so ein eigenes Einkommen schaffen. Mit dem Kooperativennetzwerk Cecosesola wurde am Kongress auch noch ein anderes Beispiel für solidarische Ökonomie diskutiert, dass auf einige Erfolge in der näheren Vergangenheit zurückblickt. Der Verbund zählt heute rund 85 verschiedene Basisorganisationen, zu denen etwa landwirtschaftliche und kommunitäre Produktionsgenossenschaften oder Stadtviertelinitiativen zählen. 1967 gegründet, umfassen die Kooperativen zurzeit ca. 2.000 Mitglieder und noch mal rund 2.000 assoziierte ArbeiterInnen.

Auch in Argentinien hat sich im Zuge der letzten Wirtschaftskrise gezeigt, dass die Betroffenen selbst großes Potential zur gemeinsamen Bewältigung der ökonomischen Probleme haben. Der starke soziale Zusammenhalt war in vielen Fällen der Anlass Nachbarschaftszentren zu gründen, aus denen wiederum überregionale Tauschkreise entstanden sind. Als nach dem Einfrieren der Sparguthaben die Menschen nicht mehr wussten, womit sie Lebensmittel kaufen sollten, wurde aus der Not eine Parallelwährung geboren, mit der sich auf einem alternativen Markt solidarische Tauschgeschäfte abwickeln ließen.

Heute zielen viele der staatlichen Förderungsprogramme vor allem auf Unterstützung bei der Kapitalaufbringung und Vermarktung ab. Ein wichtiger Schritt zur nachhaltigen Vernetzung der Initiativen wurde aber auch mit einzelnen Kartierungsprojekten gesetzt. Dabei wurde die Vielfalt und Breite der Bewegung deutlich, die alleine in Brasilien laut einer ersten Erhebung in nur knapp der Hälfte der Gemeinden mehr als 21.000 Initiativen und 1,7 Millionen Beteiligte zählte. Eine sehr ähnliche Kartierung wurde mittlerweile auch in Nordhessen durchgeführt und ist in Österreich bereits in Planung. Damit sollen auf längere Sicht alternative Wertschöpfungsketten aufgebaut werden, in denen neben dem ökonomischen auch ein sozialer Mehrwert entsteht.

Die Bewegung in Europa kann sicherlich noch einiges von Lateinamerika lernen. Vor allem angesichts aktueller Entwicklungen bieten die Beispiele von »in Stand besetzten« Betrieben, die zuvor in Konkurs gegangen waren, und erfolgreiche solidarökonomische Kooperativennetzwerke, Grund zum Optimismus. Wenn dabei gleichzeitig auch die Frage nach der Verteilung staatlicher Macht diskutiert wird, könnte die Krise tatsächlich als Chance genutzt werden. Der Aufbau einer alternativen Wirtschaft kann so der fortschreitenden neoliberalen Individualisierung eine solidarische und emanzipatorische Praxis entgegenhalten.●

SOLIDARITÄT MIT DEN ARBEITERiNNEN VON

Šinvoz

Diesmal war es nicht das strenge Visaregime der EU, das die beiden Serben, Ivan Zlatić und Branislav Markus, davon abhielt, nach Wien zu kommen. Vielmehr war die Entscheidung des serbischen Wirtschaftsgerichts ausschlaggebend, nicht am Solidarökonomie Kongress teilzunehmen. Die beiden wollten über den Kampf der ArbeiterInnen in Zrenjanin, Serbien, erzählen. Ein Kampf um das selbstverwaltete Pharmaunternehmen »Jugoremedija«, das 2002 mit der Teilprivatisierung an einen korrupten Unternehmer nahezu in den Bankrott getrieben wurde (s. CONTRASTE Nr. 293, Seite 11).

Kathrin Jurkat, Wien ● Zwar endeten die Proteste der Fabrik »Jugoremedija« erfolgreich, jedoch stehen die ArbeiterInnen anderer Fabriken weiterhin ähnlichen Problematiken gegenüber, die sie zum Protest auf die Straße treiben. Das jüngste Beispiel ist die Schienenfahrzeugfabrik Šinvoz aus Zrenjanin: Sie wurde 2004 privatisiert und zu 56% an den Unternehmer Nebojsa Ivković verkauft. Sofort begannen die Probleme. Der Hauptaktionär hielt wichtige Investitionsvereinbarungen nicht ein, Sicherheitsmaßnahmen wurden übergangen und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter entlassen. Trotzdem die ArbeiterInnen einen Anteil von 44% des Unternehmens besaßen, konnten sie nichts gegen Ivković ausrichten. Er führte es 2007 in die Insolvenz. Obwohl der serbische Staat anerkannte, dass Ivković die vertraglich vereinbarten Investitionen nicht durchgeführt hatte, entschied der Wirtschaftsgerichtshof am 2. Februar 2009, dass er erneut ein Reorganisationsprogramm in Šinvoz vornehmen könnte. Als Resultat würden die ArbeiterInnen ihrer Unternehmensanteile verlustig gehen, Ivković der alleinige Eigentümer der Fabrik und viele der ArbeiterInnen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Ivan und Branislav hatten sich kurzfristig entschieden, im Februar die Proteste in Serbien zu unterstützen, informierten aber die Interessierten am Solidarökonomie Kongress via Telefonschaltung über die aktuelle Lage in Zrenjanin. Sie berichteten, dass bereits mehrere staatliche und nicht-staatliche Organisationen die Forderungen der ArbeiterInnen von Šinvoz unterstützen. Das Stadtparlament von Zrenjanin hat einen Untersuchungsausschuss gebildet, welcher sich mit dem Fall Šinvoz beschäftigte und Stellung zu den Machenschaften von Ivković nahm. Eine am Wiener Solidarökonomie Kongress verfasste Solidaritätserklärung konnte dem Stadtparlament als wirkungsvolles Zeichen vorgelesen werden.

Wer die Proteste in Zrenjanin unterstützen möchte, ist aufgerufen eine Protestmail an die serbische Regierung zu schicken. Informationen und Unterschriftenlisten sind auf www.freedomfight.net (English) und www.grundrisse.net abzurufen.●

Demonstration von Šinvoz-ArbeiterInnen Foto: Milenko Srećković

WORKSHOP GENERATIONSÜBERGREIFENDE WOHNPROJEKTE

Ausgeprägte nachbarschaftliche Hilfe

Generationenübergreifende Wohnprojekte haben in Österreich nicht zuletzt seit dem Bekanntwerden schockierender Pflegeskandale in den 1990er Jahren Aktualität. Senioren-WGs, betreute WGs u. a. entstehen.

Dieter Schrage, Wien ● Im Mittelpunkt des Workshops standen selbstbestimmte Wohnprojekte, in denen Jung und Alt gemeinsam wohnen:

● In Wien sind dies die Sargfabrik (SF), ein selbstverwaltetes Wohnprojekt, die beiden B.R.O.T.-Projekte sowie die beiden Frauenwohnprojekte »ro*sa«.

● Aus den Bundesländern sind zu nennen die Atrium-Wohnhöfe Pionierprojekte (seit 1975!), das Co-Housing-Projekt »Lebensraum Gänserndorf«, die sich in der Planungsphase befindenden »Leben in Gemeinschaft«-Projekte (Kleinwörth und »Ökodorf Augendobl«) sowie das Siedlungsprojekt »Garten der Generationen« in Herzogenburg.

Schon das Entstehen der SF zwischen 1986 und dem ersten Wohnungsbezug 1996 hat mit der dreijährigen Suche nach einem Grundstück gezeigt, wie wichtig ein »langer Atem« ist. In einem Konzeptpapier des grünen AK »Wohnen im Alter« aus 2002 heißt es: *»Das Interesse an dieser Wohnform hat in den letzten Jahren zugenommen, aber die Zahl der realisierten Projekte ist relativ klein. Das liegt u. a. daran, dass die Gruppenkonflikte und die Motivationsprobleme durch überlange Planungs- und Realisierungszeiten, juristische und finanzielle Hindernisse, die Realisierungschancen vermindern.«* B.R.O.T. zur selben Problematik: *»Trotz positiver Grundstimmung für eine Idee und ein Anliegen bei mehreren Menschen besteht das Problem des ersten Schrittes. Gelingt dieser nicht, bleibt es weiter beim Wollten, Sollten, Müssten etc.«*.

Auch hat die SF gezeigt, dass die einzubringenden Grundkosten- und Eigenmittelanteile (z. B. bei einer 70 qm Wohnung über 36.000 Euro) dazu geführt haben, dass das Projekt eher ein mittelständisches wurde. Auch sind für 70 qm etwa 430 Euro Bestandsentgelt inklusive Betriebskosten pro Monat zu zahlen. In den B.R.O.T.-Projekten wollen die Beteiligten auf der Basis einer »christlichen Spiritualität«, dass *»Alte und Junge, Gesunde und Kranke, Arme und Wohlhabende Freud und Leid miteinander teilen.«* Um diese Absicht einlösen zu können, gibt es bei beiden Projekten eine Selbstbesteuerung der Mitglieder und einen beachtlichen Solidaritätsfonds (in der SF beträgt der soziale Ausgleich bis 22 Cent pro qm Wohnfläche). Auch ist bei diesen Projekten die nachbarschaftliche Hilfe sehr ausgeprägt.

Die grundsätzliche Frage ist hier, können solidarökonomische Aspekte der eher mittelständischen Tendenz solcher Alternativprojekte entgegen wirken? Die Realität hat gezeigt, in den entscheidenden Finanzierungsfragen bisher nicht. Mitbedacht werden solche alternativen Finanzierungsaspekte bei dem Siedlungsprojekt »Garten der Generationen«. Die Projektrealität ist hier freilich noch abzuwarten.

Vorschläge aus dem Workshop:

● Vernetzung der derzeitigen Initiativgruppen und Projekte;

● Von der öffentlichen Hand getragene Beratungsstellen;

● Vor allem die Städte sollten einen Pool mit Grundstücken und Immobilien für solche Wohnprojekte bereitstellen.●

UNABHÄNGIGE ARBEITNEHMERiNNENVERTRETUNGEN IN DER PERSÖNLICHEN ASSISTENZ

Arbeitskämpfe in »Selbstbestimmt Leben«-Projekten

Ende November 2008 fand in Berlin ein bundesweites Treffen von ArbeitnehmerInnen-Vertretungen in der persönlichen Assistenz statt. Es wurde eine berufspolitische Initiative (die UAPA) gegründet und in einer Resolution u.a. bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne gefordert.

Elisabeth Voß, Berlin ● Der Berliner Verein *»ambulante dienste e.V.«* entstand 1981 aus der »Selbstbestimmt Leben«-Bewegung. Er *»will jungen und alten Menschen, die infolge Behinderung das Handicap tragen bei den gewöhnlich und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens fremder Hilfe zu bedürfen, ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben in der Gesellschaft ermöglichen. Zur Durchsetzung dieser Ziele sieht der Verein die Notwendigkeit einer praktischen Solidarität mit anderen sozial benachteiligten Gruppen.«* (Satzung).

Damals mussten Menschen mit Behinderungen oft erbittert darum kämpfen, in einer eigenen Wohnung zu leben und nicht in einer Betreuungseinrichtung untergebracht zu werden. Auch heute ist unsere Gesellschaft noch weit davon entfernt, ihnen ein Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu ermöglichen. Aber immerhin gibt es seit dem 1. Januar 2008 das Recht auf ein »Persönliches Budget«. Das heißt Menschen mit Behinderungen können selbst entscheiden, wie und durch wen sie die Unterstützung, die sie zur Alltagsbewältigung benötigen, in Anspruch nehmen möchten. Sie können diese Assistenz von Fachfirmen einkaufen, oder selbst AssistentInnen anstellen. Aber die Mittel, die sie dafür von den Kostenträgern (Staat, Kranken- und Pflegekassen) erhalten, sind oft viel zu gering.

Für CONTRASTE habe ich in Berlin mit den BetriebsrätInnen des *ambulante dienste e.V.,* Johanna, Carsten und Micha gesprochen.

CONTRASTE: Wie sind bei Euch die Arbeitsverhältnisse geregelt?

»Persönliche Assistenz ist jede Art von Hilfe, die behinderte oder zeitweilig eingeschränkte Menschen in die Lage versetzt, ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Persönliche Assistenz gibt behinderten Menschen die Möglichkeit, ihr Leben nach ihren eigenen Bedürfnissen zu gestalten und umfasst alle Bereiche des täglichen Lebens, in denen Menschen auf Grund ihrer Behinderung Hilfe und Unterstützung benötigen. Erbracht wird diese Dienstleistung von Assistenten und Assistentinnen vorrangig in den Bereichen Grundpflege und Arbeitsassistenz, Haushalts- und Mobilitätshilfe. Dazu gehören auch Begleitung, psychosoziale Unterstützung und andere Anforderungen des unvorhersehbaren Lebens.«

Aus der Resolution des ersten bundesweiten Treffens von Arbeitnehmervertretungen in der Persönlichen Assistenz.

BetriebsrätInnen: Der Verein *ambulante dienste e.V.* hat einen Zweckbetrieb, bei dem AssistentInnen sowie OrganisationsmitarbeiterInnen angestellt sind. Die Beschäftigtengruppen arbeiten mit unterschiedlichen Arbeitsverträgen. Bei den AssistentInnen gibt es vollsozialversicherungspflichtige, studentische und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Problematisch ist, dass in den schriftlichen Arbeitsverträgen der AssistentInnen keine Stundenzahl festgelegt ist und nach Interpretation der Leitung diese Arbeitsverträge nur in Bezug auf konkrete AssistenznehmerInnen gelten, was zur Folge hat, dass AssistentInnen häufig betriebsbedingte Änderungskündigungen erhalten. Neuerdings wird zudem bei Neueinstellungen nur noch mit befristeten Arbeitsverträgen gearbeitet.

Wie viele AssistentInnen arbeiten bei Euch? Gibt es noch irgendwelche Formen von Selbstverwaltung?

Wir haben knapp 600 Beschäftigte bei *ambulante dienste e.V.*, ein Großteil davon arbeitet als AssistentIn und in Teilzeit. *ambulante dienste e.V.* ist kein selbstverwalteter Betrieb mehr. Spätestens seit Anfang der 90er Jahre setzte eine zunehmende Institutionalisierung und Bürokratisierung ein, mit der eine betriebliche Hierarchisierung einherging, die Ausdruck sowohl in einer zunehmenden Lohndifferenzierung als auch in einer immer stärker weisungsgebundenen Tätigkeit der AssistentInnen fand. Strukturelle Veränderungen waren u.a. die Einsetzung einer Geschäftsführung durch den Vorstand und die Einführung einer mittleren Leitungsebene (Pflege, Verwaltung, Einsatzbegleitung).

Seit wann gibt es einen Betriebsrat bei Euch?

Seit Ende 2005 gibt es einen Betriebsrat bei *ambulante dienste e.V.*

Warum?

Bereits davor gab es eine AssistentInnenvertretung (und später auch eine Interessensvertretung der OrganisationsmitarbeiterInnen), die sich für die Rechte und die Belange der Beschäftigten eingesetzt hat. AssistentInnenvertretungen sind oftmals bei den Assistenzanbietern entstanden, wo die ideellen Grundsätze der »Selbstbestimmt Leben«-Bewegung noch wirkungsmächtig waren. Sie bildeten auf Beschäftigtenseite das Pendant zur Interessensvertretung der AssistenznehmerInnen. Zum Teil waren Form und Inhalt auch in den jeweiligen Vereinssatzungen verankert und unterlagen insofern auch dem Vereinsrecht. Mit der Zunahme der Interessensgegensätze – vor dem Hintergrund von Kürzungen im sozialen Bereich, der bereits beschriebenen Institutionalisierung der Träger und der Abwertung der AssistentInnentätigkeit – wurde dieses Konstrukt zusehends brüchiger.

UAPA

Unabhängige Arbeitnehmervertretungen in der persönlichen Assistenz (UAPA): bestehend u.a. aus den Betriebsräten des ambulante dienste e.V Berlin, der Assistenzgenossenschaften Bremen und Hamburg, des CeBeeF Frankfurt/M, der Offenen Liste des Betriebsrats Lebenswege gGmbH Berlin und der HelferInnenvertretung fib e.V. Marburg

Berliner Kontakt:
Betriebsrat ambulante dienste e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
eMail: betriebsrat.ambulante_dienste@web.de
Tel: (0 30) 69 59 75 18

Bundesweiter Kontakt:
UAPA, c/o BR CeBeeF, Elbinger Str. 2, 60487 Frankfurt/M.
eMail: betriebsratev@cebeef.com
Tel.: (0 69) 97 05 22 56 oder -91

In diesem Mischmasch aus formalen Anforderungen und zunehmender Weisungsgebundenheit einerseits, informeller und moralischer Vereinnahmung andererseits, war es eigentlich nur folgerichtig, sich dementsprechend rechtlich und formal zu bewaffnen. Eine der ersten Reaktionen der Leitung auf die Gründung eines Betriebsrats war auch, zu behaupten, *ambulante dienste e.V.* sei aufgrund seiner sozialen Ausrichtung ein Tendenzbetrieb, die beschäftigten AssistentInnen TendenzträgerInnen. Was letztlich der Versuch war, die Mitbestimmungsrechte des Betriebrats gleich wieder beschneiden zu wollen.

Und was gibt es für Konfliktfelder?

Es geht vor allem um unsere Arbeitsbedingungen, um den Lohn und darum, dass die Geschäftsführung die Probleme des Betriebs auf die Beschäftigten abwälzt. Wenn es weniger Geld gibt von den Kostenträgern, versucht sie einfach bei uns zu sparen.

So erhielten im Sommer 2007 alle Beschäftigten eine betriebsbedingte Änderungskündigung, mit dem Ziel, einen Urlaubstag zu streichen und die Sonn- und Feiertagszuschläge abzusenken. Diese Maßnahme hätte vor allem die AssistentInnen betroffen, da diese regelmäßig am Wochenende arbeiten. Nachdem 60 Beschäftigte eine Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht eingereicht hatten und sich nach dem ersten Gütetermin am Arbeitsgericht abzeichnete, dass die Änderungskündigungen seitens der RichterInnen am Arbeitsgericht als sozial nicht gerechtfertigt beurteilt würden, hat die Leitung diese Maßnahme zurückgenommen.

Daraufhin beschloss die Geschäftsführung für Anfang 2008 eine Absenkung der Löhne für neu eingestellte AssistentInnen um knapp 20% auf nur noch 8,60 Euro pro Stunde (StudentInnen 7,60 Euro). Gegen diese Maßnahme hat es eine ganz Reihe von Aktivitäten der Beschäftigten gegeben, eine Aktionsgruppe wurde initiiert, die Geschäftsstelle besetzt, seitens des Betriebrats ein arbeitsgerichtliches Verfahren eingeleitet, da unserer Ansicht nach diese Maßnahme eine einseitige Änderung eines bestehendes Entgeltsystems darstellte, die mitbestimmungspflichtig gewesen wäre. Bezüglich unserer Forderung nach Verhandlungen mit den Kostenträgern, um die Einnahmeseite zu verbessern, wurden wir mit den kommenden Vergütungsverhandlungen 2010 vertröstet.

Eine geringfügige Verbesserung der Entlohnung für Neuangestellte hat das laufende arbeitsgerichtliche Verfahren zum Jahresende 2008 gebracht. Die Leitung sah sich aufgrund der Bewertung des Arbeitsgerichts gezwungen, die abgesenkten Entgelte bei Neueinstellungen zu vereinheitlichen und geringfügig anzuheben.

Wir befürchten, dass die Absenkung der AssistentInnenlöhne »nur« der monetäre Ausdruck einer allgemeinen inhaltlichen Abwertung unserer Tätigkeit ist. Begründet wird sie u.a. damit, dass Assistenz eine ungelernte Tätigkeit sei. Die Erarbeitung eines qualifizierten Berufsbildes wird abgelehnt.

Warum hat die Geschäftsführung kein Interesse daran, den Assistenzberuf aufzuwerten?

Dahinter stehen zum Teil ideologische Vorbehalte. Es gibt aus den Selbstbestimmungs-Diskussionen der 80er Jahre die Befürchtung, dass qualifiziertes Personal die AssistenznehmerInnen eher medizinisch und/oder sozialpädagogisch bevormunden könnte. Die Angst, professionelle AssistentInnen könnten eher übergriffig werden und sich über die Wünsche der AssistenznehmerInnen und deren in der Satzung verankerte Anleitungskompetenz hinweg setzen. Darum wird die Idee der LaienhelferInnen hoch gehalten.

Gleichzeitig gibt es auch die Tendenz bei den Anbietern von persönlicher Assistenz, vor dem Hintergrund bestimmter Leistungs- und Qualitätsanforderungen deutlicher kenntlich machen zu wollen, dass die AssistentInnen auf Anleitung und Weisung der Pflegefachkräfte und SozialarbeiterInnen arbeiten. Warum in diesem Zusammenhang die berufliche Aufwertung der AssistentInnentätigkeit aber ein Hindernis sein soll, erschließt sich uns nicht so ganz.

Aber ist denn nicht gerade Distanz ein Kennzeichen von Professionalität?

Eigentlich schon. Es gibt aber allgemein eine geringe Wertschätzung unserer Arbeit. Es gibt ja keine formalen Anforderungen an den Assistenzberuf. Und von verschiedenen Seiten kommen immer wieder abwertende Äußerungen, wir würden ja nur den Haushalt machen und den Arsch abwischen. Es wird nicht gesehen, dass wir gleichzeitig psychologische Betreuung und Sozialarbeit leisten, manchmal auch Familienhilfe oder Sterbebegleitung.

Diese Abwertung unserer Tätigkeit findet auch in den durchgeführten Änderungen in der Stellenbeschreibung der AssistentInnentätigkeit Ausdruck. Wo es zum Beispiel früher um selbstbestimmte Zusammenarbeit im Team mit den AssistenznehmerInnen, den zuständigen Pflegefachkräften, SozialarbeiterInnen und Angehörigen ging, sollen wir heute vornehmlich auf Anweisung arbeiten.

Unsere Arbeit wird abgewertet, und wir können kaum davon leben. Es gibt beispielsweise keine Nachtzuschläge, die Arbeit ist anstrengend, vor allem für die älteren KollegInnen, und in Vollzeit kaum durchzuhalten.

Habt Ihr nicht die Möglichkeit, über den Verein Einfluss zu nehmen auf die Unternehmensgestaltung?

Ein aktives Vereinsleben existiert eigentlich nicht mehr, ein Austausch und eine offene Diskussion der verschiedenen Interessensgruppen findet im Rahmen des Vereins nicht mehr statt.

Die Ideale der 80er Jahre sind heute mehr oder weniger zu einer Ideologie geworden, die kaum noch

Fortsetzung auf Seite 12

HELFER, DIE HILFE BRAUCHEN

Auf den Artikel »Helfer, die Hilfe brauchen« von Peter Nowak in der taz vom 02.12.08, reagierten zwei Verantwortliche von ambulante dienste e.V., Vorstand Matthias Vernaldi und Martin Seidler, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, mit Leserbriefen (Auszüge):

»Ich kann mich nicht bewegen und bin rundum auf die Hilfe meiner Assistenten angewiesen. Sogar wenn mir die Nase juckt oder wenn ich husten muss, kann ich mir nicht selbstständig helfen. Ich habe meine Assistenten im Rahmen des Persönlichen Budget angestellt, bin also ihr Arbeitgeber. Ausserdem sitze ich bei ambulante dienste eV. im Vorstand, bin also für die beklagten Zustände mitverantwortlich. Es macht mir im hohem Maße zu schaffen, dass ich nicht in der Lage bin, den Menschen von denen ich seit Jahren körperlich abhängig bin, einen Inflationsausgleich zu zahlen und gezwungen war, zu Beginn diesen Jahres die Einstiegslöhne abzusenken.«

Matthias Vernaldi

»Als behinderter Mensch, der seit langem in der emanzipatorischen Behindertenbewegung engagiert ist, bin ich sehr empört, wie in dem o. g. Artikel von Peter Nowak Tatsachen auf den Kopf gestellt werden.... Es ist keine Frage, dass Assistenz leistungsgerecht – und besser als derzeit – entlohnt werden soll. Da der Sozialhilfeträger in Berlin nur einen begrenzten und seit mehreren Jahren unveränderten Stundensatz für die Vergütung von Assistenz zur Verfügung stellt, sind Lohnerhöhungen nicht so einfach möglich. Leidtragende hiervon sind aber in erster Linie die auf Assistenz angewiesenen Menschen, die enorme Schwierigkeiten haben, geeignete Personen zu finden, die zu diesen vorgegebenen Löhnen arbeiten. Im Unterschied dazu steht den nichtbehinderten AssistentInnen jederzeit die Möglichkeit offen, sich – soweit vorhanden – einen besser bezahlten Job zu suchen.«

Martin Seidler

ERSTER BUNDESWEITER »SCHEISS-STREIK«

Warum wir das Medium »Scheiße« für unseren Protest benutzen

Mit einer kleinen Unterbrechung unseres Arbeitsalltags im Pflege- und Assistenzbereich, mit der »Weigerung« den täglich anfallenden Scheiß einfach stillschweigend zu entsorgen, wollen wir den Scheißefluss unmittelbar zu den Akteuren umleiten, die für die immer beschisseneren Arbeitsbedingungen in diesem Sektor mitverantwortlich sind. Gleichzeitig sind dies Akteure, die sich aus ökonomischen Gründen einer institutionalisierten Konfliktregelung weitestgehend entziehen. Wo keine Interessensvertretungen, da keine Kosten.

Soll sich doch der Typus des ignoranten und unsolidarischen Bürgers, der gerne von Klatschreportern und den Kameras billiger Meinungsmache gesucht wird, weiterhin über den ein oder anderen »Scheiß Streik« im Nahverkehr, bei der Müllabfuhr oder wo auch immer aufregen. Erst jetzt wird er neben anderen erfahren, was ein tatsächlicher Scheiß-Streik eigentlich ist – oder sein könnte: die erzwungene Umleitung verschiedener Ausscheidungen und Ausgeschiedener zurück in den gesellschaftspolitischen Kreislauf. Wenn ihr uns weiter überseht, werdet ihr was zu riechen bekommen.

www.jenseits-des-helfersyndroms.de

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

PREISVERLEIHUNG

Mehr als nur Mitgliederförderung

– Elf Wohnungsgenossenschaften ausgezeichnet

Der GdW und BMVBS haben erstmals den »Genossenschaftspreis Wohnen« in Berlin verliehen. Dazu ist nun die Broschüre zu den ausgezeichneten Genossenschaften erschienen. Diese zeigen auf beeindruckende Art, welche Antworten sie auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen und demographischen Wandels geben und welche Leistungen sie erbringen – nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch als Partner der Kommunen bei der Wahrung des sozialen Zusammenhalts in den Wohnquartieren sowie bei der Stadtentwicklung und dem Stadtumbau.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Wohnungsgenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag zur Stadt- und Quartiersentwicklung. Mit über 2,2 Millionen Genossenschaftswohnungen – immerhin rund zehn Prozent des Mietwohnungsmarktes – bieten sie mehr als fünf Millionen Menschen Wohnraum. Sie gewährleisten für ihre Mitglieder lebenslanges und sicheres Wohnen. Vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Expertenkommission zu den Potenzialen und Perspektiven der Wohnungsgenossenschaften aus dem Jahr 2004 und den Ergebnissen der daran angeschlossenen ExWoSt-Forschungsmodelle haben das BMVBS und der GdW gemeinsam erstmals den Wettbewerb »Genossenschaftspreis Wohnen« ausgelobt. Unter dem Motto: »Wohnungsgenossenschaften – gemeinsam, modern und nachhaltig« wurden die 93 eingereichten Projekte von der Jury anhand verschiedener Themenfelder bewertet. Elf Beiträge aus ganz Deutschland sind mit einem Preis ausgezeichnet worden.

Komplexe Gesamtstrategien

Der *Wohnbau Westmünsterland eG* aus Borken ist es im Rahmen ihrer Gesamtstrategie gelungen, neben Fusionen u. a. kleinere kommunale Bestände einem genossenschaftlichen Dach zuzuführen. Diese Wohnungsbestände werden nicht nur schrittweise modernisiert, sondern damit auch weiter professionell zum Wohle der Mitglieder bewirtschaftet. Die *Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG* erhielt den Preis für ihre flexible und durch das »Baukastensystem« ständig entwicklungsfähige unternehmerische Gesamtkonzeption. Diese reicht von der baulichen Weiterentwicklung der Bestände über vielfältige Service- und Dienstleistungsangebote für alle Mitglieder bis hin zu attraktiven Renten- und Sparmodellen.

Im Bereich der nach 2000 neu gegründeten Genossenschaften wurde die Wohnungsbaugenossenschaft *Am Ostseeplatz eG* als Preisträger ausgewählt. Sie widmet sich bestimmten Zielgruppen auf dem Wohnungsmarkt und hat bei der Übernahme auch kommunaler Wohnungsbestände in Berlin-Kreuzberg die Integration der türkischstämmigen Mieter durch Zweisprachigkeit sowie kulturelle Kompetenzen von Mitarbeitern gesichert.

Weiterentwicklung der Angebote

Im Themenfeld »Weiterentwicklung des Wohnungsangebots« erhielt die *Braunschweiger Baugenossenschaft eG* einen Preis. Ihre Unternehmensstrategie beinhaltet einen umfassenden generationenübergreifenden Handlungsansatz, in dem besondere Serviceleistungen und eine begegnungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit verankert sind. Das neue Seniorenzentrum mit seinem vielfältigen Wohnungsangebot und einer für den ganzen Stadtteil geöffneten Kantine ist dabei zu einem Kristallisationspunkt für das Stadtteilleben geworden. Die *Eisenbahner Wohnungsbaugenossenschaft Dresden eG* hat es erreicht, durch intensive Mitgliederbeteiligung in dem schwierigen Umfeld des Quartieres »Stadtblick« ihren Bestand erfolgreich zu reduzieren und gleichzeitig die weiter benötigten Bestände zu modernisieren. Die entstandene Beteiligungskultur konnte anschließend für die Mitwirkung der Bewohner an der Gestaltung des neuen »Stadtblickparks« genutzt werden.

Im Bereich »Service und Dienstleistungsangebote« wurde die *Wohnungsbau und Siedlungswerk Werkvolk Amberg eG* ausgezeichnet. Die Genossenschaft bietet ihren Mitgliedern eine umfassende Dienstleistungspalette. Vom genossenschaftseigenen Kindergarten über den Jugendtreff bis zur Seniorenbetreuung reichen die Angebote, die auch mit dem Solidaritätscent, den alle Mitglieder pro Quadratmeter und Monat bezahlen, finanziert werden. Der Preisträger *Bauverein zu Lünen eG* legt in seinem Beitrag den Schwerpunkt auf das lebenslange Wohnen in der Genossenschaft. Durch Modernisierung ist in einem von vielen älteren Mitgliedern bewohnten Quartier alters- und behindertengerechter Wohnraum zur Verfügung gestellt worden. Mit dem Neubau der *Residenz Osterfeld*, die die Genossenschaft mit einem privaten Unternehmen gemeinsam betreibt, werden darüber hinaus spezielle altersgerechte Wohnungen und zahlreiche Pflegeplätze angeboten.

Partner der Kommunen

Im Themenfeld »Genossenschaften als starke Partner der Kommunen« wurden zwei weitere Unternehmen ausgezeichnet. In Hamburg stärkt die *Baugenossenschaft freier Gewerkschafter eG* im Osterbrookviertel neben baulichen Maßnahmen vor allem durch den Aufbau der Gemeinschaftseinrichtung »Elbschloss an der Bille«, in Kooperation mit Schulen, Kirchen, sozialen Trägern und Stiftungen, den sozialen Zusammenhalt im Quartier und ist damit Impulsgeber für die Stadterneuerung. Die *Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft eG* hat insbesondere bei der Entwicklung des Plattenbaugebiets Neu-Zippendorf mit einem modellhaften Rückbau- und Aufwertungskonzept den Stadtumbau in enger Zusammenarbeit mit der Kommune maßgeblich vorangebracht. Im Rahmen dieser Handlungsstrategien wurde auch ein Nachbarschaftszentrum geschaffen, mit dem auch in der sozialen Quartiersentwicklung neue Maßstäbe gesetzt wurden.●

Die Broschüre zum Wettbewerb mit den Preisträgern kann im Internet unter: www.gdw.de heruntergeladen werden.

BUCHBESPRECHUNG

»Sozialökonomische Selbsthilfe ist immer politisch«

– Ökonomie des Gemeinwesens und bürgerschaftliches Engagement

»Die Ökonomie des Gemeinwesens geht von der untrennbaren Einheit der Nutzung, Herstellung und Verteilung der materiellen Lebensgrundlagen und der Gestaltung der sozialkulturellen Lebenszusammenhänge aus«, so die Einführung auf dem Klappentext zu einer Veröffentlichung von Susanne Elsen. Nach Elsen ist die Ökonomie des Gemeinwesens »ein normatives und zugleich in vielfältigen Ausprägungen historisch und aktuell weltweites reales Phänomen.« Das Buch stellt eine wahre Fundgrube theoretischer und praktischer Ansätze der am Gemeinwesen orientierten Ökonomien dar. Allein schon diese Einblicke in die Vielfalt der vom Mainstream abweichenden Ansätze machen es zu einer sehr empfehlenswerten Lektüre.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● In dem Buch »Die Ökonomie des Gemeinwesens« greift Susanne Elsen vorhandene alternative Ansätze als sinnvolle Zukunftsmodelle auf. Sie will diese für die Konzeption einer gestaltenden Sozialpolitik nutzen. Dabei geht es ihr um die »praktischen Ansätze der Wiedergewinnung oder Erhaltung der sozialökonomischen Handlungsfähigkeit der Gemeinwesen« (S. 13). Sie »gehen über die sozialpolitische Flankierung des Marktes hinaus und bilden Komplementär- und Alternativstrukturen zum sozial eingebetteten Markt. Sie enthalten die Idee der Ökonomie des Gemeinwesens und lassen diese konkret werden (S.13).«

Politische Engagementformen

Elsen sieht die zahlreichen skizzierten, oftmals genossenschaftlichen Umsetzungsformen zwar in der Tradition des bürgerschaftlichen Engagements. Gleichzeitig weisen sie nach ihrer Einschätzung aber weit darüber hinaus. »Sozialökonomische Ansätze im Gemeinwesen ermöglichen sozialproduktives bürgerschaftliches Engagement auch benachteiligter Menschen zugunsten eigener und gemeinsamer Belange. Ein so verstandenes bürgerschaftliches Engagement, welches in Verbindung mit wohnungs-, sozial-, und arbeitsmarktpolitischen Mitteln und Kreditfinanzierung steht, vermag auch Disparitäten der Lebenschancen in einem Quartier nachhaltig zu beeinflussen. Solche Ansätze erfordern jedoch Machtausgleich auf verschiedenen Ebenen, nicht nur im lokalen Gemeinwesen« (S. 388).

Ohne Konfliktszenarien sind sie kaum vorstellbar. Entsprechend hinterfragen sie – anders als die meisten Formen bürgerschaftlichen Engagements – tradierte gesellschaftliche Zuständigkeiten, verändern Ressourcenströme und tangieren mächtige Interessenkonstellationen (S. 39). Elsen grenzt die wirtschaftlich-genossenschaftlichen Engagementformen auch durch einen entscheidenden weiteren Aspekt gegenüber anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements ab: Diese Art der aktiven Teilhabe von BürgerInnen setzt die Ausweitung gesellschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten und die Demokratisierung auch wirtschaftlicher Prozesse voraus (S. 39). Lokale Selbstorganisationsformen lassen sich dadurch schwieriger von neoliberaler Modernisierungspolitik instrumentalisieren.

Hybride Organisationsansätze

Genossenschaftliche Formen des Engagements als Parallel- und Komplementärökonomien sind somit laut Elsen Beispiele für hybride Organisationsformen, die transversal zu gesellschaftlichen Bereichen sowohl soziale und ökologische, als auch ökonomische Ziele verfolgen. Im Unterschied zu vielen Formen bürgerschaftlichen Engagements agieren sie im ökonomischen System, sind aber gleichzeitig Teil der organisierten Zivilgesellschaft: »In der lebensweltlichen Durchdringung liegt das Potenzial des Neuen. Das Neue ist nicht einseitig spezialisiert und von Experten dominiert. Es sind mehrdimensionale, spezifische und synergetische Ansätze als Antworten auf komplexe Probleme« (S. 45).

Für Elsen ist sozialökonomische Selbsthilfe immer politisch: »Entscheidend ist die Selbsttätigkeit der Menschen, ihre kollektive Aneignung von Rechten, Fähigkeiten, Kreativität, Ressourcen und Macht. Sie bün-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 11

durch eine politische Praxis unterfüttert ist. Der Begriff der Selbstbestimmung ist zusehends zu einem individuellen Thema geworden. Den AssistenznehmerInnen geht es vornehmlich darum, individuell tun und lassen zu können was sie möchten, was ja durchaus legitim ist. Das eröffnet aber keine politische Perspektive mehr.

Der betriebliche Alltag hat sich weitgehend darauf reduziert, persönliche Dienstleistungen zu vermitteln und zu verwalten. Viele Beschäftigte machen halt ihren Job. Während viele AssistentInnen immer noch denken, die Arbeit bei *ambulante dienste e.V.* sei nur ein Durchgangsstadium, irgendwann komme der bessere Job außerhalb, haben viele Verwaltungsangestellte sich in ihrem Job eingerichtet. Das Interesse und die Bereitschaft, einzugreifen und auf betrieblicher Ebene etwas zu ändern, ist leider nicht allzu verbreitet.

Welche Rolle spielen die AssistenznehmerInnen in den Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen der AssistentInnen?

Die AssistenznehmerInnen sind oftmals ausreichend mit ihrer eigenen Situation beschäftigt, so dass sie nur sehr eingeschränkt Interesse haben, sich auch noch mit unserer Situation zu befassen. Sie sind nur bedingt organisiert, existentiell auf die Assistenz angewiesen und haben Angst, dass ihnen da etwas gekürzt wird. Da sind unsere betrieblichen Auseinandersetzungen für sie nachrangig.

Und was müsste Eurer Meinung nach konkret in Eurem Betrieb passieren?

Zuallererst müsste mal dafür gesorgt werden, dass die Einnahmeseite verbessert wird, die seit Jahren unveränderten Vergütungssätze angehoben und neue Einnahmequellen erschlossen werden. Auf dieser Grundlage bestünde dann wieder die Chance, zum einen überfällige Lohnerhöhungen durchzuführen, um zumindest endlich einmal die immensen Reallohnverluste der letzten Jahre auszugleichen, zum anderen mit den dann vorhandenen finanziellen Spielräumen überfällige strukturelle Veränderungen anzugehen. Ein Beispiel hierfür wäre die Änderung der Arbeitsvertragsmodelle der AssistentInnen, die Einführung von festen Stundenkontingenten, Arbeitszeitkontenmodellen etc.

Das Berufsbild Assistenz muss aufgewertet werden. Wir brauchen Schulungen (so wie zum Beispiel in Schweden), und eine angemessene Bezahlung. Es gibt Tätigkeitsfelder die entwickelt werden könnten, zum Beispiel Assistenz für junge Menschen, Angebote in Wohngruppen oder die weitere Öffnung des innerbetrieblichen Ausbildungsprogramms nach außen.

Und wie geht es jetzt weiter mit Eurer bundesweiten Interessenvertretung? Seid ihr im Gespräch mit Gewerkschaften?

Ende November 2009 wird es eine Folgekonferenz des bundesweiten Zusammenschlusses der Interessensvertretungen (UAPA) in Frankfurt/Main geben. Die genauere inhaltliche Ausrichtung und die Bestimmung von Schwerpunkten ist in Vorbereitung. Derweil sind wir u.a. damit beschäftigt, neue Vertretungen und Beschäftigte dazu zu gewinnen und würden es beispielsweise sehr begrüßen, wenn AssistentInnen, die unter dem Modell des »persönlichen Budgets« arbeiten, dazukommen würden. Eine eigene Webseite ist in Vorbereitung, die aktuelle »Scheiss-Streik«-Kampagne wird von unserem Zusammenhang aktiv unterstützt.

Einzelne von uns, einzelne Vertretungen sind im Kontakt mit Gewerkschaften. Der Betriebsrat von *ambulante dienste e.V.* geht z.B. regelmäßig auf die Treffen der »Initiativgruppe Betriebsräte« bei der GEW Berlin. Grundsätzlich sind aber weder das Engagement der Gewerkschaften noch der gewerkschaftliche Organisierungsgrad in unserem Bereich besonders hoch. Das liegt sicherlich auch daran, dass unsere Tätigkeit kein Ausbildungsberuf ist, womit sich Gewerkschaften ja grundsätzlich schwer tun, da nicht so einfach in eine Tarifsystematik einzuordnen. Dazu kommen die klassischen Berührungsängste gegenüber Betrieben, die aus der Geschichte der Alternativszene kommen und eine für Gewerkschaften eher untypische Beschäftigtenstruktur aufweisen.●

INFO

● ambulante dienste e.V., Berlin: www.adberlin.com
● Unabhängige Arbeitnehmervertretungen in der persönlichen Assistenz (UAPA), Resolution: www.labournet.de/branchen/dienstleistung/gw/resolution_uapa.pdf
● Berichte und Links zu den Auseinandersetzungen der Assistenzbeschäftigten: www.labournet.de/branchen/dienstleistung/gw/pflege.html
● Informationen zum persönlichen Budget: www.bmas.de/coremedia/generator/9266/persoenliches__budget.html

WOHNUNGSGENOSSENSCHAFT AM BEUTELWEG, TRIER

Gemeinwesenökonomie im Dilemma sozialer Erfordernisse und Wirtschaftlichkeit

Die Wohnungsgenossenschaft »Am Beutelweg eG« gilt als bundesweites Modell für gelungene Quartiersentwicklung verbunden mit neuen Formen der Gemeinwesenökonomie. Erweitert wird dieser jahrelang unter schwierigen Bedingungen arbeitende Ansatz seit Neuem mit einer beispielhaften Ergänzung: einer Private-Public-Partnership-Strategie zwischen Wohnungsgenossenschaft und der Stadt Trier.

Maria Ohlig, Herbert Schacherer, Bernd Steinmetz, Redaktion Genossenschaften ● Bei der Gründung der Wohnungsgenossenschaft am Beutelweg eG im Jahre 1991 war Trier-Nord ein »Sozialer Brennpunkt« mit allen äußeren Zeichen eines solchen. Es gab u.a. einen hohen Sanierungsstau im Wohnbestand. Die Wohnungen in den ehemaligen Kasernen am Beutelweg, die sich damals im Besitz des Bundes befanden, waren marode, nie grundsaniert worden, ohne Bäder und Zentralheizungen. Die BewohnerInnen hatten sich notdürftig darin eingerichtet und versucht, mit eigenen Mitteln das Beste daraus zu machen. Der überwiegende Teil der Bewohnerschaft war abhängig von staatlichen Transfergeldern, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld. Die statistischen Daten belegen auch heute noch, dass in diesem Stadtteil überdurchschnittlich viele Kinder, viele Menschen ohne Schulabschluss und Ausbildung, viele Erwerbslose, viele Menschen in Armut leben.

Die Ausgangsfrage des Engagements bei Genossenschaftsgründung lautete:

● Wie lassen sich die Lebenssituation und die Lebensperspektive der Familien und Einzelpersonen in einem sozialen Brennpunkt nachhaltig verbessern?

● Welche Ressourcen und Aktivierungspotenziale im sozialen Brennpunkt können genutzt werden?

Notwendige Gemeinwesenarbeit

Im Kontakt mit den BewohnerInnen wurde bereits seit Mitte der 70er Jahre Gemeinwesenarbeit (GWA) aufgebaut. Im Anschluss an die Tätigkeit einer studentischen Initiative im Stadtteil entwickelte sich in den 80er Jahren das Bürgerhaus Trier-Nord als bürgerschaftlicher Trägerverein der Gemeinwesenarbeit. Im Rahmen der Arbeit des Bürgerhauses wurde deutlich, dass allein mit den Mitteln Sozialer Arbeit eine grundlegende Veränderung der Lebenssituation der BewohnerInnen nicht möglich ist. Sozialberatung und Gemeinwesenarbeit waren notwendige Ansätze zur Hilfestellung für die Menschen, doch sie reichten allein nicht aus. Es mussten auch die tatsächlichen, objektiven Lebensbedingungen angegangen werden, um menschenwürdige Lebensbedingungen und Teilhabe zu erreichen.

FORTSETZUNG VON SEITE 12

deln ihre begrenzten Kräfte in assoziativen Formen und versuchen durch Kooperation den Zugang zu den eigenen und gemeinsamen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern« (S. 51).

Bereichernde Veröffentlichung

Berechtigte Kritik an dem Buch von Georg Singe ist, dass an vielen Stellen deutlich wird, dass eine umfassende Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie zur Umsetzung des Konzeptes lokaler Gemeinwesenökonomie noch fehlt. Ersatzweise werden politisch sehr unterschiedliche Theorien zur Begründung einzelner Elemente des Konzeptes lokaler Gemeinwesenökonomie herangezogen. Trotzdem stellt die Veröffentlichung von Elsen eine erhebliche Bereicherung dar und zwar sowohl unter dem Blickwinkel des Zusammentragens zahlreicher Bausteine der Solidarischen Ökonomie als auch für die Weiterentwicklung gemeinwesenorientierter Ansätze Sozialer Arbeit. Dass zudem genossenschaftlichen Ansätzen (S. 256-314) unter diesem speziellen Blickwinkel ein breiter Raum eingeräumt wird, eröffnet für die Umsetzung einer lokalen Gemeinwesenökonomie wichtige neue Perspektiven. Vielleicht werden hier Dämme (Blockaden) brechen?●

Elsen, Susanne: Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung, Weinheim (Juventa Verlag) 2007, 352 S., 32 EUR

Das Genossenschaftsmodell erschien als der überzeugendste Ansatz, die soziale Situation der Menschen in Trier-Nord zu verbessern und diese gleichzeitig in die Verantwortung für den Entwicklungsprozess einzubeziehen. Als Genossenschaftsmitglieder genießen alle Mietparteien lebenslanges Wohnrecht, bestimmen die Geschicke des Gemeinschaftsunternehmens durch Sitz und Stimme in der Generalversammlung mit und werden zu Miteigentümern.

Genossenschaftliche (Selbst-)Hilfe

Die Initiatoren der WOGEBE haben sich für die Unternehmensform der Genossenschaft als ein Gemeinschaftsunternehmen von Mitgliedern entschieden, die zugleich Kunden sind und an deren Bedarf sie sich vorrangig orientieren sollte. Die Gründung einer Genossenschaft sollte es den BewohnerInnen des Stadtteils ermöglichen, für sich und ihre Familien trotz geringer Kaufkraft am Wohnungsmarkt gute und gesunde Wohnverhältnisse zu erreichen, eine Gemeinschaftsleistung, die am allgemeinen Markt nicht realisierbar gewesen wäre. Ausschlaggebend für die Wahl der Unternehmensform war, dass die wesentlichen Elemente einer Genossenschaft wie nachbarschaftliche Selbsthilfe, Wirtschaften am örtlichen Markt, unmittelbare Verantwortlichkeit und persönliche Beteiligung der Mitglieder den Vorstellungen der Initiatoren von grundlegendem Wandel im Stadtteil am Nächsten kam.

Die *Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg* wurde 1991 zunächst von zehn engagierten Bürgerinnen und Bürgern gegründet und entwickelte sich in den folgenden Jahren bis heute zu einer Wohnungsgenossenschaft mit rund 700 Mitgliedern. Zunächst hat die WOGEBE die bundeseigenen ehemaligen Kasernengebäude Am Beutelweg (100 Wohneinheiten), später städtische Wohnungen (300 Wohneinheiten) und im Zusammenhang mit dem Abzug des französischen Militärs in den 90er Jahren frei gewordene Konversionsgebäude erworben. Im Jahr 2009 beläuft sich der Wohnungsbestand der Genossenschaft auf etwa 500 Wohneinheiten, beinahe ausschließlich im benachteiligten Gebiet von Trier-Nord.

Durch genossenschaftliche Selbsthilfe haben die Häuser der Genossenschaft am Beutelweg eine große Aufwertung erfahren

Selbsthilfe im Wohnbereich kann auch Einsatz der Muskelhypothek bedeuten

Wirtschaftliche Erfolge im Stadtteil

Durch die erfolgte Wohnraumsanierung und den Neubau von Wohnungen im Stadtteil konnte eine grundlegende Verbesserung der Lebenssituation von ca. 1.500 BewohnerInnen erzielt werden. Rund 350 StadtteilbewohnerInnen konnten im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen, Praktika und Projekten in Beschäftigung gebracht werden bzw. ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern. Auch wurde eine dauerhafte Verbesserung der Infrastruktur durch Maßnahmen der »Sozialen Stadt« in Angriff genommen und in großen Teilen realisiert.

Insgesamt war nach Abschluss der Sanierungsarbeiten in diesen über Jahrzehnte vernachlässigten Stadtteil ein Kapitaltransfer in Höhe von über 50 Mio. EUR erfolgt, ein bedeutsamer investiver Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil. Das äußere Erscheinungsbild des Stadtteils und das Image von Trier-Nord haben sich dadurch deutlich verbessert. Ein Netzwerk der lokalen Akteure hat sich etabliert und arbeitet gemeinsam an der weiteren Verbesserung der sozialen Situation im Quartier (Kinder- und Jugendarbeit, Gesundheitsprojekte, Beratungs- und Bildungsangebote, Integration von Migranten).

Vielfältige Engagementformen

Zusammenfassend lässt sich die Arbeit der *Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg* als Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft im Stadtteil mit nachhaltiger Wirkung bezeichnen, als eine Gemeinwesenökonomie, die lebensdienliche Ziele statt eines »Wirtschaftens um jeden Preis« verfolgt. Es ist ein Beispiel dafür, wie politische Verantwortung durch das Engagement von Privatpersonen übernommen wurde, die die Zuständigkeit für Problemlösungen nicht allein bei der Kommune sahen. Es ist – bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der WOGEBE in der Folge – auch für die Bewohnerschaft ein ermutigendes Beispiel dafür, dass sich dauerhaftes Engagement lohnt. BewohnerInnen, die sich über 15 Jahre kontinuierlich engagieren, bezeugen, dass sie auf jeden Fall in der Genossenschaft wohnen bleiben wollen und stolz sind, von Anfang an bei dieser Entwicklung mitgeholfen zu haben.

Ab dem 01.01.2009 wurde aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten der WOGEBE die Finanzierungsstruktur verändert. Ohne Eingriffe in die organisatorische Grundstruktur vorzunehmen, ist im Jahr 2008 unter maßgeblicher Beteiligung der Stadt Trier und des Landes Rheinland-Pfalz eine wirtschaftliche Sanierung der WOGEBE erfolgt, die dieser über einen Sanierungszeitraum von 15 Jahren ermöglicht, eine angemessene Eigenkapital- und Liquiditätsentwicklung zu erreichen und damit die Existenz der Genossenschaft im öffentlichen Interesse langfristig zu sichern.

Finanzielle Konsolidierung

Durch die Zusammenarbeit mit der Stadt konnte die Gefahr einer Überschuldung der WOGEBE abgewendet werden. Diese wurde insbesondere durch die Insolvenz des Tochterunternehmens HVS GmbH zum 31.12.2006 ausgelöst. Sie hatte hohe Verluste für die WOGEBE im Jahr 2006 zur Folge. In dem ab 01.01.2009 umgesetzten Sanierungskonzept wird daher ein Umbau der Finanzierungsstruktur der WOGEBE vorgenommen:

● **Deutliche Reduzierung des Kapitaldienstes** durch Ablösung zinsteurer Geschäftsbankendarlehen im Zusammenhang mit dem Verkauf des Grund und Bodens an die Stadt Trier und der Eintragung von Erbbaurechten zugunsten der WOGEBE sowie durch die Zinsfestschreibung der Landesdarlehen. Diese Maßnahmen führen zu einer deutlichen Reduzierung des Kapitaldienstes und ermöglichen einen Eigenkapitalaufbau der WOGEBE in den Folgejahren. Somit kommt eine Strategie zum Tragen, die eine Absicherung des Sozialen Wohnungsbaus durch eine Verminderung der Kosten für Grund und Boden ermöglichen.

● **Gewährung von städtischen Zuschüssen,** um eine Kompensation von Bewirtschaftungsrisiken und Intensivierung der Sozialen Arbeit der WOGEBE zu ermöglichen. Die Wirksamkeit der Umsetzung des Sanierungskonzeptes und der Stadtteilentwicklung wurde und wird maßgeblich auch über die Durchführung weiterer Projekte aus dem Bereich nichtinvestiver Maßnahmen im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« in Trägerschaft der WOGEBE gestützt.

● **Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages** sowie eines Zuwendungsvertrages verbunden mit entsprechenden Verkäufen: Hierdurch entsteht zwischen der WOGEBE und der Stadt Trier eine stärkere Verbindlichkeit in der Kooperation. Künftig ist die WOGEBE bei investiven Maßnahmen an die Zustimmung der Grundstückeigentümerin Stadt Trier gebunden. Neben einer quartalsmäßigen Überprüfung, ob die wirtschaftlichen Ziele des Sanierungskonzeptes erreicht werden und turnusmäßig stattfindenden Gesprächsrunden sollen im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung für die Neuvermietung und Konfliktregulierung Verfahren mit der Stadt Trier und der ARGE Trier verbindlich vereinbart werden. Dadurch wird das Ziel unterstützt, die Forderungsverluste der WOGEBE zu begrenzen, eine Voraussetzung, um die Wirtschaftlichkeit der WOGEBE dauerhaft erhalten zu können.

Private Public Partnership

Für die weitere Entwicklung des von der WOGEBE bewirtschafteten Wohnungsbestandes und der Stadtteilentwicklung im Rahmen ihrer Trägerschaft des Quartiersmanagements kann die Kooperation von WOGEBE und Stadt Trier mit einem PPP-Projekt (private public partnership) verglichen werden. Es dient dem Ziel einer guten und günstigen Wohnungsversorgung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Durch diese Konstruktion wird eine stärkere Beteiligung und Mitverantwortung der Kommune am Prozess sichergestellt. Gleichzeitig entsteht eine wechselseitige Transparenz der Umsetzungsstrategien der Stadtteilentwicklung, gefördert im öffentlichen Interesse.●

Weitere Informationen: www.wogebe.de

Radikale Demokratisierung als linke Strategie?

Pünktlich zum Beginn des Superwahljahres hat Katja Kipping ihr erstes Buch vorgelegt. Kipping und dem durch sie stark repräsentierten emanzipatorischen Ansatz innerhalb der Partei DIE LINKE (www.emanzipatorische-linke.de) kommt angesichts der beschränkten soziokulturellen Attraktivität und der Überalterung der Partei eine übermäßige Bedeutung zu. Mit umso mehr Spannung konnte das Buch der 1978 geborenen stellvertretenden Parteivorsitzenden erwartet werden. Zentraler Fokus ist der von Kipping konstatierte und titelgebende »Ausverkauf der Politik«. Sie konstatiert, dass sich die politische Klasse selbst entmachte und sich zur Magd des Marktes gemacht habe. Sie beschreibt ausführlich die ökonomische Polarisierung und die auf vielen Ebenen stattfindende Entdemokratisierung ebenso wie die Ökonomisierung des ganzen Lebens: Stichworte sind hier Lobbyismus, Abbau von Grundrechten, Privatisierungen öffentlicher Güter und die Delegation von Entscheidungen an in der Regel wirtschaftsnahe Expertengremien. Konkret buchstabiert Kipping die Themenfelder Grundrechte, Hartz IV, zeitgenössischer Feminismus und Bildungspolitik näher durch, das umstrittene und mit Kipping innerparteilich personifizierte (bedingungslose) Grundeinkommen wird zwar angesprochen, aber nicht besonders hervorgehoben.

Sympathisch ist die Argumentation gegen die auch in der LINKEN dominierende Zentrierung auf Lohnarbeit als die einzig seligmachende und privilegierte Form der »Arbeit« und gegen den auch in der Linken verbreiteten Glauben an »Wachstum«. Dem setzt Kipping einen, wenn auch nicht so stark ausgearbeiteten, biopolitischen Begriff von Produktion entgegen, der jetzt völlig andere Formen von individueller sozialer Sicherung und gesellschaftlicher Teilhabe notwendig mache. Kern ihres Gegenmodells ist ein Individualanspruch auf soziale Sicherheit, der dann neben dem Grundeinkommen eine Arbeitszeitverkürzung, beides als Grundlage für demokratische Teilhabe und individuelle Muße gedacht, beinhaltet und so den Abschied vom sozialpolitischen Modell des (in der Regel männlichen) Alleinernährers vollzieht.

Auffallend ist der Grundrechtsoptimismus und die an vielen Stellen zu findende Postulierung eines Gegensatzes von Staat und Demokratie, beides wohl Resultat des biographischen Hintergrundes vieler AkteurInnen innerhalb des Umfeldes von Kipping beim Verband *JungdemokratInnen/Junge Linke*. Dazu passt, dass die pazifizierende Wirkung von Parteien und anderen hierarchischen Institutionen unterschätzt wird.

Etwas angehängt und im Vergleich sehr schwach wirkt der Teil, in dem es um die LINKE geht, an deren Neugründung Kipping an prominenter Stelle beteiligt war. So wird zwar das »Silencing of women«, also das Unsichtbarmachen der Bedeutung und des Wirkens von Frauen innerhalb der LINKEN bei diesem Prozess kritisiert, und damit deutlich, was für ein patriarchaler Männerhaufen die LINKE in weiten Teilen war (und ist), aber die Partei*form* als wirksamer Ort und sinnvolles Mittel politischen Handelns bleibt in dem Buch unreflektiert und nahezu unbegründet.

Für eine sich nicht professionell mit Politik befassende LeserInnenschaft ist das Buch mit Sicherheit ein enormer Gewinn, da mit ihm sehr viele Gedanken, die verstreut in den sozialen Bewegungen und von militanten WissenschaftlerInnen in den letzten Jahre entwickelt wurden, zusammengefasst und dem breiten Publikum in den Buchhandlungen in sehr lesbarer Form zugänglich gemacht werden. Aus einer Perspektive, die tief greifender nach den Handlungsoptionen links-emanzipatorischer Kräfte inner- und außerhalb der realexistierenden LINKEN fragt, ist das Buch eine Enttäuschung: Denn es kann nicht ausreichen, dass sich linke Politik – und erst recht nicht ein sich radikaler gebender Ansatz – auf die Wiederherstellung von Legitimation für die (Kipping schreibt an einigen Stelle gar: »unsere«) Demokratie beschränkt, garniert mit einigen individualisierenden Verhaltenstipps. Es bleibt zu hoffen, dass einige andere ebenso wichtige wie begreiflicherweise ungeklärte Fragen Gegenstand der nächsten Publikation aus den personell sehr überschaubaren Reihen der Emanzipatorischen Linken sind.●

Bernd Hüttner

Katja Kipping: Ausverkauf der Politik. Für einen demokratischen Aufbruch; Econ Verlag, Berlin 2009, 362 S., 19,90 EUR

Kulturwirtschaft – mehr als ein Scheinriese?

In Politik und Wissenschaft wird viel über Kulturwirtschaftsberichte und die Stärkung der Kreativwirtschaft debattiert, man hat sogar das Gefühl die »Kultur- und Kreativwirtschaft« und die »Kreative Stadt« bestünden und entstehen vor allem aus dem Diskurs in Tagungen und Publikationen über sie. Das *Jahrbuch für Kulturpolitik 2008* der halboffiziösen *Kulturpolitischen Gesellschaft* ist ein umfangreicher und Dank staatlicher Subventionen sehr preiswerter Jahresband mit dem Schwerpunkt zu diesem Themenfeld. Es umfasst weiter in jeder Ausgabe einen umfangreichen Apparat, der unter anderem die kulturpolitische Chronik, die allgemeine Bibliographie des Jahres 2007 und wichtige Adressen und die Kulturstatistik enthält.

Die aktuelle Ausgabe bietet nach drei Artikeln zum Verhältnis von Kultur und Wirtschaft weitere fünf Kapitel. Im ersten werden zentrale Aussagen einiger kommunaler und regionaler Kulturentwicklungsberichte sowie die Diskussionen darüber vorgestellt. Dieter Haselbach plädiert in seinem Beitrag für begriffliche Sorgfalt in der ganzen Debatte, seziert die einzelnen Begriffe – so sind zum Beispiel nach seiner Definition öffentliche Kultureinrichtungen nicht Bestandteil der Kulturwirtschaft – und stellt ihre materielle Bedeutung vor. Nach einem Blick in den deutschsprachigen und europäischen Raum werden Ansätze und Debatten zur »Kreativen Stadt« vorgestellt: Wilfried Maier, ehemaliger grüner Senator in Hamburg skizziert seine Vision der Entwicklung Hamburgs. Albrecht Göschel, mittlerweile durch seine Pension von gewissen dienstlichen Rücksichtnahmen befreiter ehemaliger Mitarbeiter des *Deutschen Institutes für Urbanistik* weist pointiert auf die negativen Folgen der Kreativförderung hin. Als Folgen dieses neoliberalen Wachstumsregimes werden Gentrifizierung und innerstädtische Polarisierung verstärkt, ebenso wichtig ist, dass das Arbeits- und Lebensmodell der oft als neue Citoyens angesehenen KreativlerInnen eben keine politische oder zivilgesellschaftliche Beteiligung an den Aushandlungsprozessen über die Zukunft der öffentlichen Güter und des urbanen Raumes vorsehe.

Den Abschluss bilden Beiträge zum Arbeitsfeld Kultur, zu den unterschiedlichen, aber bekanntlich eher unsicheren Arbeitsbedingungen von KünstlerInnen und neuen Kulturunternehmern, den Ausbildungsanforderungen und kulturpolitischen Fördermöglichkeiten. Wer die nichtssagenden Beiträge der ParteipolitikerInnen getrost überblättert, hat mit diesem Buch ein nützliches Kompendium zur Hand. Bernd Wagner, der Leiter des herausgebenden *Institut für Kulturpolitik* vergleicht in seiner Einleitung die Kultur- und Kreativwirtschaft mit dem Scheinriesen Turtur aus Michael Endes »Jim Knopf«. Dieser werde immer kleiner, je näher man ihm trete. So ist es wohl, und das *Jahrbuch* ist ein gutes Mittel diesen Prozess des Nähertretens und sein auf irdisches Maß geschrumpftes Ergebnis zu untersuchen und zu diskutieren.●

Bernd Hüttner

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): Kulturwirtschaft und Kreative Stadt (Jahrbuch für Kulturpolitik, Band 8/2008), Bonn/Essen: Klartext Verlag, 2008, 480 Seiten, 19,90 EUR

testcard 18 zu Facetten der Regression

In den 1990er Jahren entdeckte die radikale Linke »Kultur« als Ausdruck von und als Mittel zur Dekonstruktion von hegemonialen Zuschreibungen. Viele wurden post-autonom, wenige andere FDP-Wähler. Die weit größere, erste Gruppe entdeckte, dass der Kapitalismus nicht nur grau, repressiv und langweilig war. Heute ist die Erkenntnis, dass Differenz kein emanzipatorisches Ding an sich ist, dass ästhetische Kritik und dass das, was früher als »Underground« oder »Subkultur« bezeichnet wurde, einer der Katalysatoren der Modernisierung war, jenseits der Milieus, die sich in der LINKEN sammeln, kalter Kaffee. Es erinnert ein bisschen an »Warten auf Godot«. Was der radikalen Linken der 1970er Jahre die »Natur« und die Hinwendung zu den Grünen war, ist der der 1990er die »Kultur«: *»Wir haben uns jetzt der 'Kultur' zugewandt«. Pause. »Und was machen wir jetzt?«. Pause.*

Eine Hilfe um die Zeit der Klärung zu überstehen, ist *testcard*, das Magazin für Popgeschichte. Gegründet 1995, sind seitdem 18 Ausgaben im von Martin Büsser und anderen betriebenen Mainzer Ventil-Verlag erschienen. Das aktuelle Heft enthält 210 Seiten mit Artikeln, und weitere 80 mit Besprechungen von Büchern und Tonträgern. In der Nummer 18 sind Texte, die im klassischen Sinne »politische« Themen ansprechen, im Gegensatz zu den vorangegangenen Heften, eindeutig in der Überzahl. Gemeinsamer Fokus ist, so das Editorial, warum Religion, Kleinfamilie, Nation und Disziplin wieder eine Renaissance erleben. Natürlich finden sich im Heft die für solche Produkte unvermeidlichen verschwurbelten Texte, z.B. vom gemeinhin überschätzten Dietmar Dath oder vom *testcard*-Redakteur Johannes Ullmaier. Die anderen Artikel untersuchen in lesenswerter Manier viele Aspekte des Neoliberalismus. Themen sind der »Verfall« des Popjournalismus, die unterschiedlichen Konzepte der Ladyfeste zwischen Mülheim und Wien, die Transformation und Entpolitisierung der Soziokultur. Die hegemoniale Kultur (oder Politik?) ist ebenso Thema: Ron Steinke untersucht die pädagogischen Prinzipien von Eberhard Bueb, Bushido und Roland Koch, während Thomas Waitz den vor allem vom Fernsehen medial vermittelten Zusammenhang von Körper, Essen und Armut beschreibt. Jörg Nowak kritisiert die klassenselektive Familienpolitik der großen Koalition, die feministische *issues* zwar aufnehme, schlussendlich aber vor allem Standort und Volk nutzen wolle.

Die »Kultur«, hat auch ihren Platz: So findet sich ein eher bemühter Nachweis, wie konservativ der Film »I am Legend« ist, weiter geht es um den amerikanischen Independentfilm und Büsser verteidigt die neue Jugendkultur der Emos.

Einige Autoren kommen, zumindest laut ihren ausführlichen und deshalb etwas deplatziert wirkenden Autorenangaben aus dem akademischen Betrieb, der große Rest bleibt relativ anonym. Die Lösung der eingangs angeführten Frage, **warum** es nun zu der Renaissance gekommen ist, bleibt das Heft schuldig. Zwar wird anschaulich beschrieben, dass die Post-68er und sozialen Bewegungen zur Hegemonie des Neoliberalismus beigetragen haben, aber so ist das mit »Pop«: Man weiß, man wird beschissen, aber hat sich wenigstens gut dabei unterhalten. Warum das Heft »Regress« heißt, was ja laut DUDEN Rückkehr oder Zuflucht bedeutet, und nicht z.B. Regression, hat sich mir nach seiner Lektüre nicht erschlossen. *testcard* ist trotzdem wichtig – und angenehm zu lesen.●

Bernd Hüttner

testcard 18, Regress, Ventil Verlag (www.ventil-verlag.de) Mainz, Februar 2009, 300 S., 14,50 EUR

Kopf schlägt Kapital

Günter Faltin ist der Erfinder der Teekampagne und hat in seinem Labor für Entrepreneurship etliche erfolgreiche Unternehmensgründungen auf den Weg gebracht. Unter Entrepreneurship versteht der Autor den kreativen Teil des Unternehmertums, nicht dessen betriebswirtschaftliche Seite. Seine Botschaft: Jede und jeder kann UnternehmerIn werden. Dabei geht er mit der herkömmlichen Unternehmensberatung hart ins Gericht. Mit ihrer Ausrichtung auf Businesspläne und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen würde sie kreative Impulse bremsen und dem Künstlerischen, das für Gründungen entscheidend ist, zu wenig Raum geben.

Statt dessen schlägt der Autor vor, sich auf das Wesentliche, die Herausarbeitung eines detaillierten Konzepts, zu konzentrieren. Sein Erfolgsrezept besteht aus sieben Techniken, darunter zum Beispiel »Funktion statt Konvention«: Prozesse neu denken und anders organisieren. Beispiele sind Teekampagne, Ikea oder das Ebuero. Die Technik »Arbeit in Spaß und Unterhaltung verwandeln« klingt verlockend, und wer möchte nicht gerne »Visionen Wirklichkeit werden lassen«?

Im Labor für Entrepreneurship geht es darum, aus einer Idee die dahinter stehenden persönlichen Wünsche ganz genau herauszuarbeiten, immer weiter zu fragen, statt vorschnell in die unternehmerische Umsetzung zu gehen. Erst aus dem Kern hinter der Idee wird dann ein ausgereiftes »Entrepreneurial Design« entwickelt, das möglicherweise mit der Ursprungsidee nicht mehr viel zu tun hat, aber den Wünschen eine umsetzbare Form gibt. Günter Faltin beruft sich dabei u.a. auf Frithjof Bergman mit seinem Ansatz, herauszufinden »was wir wirklich, wirklich wollen«.

Für den Autor liegt die Ursache ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung darin, dass nur wenige Menschen unternehmerisch tätig werden. Das Buch enthält ein Interview mit Muhammad Yunus, der mit seiner Grameen Bank den Friedensnobelpreis bekam für wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch Mikrokredite. Beide sind sich darin einig, dass jeder Mensch UnternehmerIn werden kann und dass neben der ökonomischen Absicherung auch die Arbeitszufriedenheit damit deutlich verbessert werden könnte.

Für Faltin steht daher nicht die Gewinnerzielungsabsicht im Vordergrund einer Unternehmensgründung, sondern die kreative Lust daran, Probleme zu lösen. Die marxistische Ablehnung des Profits teilt er nicht, sondern propagiert stattdessen herauszufinden, wie Win-win-Situationen geschaffen werden können, so dass mit der Erfüllung eines guten Zwecks Geld verdient werden kann. Ein solches Social Entrepreneurship sieht er als notwendig an und stellt sich eine zweite Stufe der Aufklärung vor mit dem Ziel: »Menschen auch im Feld der Ökonomie mündig zu machen und sie in die Lage zu versetzen, offen, selbstbewusst und mutig in einer Gesellschaft mitzuwirken, in der die entscheidende Frage nach wirtschaftlicher Gestaltung nicht durch die wirtschaftliche Macht von Wenigen bestimmt wird.« (S. 199).●

Elisabeth Voß

Günter Faltin: Kopf schlägt Kapital. Die ganz andere Art, ein Unternehmen zu gründen. Von der Lust, ein Entrepreneur zu sein. Carl Hanser Verlag München, 2008, 248 Seiten, 19,90 EUR

Fast ganz unten

Seit 1993 habe sie sich rasant ausgebreitet, heute gibt es über 800 von ihnen in Deutschland: die »Tafeln«. Tafeln sammeln mit Unterstützung von unzähligen freiwilligen HelferInnen unverkäufliche Lebensmittel ein, um sie an bedürftige Menschen zu verteilen.

Ist diese beinahe schon flächendeckende Versorgung ein zivilgesellschaftlicher Erfolg oder Rückkehr zur Armenspeisung des 19. Jhdt., die den Rückzug sozialstaatlicher Leistungen befördert anstatt eine ausreichende soziale Grundsicherung einzufordern? In der Tat verweisen Gegner einer Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze auch auf das Angebot von Tafeln und Kleiderkammern. Hartz-IVBeziehende selbst hören immer öfter vom JobCenter, wenn das Geld nicht zum Leben reiche, könnten sie ja zur Tafel gehen.

Der Soziologe Prof. Dr. Stefan Selke setzt sich in einem kürzlich erschienen Erfahrungsbericht kritisch mit der »Vertafelung der Gesellschaft« auseinander. Er strebt eine Politisierung der Tafelbewegung an, um den Abbau sozialer Grundrechte zu bekämpfen. Seine Website www.tafelforum.de bietet Hintergrundinformationen zu seinen Thesen und Raum für die Diskussion.●

Norbert Schneider

Stefan Selke: Fast ganz unten – Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird. Stefan Selke, 2009, 2. Auflage, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster. ISBN 978-3-89691754-6

Neue Ausgabe der »Kulturszene«

Eine Opernproduktion mit Profis und Laien, an der ein ganzes Dorf beteiligt ist, »Dorf macht Oper« (Klein Leppin), das Projekt »Sprechende Steine – Ein akustischer Stadtteilrundgang«, in dem die Geschichte eines Leipziger Stadtteiles für die Bewohner lebendig und sinnlich erfahrbar gemacht wird und das Theaterprojekt »Zeit zu bleiben « mit 80 Schauspielern aus 20 Nationen zwischen 8 und 79 Jahren über die Anfänge der über 50-jährigen neueren Migrationsgeschichte in Deutschland (Wiesbaden) – das sind nur drei Projekte aus der neuen »Kulturszene«.

Die jetzt vorliegende neue Ausgabe der Fonds-Zeitschrift enthält Projektbeispiele aus dem Förderjahr 2008 sowie eine statistische Auswertung der Antragsentwicklung und Förderpraxis für den Zeitraum zwischen 2002 und 2008. Dadurch soll nicht nur ein Eindruck von der Vielfalt und dem Engagement der soziokulturellen Szene vermittelt werden. Diese Dokumentation trägt auch dem kulturpolitischen Anspruch des Fonds Soziokultur Rechnung, Förderentscheidungen transparent und nachvollziehbar zu machen.

»Ein Wettbewerb um die besten Projektideen« – unter diesem Motto fördert der Fonds Soziokultur modellhafte Kulturprojekte in Deutschland. Seit seiner Gründung im Jahr 1987 durch bundesweite Verbände aus der Soziokultur, der freien Kulturarbeit und der kulturellen Bildung unterstützt er solche Vorhaben und Initiativen, die abseits der gesicherten Pfade im Kulturbetrieb etwas Neues, Ungewohntes und Überraschendes entwickeln wollen.

Die neue Ausgabe der »Kulturszene« (Nr. 11) kann gegen eine Schutzgebühr in Höhe von 2,20 Euro (in Briefmarken) über die Geschäftsstelle des Fonds bezogen werden.●

diego

Fonds Soziokultur e. V., Weberstraße 59 a, 53113 Bonn
Tel.: (02 28) 97 14 47 90, Fax -99

Anzeige

16. aktualisierte Auflage:

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen – 1993 bis 2008 –

Menschen flohen vor Krieg, Verfolgung und Elend. Sie fanden hier den Tod.

Einzelfall-Dokumentation in zwei Heften (470 S.)
Antirassistische Initiative e.V.
– Dokumentationsstelle –
Fon 030 – 617 40 440
Fax 030 – 617 40 101
ari-berlin-dok@gmx.de
www.ari-berlin.org

PROJEKTE

Wir sind ein selbstverwaltetes Hausprojekt in Ravensburg und suchen engagierte, aktive Mitmenschen, die Lust auf kollektive & politische Wohn- und Lebensentwürfe haben.
www.pumuck.de
wohnprojekt@pumuck.de

Linkes Hausprojekt in Köln Nippes sucht 3-4 MitbewohnerInnen oder eine WG. Da wir in Kürze mehr Männer sein werden, würden wir uns über Frauen/Transgender freuen, gerne auch mit queeren und/oder Migrationshintergrund.
Bei Interesse Infos unter:
☎(01 73) 592 07 40 und
merit.kummer@gmx.de

STELLENGESUCH

Buchbinder (49, Raum Thüringen) sucht Produktivgenossenschaft, die pers. Unterstützung braucht. Finanz. Mitbeteiligung auch möglich. Bzw. Mitgründer für eine alternative Druckerei gesucht.
Angebote an:
heinzelmann-007@web.de

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Ulrich Klemm
Francisco Ferrer
Ein libertärer Schulreformer
50 Seiten, 5.- €uro
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5.-- €uro
Uwe Timm
Gesammelte Schriften
288 Seiten, 18,50 €uro
www.utespero.de
Oder jede gute Buchhandlung

GWR Nr. 338, April 2009: Sabotage im Alltag! ; Barrieren durchbrechen! Gewaltfreie und libertäre Bewegungen in Israel/Palästina ; Italien: Flüchtlingsschutz versinkt im rechten Populismus ; Russland: Soziale Bewegungen, Anarchismus, Antimilitarismus und die Kriege im Kaukasus ; Österreich: Wahlen und Abschied von der Arbeiterklasse ; Frankreich: AKW-Neubau-Politik ; Tibet: Nationalismus-Diskussion ; Global: Finanzkrise ... Abo: 30 Euro (10 Ex.)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net

Eva Haule
La revolución somos todos
Die Revolution sind wir alle
Gespräche mit Basisaktivistinnen und Fotos aus Venezuela
ISBN 978-3-930830-04-6 143 S. 16 €
AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

312
iz3w
Nazikollaborateure in der Dritten Welt
Außerdem: ▸ Politik gegen Abtreibungen ▸ Konzepte für Ankerländer ▸ Vergangenheit in Kambodscha ▸ Frankreich in Afrika...
52 Seiten, € 5,30 + Porto
iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel.0761-74003 · www.iz3w.org
iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Terror
Was ist Terrorismus?
Terroristen oder Befreiungskämpfer?
Feindbild Islam
Sicherheitsgesetze von Schily bis Schäuble
Rasterfahndung
Kofferbomber und Sauerland-Gruppe

Reinhard Pohl
Terrorismus
Der 11. September und die Folgen
2009, 48 Seiten, 2 Euro

Sonderangebot
drei Hefte
58: Afghanistan
59: Islam in Deutschland
71: Terrorismus
5,– Euro inkl. Versand
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel
Fax 0431 / 570 98 82 - bestellung@gegenwind.info
www.brd-dritte-welt.de

Nach dreieinhalb Jahren Soliarbeit im
NEW YORCK IM BETHANIEN
Der antirassistische, antisexistische, autonome, anarchistische Schockraum
BRAUCHT JETZT EXISTENZSICHERUNG
und hofft auf Eure Groschen per Dauerauftrag. Wir für Euch – Ihr für uns!
www.newyorck.net

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.labournet.de/express
Tel. (069) 67 99 84
express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
Ausgabe 3/09 u.a.:
- Achim Neumann: »Nicht die Krise, der Kapitalismus ist das Problem«, zur Demonstration in Berlin
- Willi Hajek & Gregor Zattler: »Allgemeines im Besonderen«, über betrieblichen Ungehorsam, kollektive Selbstorganisation und gewerkschaftliche Versäumnisse
- »Aktive Intoleranz«, auch Intellektuelle, Kulturschaffende und Künstler wollen nicht zahlen
- Willi Hajek: »Emmely ist überall«, die Methoden von Saturn
- Gerhard Stapelfeldt: »Bildung ist keine Ware?«, Anmerkungen zu einer politischen Parole
- Hasan Arslan: »Mehr Autos gegen die Krise?«, über gewerkschaftliche Proteste in der Türkei
- Staphany Wong: »Ab auf's Land«, Auswirkungen der Finanz-krise in China
- »Internationaler Streiktag«, brasilianische Metallarbeiter rufen zum weltweiten Kampf auf

○ ○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben z. Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung

*3-Wochen-Testabo bestellen über:
Tel. 0 30/53 63 55 50, Fax: 0 30/53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de

Probeheft gratis! da-abo@fau.org
Power in the Union
Aktuelle Ausgabe (Nr. 192, Mär./Apr. 09):
▸ FAU-Arbeitskampf in Berliner Kino ▸ An der Leine der Kurzarbeit ▸ Träger-Mafia in Berlins Beschäftigungsindustrie ▸ Klagen gegen Praktikumsausbeutung ▸ CNT Spanien: Generalstreik der anderen Art ▸ Wie geht´s weiter in Griechenland? ▸ Die Lage der Arbeiterklasse in Ostdeutschland ▸ Interview mit Gabi Delgado (DAF) ▸ Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel ▸ u.v.m.
DA DIREKTE AKTION
www.direkteaktion.org

analyse & kritik
nachrichten aus dem prekären leben

Zeitung für linke Debatte und Praxis testen
3 Ausgaben für 5 Euro.
Infos und Bestellungen: www.akweb.de

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax **(06 21) 30 38 13, E-Mail:** nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Selbstorganisation im Alltag: 12435 Berlin**, Patrick Neuhaus, Krülllstr. 5, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

LOS GEHT'S 2009

Jetzt noch wichtiger!
... wer den Krisen etwas entgegensetzen will, muss anfangen, sich zu bewegen. Menschen aus Kommunen treffen Menschen, die auf der Suche nach Gemeinschaft sind. Gründungsinitiativen und bestehende Gruppen stellen sich vor, neue Gründungsinitiativen entstehen. Pfingsten 2009 (**29.5. bis 2.6.2009**) findet das siebte »Los Geht's« statt. Veranstaltet und getragen vom Netzwerk der politischen Kommunen. Der Veranstaltungsort ist in der Nähe von Kassel Staufenberg-Escherode, gASTWERKe e.V..
Information & Anmeldung:
www.losgehts2009.de

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 5.-7.6.2009
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

BUKO32

Under Construction.
Transformationen in Zeiten der Krise
Autos sollen gekauft, aber Gürtel enger geschnallt werden; der heimische Markt wird abgeschottet, der nationale Standort gerettet; gleichzeitig darf der eigene Zugriff auf globale Ressourcen nicht gestört werden und dieses »Privileg« wird zur Not auch militärisch out of area verteidigt: Die gegenwärtigen Krisen-Maßnahmen zielen auf die Sicherung von Reichtum und Ausbeutung und die Aufrechterhaltung globaler Ungerechtigkeiten. Dieser Art von »Krisenmanagement« wollen wir ein deutliches »Ya basta!« entgegensetzen und uns auf die Suche nach emanzipatorischen Alternativen – utopischen und ganz konkreten – begeben.
Alle reden von Krise. Wir auch – aber nicht nur! Während einige von einer neuen Qualität von Krisenhaftigkeit reden, sehen andere kapitalistisches Business as usual. Wir betrachten die derzeitige Lage als Under Construction. Sind doch die laufenden Umstrukturierungen so vielfältig und gegensätzlich wie die zugrunde liegenden Forderungen: Auf den diskursiven und materiellen Baustellen der Welt wird an hegemonialen Positionen und Strategien gearbeitet. Zeit, sich zu verständigen und Zeit, sich einzumischen!
Den Transformationen in Zeiten der Krise nähern wir uns auf dem 32. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) anhand dreier Themenfelder: der herrschenden Ökonomie, dem Klima sowie der Bildung.
... Under Construction I: Weltwirtschaft
Hier geht es um die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen, insbesondere in den Ländern des globalen Südens und Osteuropas.
... Under Construction II: Klima
Hier stellen wir uns der Frage, welche Realitäten – Macht-, Geschlechter- und/oder Nord-Süd-Verhältnisse – den Klimawandel erzeugen und umgekehrt, welche neuen Bedingungen und Verhältnisse der Klimawandel schafft. Und: wie können linke klimapolitische Praxen »von unten« fern der marktorientierten »Krisenlösungen« aussehen?
... Under Construction III: Bildung
Hier wird ein Bereich in den Blick genommen, der seit Jahren auch von offizieller Seite zur Dauerbaustelle erklärt wird. Sei es die Bildungs-, Schul- oder Hochschulreform oder auf europäischer Ebene der Bologna-Prozess: Da wo Reform drauf steht, ist ein Konzept von Bildung enthalten, das sich primär an Marktgängigkeit und Effizienz orientiert. Was sind demgegenüber alternative Bildungskonzepte und -praxen und was ist ein emanzipatorischer Begriff von Bildung?
Tausend Fragen, viele Baustellen und alles wie immer unfertig: Ein typischer BUKO eben, zu dem wir ganz herzlich einladen!
Termin: 21.-24.5.2009 in Lüneburg
Veranstalter:
BUKO und AsTA der Universität Lüneburg.
Weitere Infos: www.buko.info

FIESTA UMSONST

Das Umsonstfest »Fiesta Umsonst – Rock die Ware« ist ein nicht-kommerzielles und offenes Sommer-, bzw. Straßenfest in Hamburg Altona. Das Umsonstfest unterscheidet sich zunächst, wenn man betrachtet was dort stattfindet, nicht sonderlich von anderen Straßen- oder Stadtteilfesten: Mensch kann dort Gebrauchsgegenstände mitnehmen oder hinbringen, es spielen Bands live Musik verschiedenster Stilrichtungen, mensch kann dort essen und trinken, mensch kann sich über die Aktivitäten von sozialen und politischen Gruppen informieren und Kinder können dort spielen. Das Umsonstfest unterscheidet sich aber sehr grundsätzlich in der Art, wie dort die Aktivitäten der Beteiligten anderen Menschen angeboten werden. Es gibt auf dem Fest keine Preise, keine Gebühren und auch keine bezahlte Erwerbsarbeit oder Gagen. Es stehen sich bei dem Umsonstfest nicht Anbieter bezahlter Leistungen und Konsumenten, die eben für die Angebote bezahlen, gegenüber, sondern alle können sich aktiv in die Gestaltung des Festes einbringen. Menschen beteiligen sich an dem Fest mit einer bestimmten Aktivität, weil ihnen diese Spaß macht oder weil ihnen diese selbst aus anderen Gründen wichtig ist und weil sie dies gerne mit anderen Menschen zusammen machen, und nicht, weil diese für sie bloß ein Mittel zum Zweck des Geldverdienens ist. Die Menschen treten dort als Gleiche in Kontakt und nicht als Ausführende ökonomischer Funktionen. Alle können mit und für andere was tun und alle erhalten von anderen etwas. So feiern wir gemeinsam ein Fest, ohne das dort Geld eine Rolle spielt und bei der wir auch nicht die Leistungen gegeneinander verrechnen.

Wir, der Arbeitskreis Lokale Ökonomie veranstalten dieses Festival in diesem Jahr zum dritten Mal seit 2007. Wir wollen mit dem Umsonstfest einen praktischen Kontrapunkt zu den kommerziellen Straßen- und Stadtteilfesten bilden. Auch (ehemals) alternative Stadtteilfeste haben sich im Laufe der letzten Jahre zunehmend zu solch kommerziellen Veranstaltungen gewandelt. Wie mit unseren anderen Projekten auch, z.B. der Umsonstladen Hamburg Altona und die Freie Uni Hamburg, wollen wir mit dem Umsonstfest aufzeigen, dass wir Menschen uns nicht notwendigerweise in unseren Beziehungen zueinander der Form der Erwerbsarbeit und des Warentausches auf dem Markt unterwerfen müssen, sondern dass wir unsere Beziehungen zueinander selbst durch gegenseitige Hilfe auf freiwilliger Basis organisieren können.

Jeder und jede kann sich seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend mit einer kreativen Aktivität oder mit dem Ausleihen von benötigtem Material einbringen.
Termin: 4.7.2009, ab 14 Uhr
Wenn du mehr über das Programm des Umsonstfestes in diesem Jahr (2009) erfahren willst, dann schaue einfach auf unserer Webseite vorbei:
www.ak-loek.de/index.php/Umsonstfest

JUNGE LINKE

Von Menschen und Tieren
Seminar zur Auseinandersetzung mit dem linken politischen Veganismus
Der politische Veganismus meldet sich nach ein paar Jahren eher interner theoretischer und politischer Auseinandersetzungen wieder verstärkt in der linken Szene zu Wort. Äußern andere Linke Kritik daran, geht sie oft an den aktuellen Konzepten vorbei und damit ins Leere. Der Tierrechts-/Tierbefreiungsbewegung geht es um eine »Befreiung der Tiere« von der »Herrschaft der Menschen«.
Dieses Tierbefreiungsanliegen wird als unverzichtbarer Schritt auf dem Weg zu einer gerechten und herrschaftslosen Gesellschaft angesehen. Während die einen dabei für Grundrechte für Tiere werben, versuchen sich die anderen an einer Dekonstruktion der Unterscheidung von Mensch und Tier – und wiederum andere wollen die Tierbefreiung im Zusammenhang mit der Gesellschaftskritik von Marx und Kritischer Theorie verstanden wissen. Diese drei Hauptströmungen sollen auf dem Seminar vorgestellt und diskutiert werden, ebenso unsere jeweilige Kritik daran.
Weitgehend einig ist sich die Bewegung in der Diagnose, in der Gesellschaft herrsche »Speziesismus«. Mit diesem Begriff soll ausgedrückt werden, dass die »Unterdrückung der nichtmenschlichen Tiere« ähnlich wie Kapitalismus, Rassismus und Sexismus zu bestimmen sei. Auch an dieser Analyse gesellschaftlicher Herrschaft haben wir Kritik, die wir begründen und (gern auch kontrovers) diskutieren möchten. Es soll auch darum gehen, an welchen Stellen diese Theorien jeweils umschlagen in eine Zustimmung zu den Prinzipien der herrschenden Verhältnisse, die den Lebensunterhalt und die Befriedigung der Bedürfnisse von Menschen systematisch von ihrem individuellen Erfolg in der ökonomischen Konkurrenz abhängig machen. Dabei soll nicht vergessen werden, dass die rücksichtslose Nutzung und Zurichtung all dessen, was zur Natur gezählt wird, eine weitere Konsequenz derselben Verhältnisse ist.
Eingeladen sind zu dieser Diskussion VeganerInnen, ihre KritikerInnen und alle anderen am Thema Interessierten.
Termin: 12.-14. Juni 2009 bei Berlin

Wenn Du denkst Du denkst, dann denkst Du nur du denkst...
Wochenendseminar zur Kritik der Hirnforschung
Auf dem Seminar wird der neueste Stand der Hirnforschung diskutiert. Dabei geht es auch um den ideologischen Gehalt von politisch reaktionären Thesen, wie sie von manchen Hirnforschern immer wieder in der Presse und mittlerweile auch in Lehrbüchern vertreten werden. Neben der eher medizinisch-praktischen Hirnforschung gibt es zurzeit einen äußerst populären Zweig der Hirn-Grundlagenforschung, der erkannt haben will, dass alle unsere Entscheidungen in Wirklichkeit gar nicht unsere eigenen seien, sondern nur auf neurophysionale Prozesse zurückgingen, also anders gesagt: rein chemisch und physikalisch bestimmbare biologische Prozesse in unserem Gehirn sein sollen. Wie bei diesen natürlichen Prozessen haben diese Forscher im gesamten Hirn keine von den Naturgesetzen abweichende Steuerung durch einen wo immer auch herkommenden freien Willen feststellen können. Deshalb gehen die entsprechenden Neurophysiologen davon aus, dass alle physischen Regungen des Menschen, zu denen sie auch ihr Denken rechnen, determiniert, also schon im Vorhinein festgelegt und nicht frei sind. Sie würden den Naturgesetzen folgen. Das gilt »natürlich« auch für das politische Handeln der Menschen.
Weil die Menschen sich unter Bedingungen der kapitalistischen Produktion als die bloßen Mittel erfahren, die sie objektiv für die Verwertung des Wertes sind, bekommt die These der Hirnforscher vom unfreien Willen, oder von der bloß vorgetäuschten individuellen Freiheit, eine große Plausibilität. Das vage Gefühl, letztendlich von fremden Zwecken in seinem Tun und Lassen bestimmt zu werden, über welches sich die große Popularität der wissenschaftlich legitimierten These von der menschlichen Unfreiheit erklären ließe, enthält bezogen auf unsere gesellschaftlichen Verhältnisse ein wahres Moment. Denn Freiheit ist nicht bloß ein menschliches Vermögen, sondern auch ein gesellschaftliches Verhältnis.
Den Hirnforschern werden da schon einmal die widerlichsten Herrschaftsbedingungen zu den allerbesten, weil sie sie als evolutionär begründet ansehen. Und in der Evolution setze sich eben immer das momentan Beste durch. Dagegen politisch vorgehen zu wollen ist Unsinn oder selbst nur unbewusster Teil der Evolution.
Die Annahme, der Mensch sei unfrei, ist reaktionär weil sie die herrschenden Bedingungen als die natürlichen, einzig möglichen und zudem richtigen erklärt. Darum sind populäre Hirnforscher wie Gerhard Roth und Wolf Singer, die die Feuilletons von FAZ und ZEIT füllen, kein bloßes Kuriosum, sondern politische Gegner, die man ernst nehmen sollte. Wir wollen anhand der Diskussion von verschiedenen Texten diese Form der Politik untersuchen, die gerade durch eine Absage an die Möglichkeit politischen Handelns bestimmte Mechanismen der Herrschaft manifestiert.
Termin: 19.-21.6.2009 bei Berlin

We don't want a piece of cake – we want the whole fucking bakery!
Wochenendseminar zur Einführung in die Kapitalismuskritik
»Jeder ist seines Glückes Schmied«, »Arm wird es immer geben« oder »Die fetten Jahre sind vorbei«. Solchen und ähnlichen Mist muss man sich anhören, wenn Leute das Hier und Jetzt rechtfertigen. Doch: Wie man sich auch anstrengt, wenn's der Chefin oder dem Lehrer nicht gefällt, gibt's eine Sechs oder man fliegt gleich ganz raus. Und: Armut gibt es auf jeden Fall...solange es Kapitalismus gibt. Und überhaupt: wann die fetten Jahre für die ArbeiterInnen mal da gewesen sein sollen, konnte uns noch niemand schlüssig darlegen. Wir meinen, es hängt nicht einfach am Einzelnen, ob er gut durchkommt oder nicht. Da sind wir nicht die Einzigen: Wenn sich aber sonst noch wer stört, dann nur an den besonders harten Auswirkungen dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: Sei es die eigene Not oder die Bestürztheit über elende Verhältnisse in Afrika. Man erfährt jedoch in Schule, Uni und den Medien jede Menge »gute Gründe«, warum es anders nicht gehen kann und dass wir in der Besten aller möglichen Welten leben.

Wir meinen zeigen zu können, dass diese »guten Gründe« Quatsch sind. Ohne die Berücksichtigung der kapitalistischen Bedingungen, mit denen diese Gesellschaft funktioniert, wird eine Kritik nur an Arbeitslosigkeit, Rassismus oder Gefängnissen mit einiger Sicherheit daneben liegen. Wir wollen auf diesem Seminar einen systematischen Einstieg in die Erklärung der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst bieten und erklären, worin das Elend dieser Welt seinen Grund hat.

Uns stört, dass die Bedürfnisse und die Produktion so wenig miteinander zu tun haben: Ziel ist in dieser Gesellschaft eben nicht, dass es Leuten gut oder besser geht, sondern dass aus Geld mehr Geld wird. Die Nützlichkeit der Ware ist nur ihr Nebenjob. Jeder Liter Sojamilch, jeder Herzschrittmacher, jede CD, die ich kaufen kann, wenn ich das Geld dafür hab, wird nur produziert, weil damit Geld gemacht wird. Kapital, Mehrwert, ideeller Gesamtkapitalist, Lohnarbeit, G-W-G' – wenn Ihr Euch fragt, was die Begriffe genau heißen und ob sie was taugen, dann seid Ihr bei uns richtig. Wenn nicht, dann wird's nicht weniger interessant für Euch. Auf dem Seminar werden wir diese Begriffe ausführlich erklären und diskutieren.
Termin: 3.-5.7.2009 bei Hannover
Information & Anmeldung:
info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

AUF DEM SPRUNG

Das Archiv der Jugendkulturen e.V. Berlin zeigt vom **6. Mai bis 6. Juni 2009** die Ausstellung »Auf dem Sprung«. Zwölf Berliner Jugendliche mit verwandtschaftlichen Wurzeln in Palästina, der Türkei, im Libanon, in Kroatien und Russland präsentieren eigene Texte und Fotos, die sich mit ihrem Alltag und ihrer Lebenswelt in Berlin auseinandersetzen.
Im Herbst des vergangenen Jahres trafen sich im Archiv der Jugendkulturen e.V. zwölf Schülerinnen und Schüler – allesamt Jugendliche mit Migrationshintergrund – aus vier 10. Klassen der Berliner »Dag-Hammarskjöld-Oberschule« im Rahmen einer Literaturwerkstatt und eines begleitenden Fotoworkshops. Unter der professionellen Anleitung der Autoren Anja Tuckermann und Guntram Weber sowie des Fotografen Jörg Metzner erarbeiteten sie literarische Texte und Bilder von entwaffnender Offenheit, in denen sich ihr Lebensgefühl »zwischen den Kulturen« widerspiegelt.
Im Anschluss an die Werkstätten fanden mehrere öffentliche Präsentationen der Jugendlichen statt, entstanden ein Fanzine mit ausgewählten Texten und Fotos, ein Reader mit allen Texten und eine Filmdokumentation.
Die beeindruckendsten Arbeiten wurden nun für die Ausstellung »Auf dem Sprung« zusammengestellt, die den Besuchern sehr persönliche Einblicke in den Alltag und das Selbstverständnis der Jugendlichen bietet.
»Auf dem Sprung« wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, von dem Integrationsbeauftragten des Berliner Senats und von der Bundeszentrale für politische Bildung.
Ausführliche Informationen unter:
www.jugendkulturen.de
www.culture-on-the-road.de

BREMEN

Kritische Theorie gestern und heute
Reihe »Intros: Einführungen in kritsche Gesellschaftstheorie«
Die Kritische Theorie der »Frankfurter Schule« mit ihren schillernden Vertretern, wie Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse, war weltweit eine der Hauptreferenzen der Studentenunruhen der 1968er Jahre und ging so in die Gründungsakte der Neuen Linken ein. Wenngleich sie bis heute mit Begriffen wie gesellschaftliche Totalität, Kulturindustrie, autoritäre Persönlichkeit und sekundärer Antisemitismus Bezugspunkt linker Kritik geblieben ist, spürt man auch hier Tendenzen, sie, wie es im akademischen Betrieb geschieht, auf das Abstellgleis der »Klassikerlektüre« zu stellen, als philosophischen Steinbruch zu zweckentfremden oder politikwissenschaftlich als Gründungsväter einer, der geschichtlichen Schuld geläuterten Bundesrepublik zu harmonisieren.
Neben einem geschichtlichen Abriss ausgehend von den Anfangsjahren des Frankfurter Instituts für Sozialforschung bis zu ihrer theoretischen Entschärfung in der Form einer 'neuen Kritische Theorie' durch Habermas, wollen wir uns u. a. begrifflich auf die Beweggründe der Kritischen Theoretiker für die berühmte Trennung von 'traditioneller und kritischer Theorie' und die folgenund facettenreiche Synthese von Marxismus und Psychoanalyse nähern. Theoretischer Schwerpunkt bei der Beurteilung der Aktualität der Kritischen Theorie liegt auf Adornos Interventionen im sog. Positivismusstreit, in der er kurz vor seinem Lebensende die weitläufig übersehene Bedeutung des Begriffs gesellschaftlicher Totalität präzisierte.
Anhand dieser Theorieelemente soll herausgearbeitet werden, was die Theorie zu einer kritischen macht, warum sie bis heute Stachel für die gesellschaftlichen Verhältnisse ist und linker Bezugspunkt bleibt. Das Tagesseminar ist als Referat gestaltet und im Anschluss werden Filme gezeigt.
Termin: 23.5.2009 / Bremen
Das Tagesseminar wird organisiert von der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen in Kooperation mit associazione delle talpe. Anmeldung bitte direkt unter talpe@gmx.net

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg